

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 2. April  
bis Dezember 2016**

**NWO-Sonderheft Nr. 113**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 2. April bis Dezember 2016**

**NWO-Sonderheft Nr. 113**

**Terror der Antichristen vom 02.04.2016-31.12.2016**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 2. April bis Dezember 2016	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 2. April bis Dezember 2016

Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig. <i>Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)</i>
---

**2016**

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 2. April 2016 (x1.106/...):

**>>Globale Planung der Massenmigration**

Daß die Machteliten im Rahmen einer "Neuen Weltordnung" eine Weltregierung, eine "global governance", anstreben, wird inzwischen vielfach so offen ausgesprochen, auch von deutschen Politikern wie Merkel und Schäuble z.B., daß man sich schon gar nicht mehr dem Vorwurf eines "Verschwörungstheoretikers" aussetzen kann, wenn man darauf hinweist. Das ist natürlich nur durch die Entmachtung der Nationalstaaten, die sukzessive Übertragung ihrer Souveränitätsrechte auf übernationale Organisationen wie die UNO, NATO, IWF, EU usw. zu erreichen. Sie ist ja auch kontinuierlich im Gange (siehe die Schilderung in: Die EU als Vorstufe).

Aber Kraft und Widerstandspotential der Staaten sind wesentlich in den Nationen, den Völkern und ihren spezifischen Kulturen begründet, in denen die Menschen weitgehend ihre seelische Verankerung finden. Für einen Globalisierer muß daher neben die politische Entmachtung und Aushöhlung der Nationalstaaten als zweites Ziel die Auflösung der Völker treten, die sie umfassen. Nur eine "enthomogenisierte", durchmischte Bevölkerung, in der sich keine innere Gemeinsamkeit einer Fremdsteuerung widersetzen kann, ist leicht zentral lenkbar.

Eine Durchmischung geschieht in der Regel nicht freiwillig. Sie kann nur von außen durch erzwungene Flüchtlings- und Massenmigrationsströme herbeigeführt werden, gegen die sich die Völker aus Gründen des geschaffenen internationalen Rechts, der Humanität und auch wegen der teilweisen Komplizenschaft der eigenen Regierung nur schwer wehren können.

**Intentionen in der europäischen Zentralisierungsbewegung**

Einer der maßgeblichen Vorantreiber der europäischen Integration und Planer eines europäischen Bundesstaates, in dem die Nationalstaaten aufgehen sollen, der österreichische Freimaurer Richard Graf Coudenhove-Kalergi. (1894-1972), prophezeite schon 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus" die Durchmischung der Rassen und Völker. Ihm schwebte vor, den

"plutokratischen Demokratismus", wie er die bestehende Scheindemokratie nannte, durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, der eine "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" beherrschen werde:

"Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen." (S. 22, 23)

Diese Idee Coudenhove-Kalergis muß in den Köpfen der hinter der EU stehenden Eliten immer eine treibende Rolle spielen. Sie wird natürlich primär mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. So meldete der britische "The Daily Express" in seiner Ausgabe vom 11. Oktober 2008, daß nach einem Geheimplan der Brüsseler Ökonomen die EU in den nächsten Jahrzehnten 56 Millionen Immigranten aus Afrika nach Europa holen wolle. Sie würden als Arbeiter in der europäischen Wirtschaft, aber auch benötigt, um dem demografischen Niedergang Europas aufgrund dessen niedriger Geburtenquote entgegenzusteuern.

Der EU-Kommissar für Migration Dimitris Avramopoulos erklärte gar nach einem Bericht der Salzburger Nachrichten vom 3.12.2015, wegen der Vergreisung Europas seien "in den nächsten zwei Jahrzehnten mehr als 70 Millionen Migranten nötig." 1a (Ergänzt am 18.4.2016)

Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", forderte in einer Rede während des sog. "Grundrechte-Kolloquiums der EU" im Oktober 2015 die Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität (Vielfalt)" bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen.

Die Zukunft der Menschheit beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte.

Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Vielfalt zu akzeptieren habe, sonst stelle man den Frieden in Europa in Frage. Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben." 1b (Ergänzt am 6.5.2016)

Auf derselben Linie äußerte sich einer der einflußreichsten globalen Strategen innerhalb der EU und darüber hinaus, der Ire Peter Sutherland (geb. 25.4.1946). Nach mehreren Jahren als Generalstaatsanwalt in Irland "war er in der Kommission Delors I von 1985 bis 1986 Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und von 1985 bis 1989 Kommissar für Wettbewerb" (Wikipedia). Er ist also ein führender Insider in der Europäischen Union. Darüber hinaus ist er intensiv mit den kapitalistischen Weltwirtschafts-Interessen verbunden:

Er ist Mitglied des "European Round Table", einer Lobbyorganisation der 50 größten multinationalen Konzerne, führte jahrelang die GATT-Verhandlungen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), das Zölle und sogenannte Handelshemmnisse abbaute; er führte und gestaltete lange die Welthandelsorganisation (WTO), war ihr 1. Generaldirektor, Ehrentitel "Vater der Globalisierung"; er war von 1995 bis 2015 Aufsichtsratsvorsitzender (Chairman) der Investmentbank Goldman Sachs; er saß unter anderem als Chairman bei BP (1997 bis 2009), ABB und der Royal Bank of Scotland, er ist Ehrenpräsident des Transatlantic Policy Network (TPN), welche TTIP (Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft) initiierte und gehört der von David Rockefeller gegründeten "Trilateralen Kommission" an.

Friederike Beck, die intensiv über ihn recherchiert hat, schreibt: "Er ist wild entschlossen, den Europäern ihre nationale Souveränität und den "lästigen, prähistorischen" Nationalstaat auszutreiben und als das Böse schlechthin zu brandmarken. Sutherland: 'Die Gründungsväter der Europäischen Union - das Hauptargument, welches sie von Anfang an antrieb, war ein Angriff auf das, was sie gemeinsam als das Böse der nationalen Souveränität ansahen.'" Bei einer Anhörung vor dem House of Lords, im Juni 2012, sagte er:

"Eine schrumpfende Bevölkerung, eine alternde Bevölkerung ist destruktiv für den Wohlstand, lassen wir den moralischen Aspekt hier beiseite. ... Also die Demographie ist ein Hauptargument dieser Debatte, das Hauptargument für - und ich zögere das Wort zu gebrauchen, denn die Leute haben es angegriffen - die Entwicklung multikultureller Staaten. Es ist unmöglich zu glauben, daß der Grad der Homogenität, von dem andere Argumente ausgehen, überleben kann, denn Staaten müssen offener werden, was die Menschen, die sie bewohnen, angeht, ebenso wie Großbritannien es gezeigt hat. ...

Die EU hat geholfen bei Papieren, mit Ideen, mit Diskussionen innerhalb der kleinen Gruppe, die versuchte, die Sache am Laufen zu halten, um es so auszudrücken, ähm, sie haben es jetzt angekündigt, und sie haben in der Vergangenheit finanzielle Unterstützung bereitgestellt, und ich denke, daß sie noch viel mehr bereitstellen werden ... Also ich denke, die Kommission hat eine große Rolle dabei gespielt, bei der intellektuellen Schöpfung einiger dieser Ideen."

Auf den Hinweis, Daten, die von der OECD kommen, wiesen darauf hin, daß die Beschäftigungsrate von Migranten in ganz Europa niedriger sei als in den Vereinigten Staaten, antwortete Sutherland:

"Das hat mit der Tatsache zu tun, daß die Vereinigten Staaten oder Australien und Neuseeland Migrantengesellschaften sind. Daher sind sie eher bereit, jene mit anderem Hintergrund zu beherbergen als wir selbst dies tun, die wir immer noch einen Sinn für unsere Homogenität und Unterschiedlichkeit gegenüber anderen hegen, was genau das ist, was zu unterminieren die Europäische Union meiner Meinung nach ihr Bestes tun sollte."

Schon der frühere britische Premierminister Tony Blair verfolgte in seiner Amtszeit (1997 - 2007) nach einer neuen Blair-Biographie "Gebrochene Versprechen: Tony Blair - Die Tragödie der Macht" einen geheimen Plan, Millionen Migranten nach Großbritannien zu schleusen. "Laut der Daily Mail, die eine Serie von Vorabdrucken aus dem Werk veröffentlichte, legt das Buch offen, 'wie der Premierminister eine stille Verschwörung anführte, um das Gesicht des Vereinigten Königreichs für immer zu verändern'.

Das Buch 'enthüllt, wie Blair seine Minister anwies, Zehntausende von Asylbewerbern in das Vereinigte Königreich durchzuwinken', so die Daily Mail. Die Kontrolle der Grenzen habe die Blair-Regierung dagegen nicht als ihre Aufgabe angesehen. Das Hauptziel sei gewesen, dem Land die 'Vorteile einer multikulturellen Gesellschaft vor Augen zu führen'."

Nicolas Sarkozy, Präsident des EU-Staates Frankreich von 2007 bis 2012, bemühte erst gar nicht den Vorwand wirtschaftlicher Gründe, sondern sagte am 17. Dezember 2008 in Palaiseau, einem Stadtteil von Paris unmittelbar:

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung!!! Es ist zwingend!!! Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen, ... deswegen müssen wir uns wandeln und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern: Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien, und wir werden uns zu diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!!!"

### **Freimaurerlogen**

Sarkozy wird gelegentlich als Freimaurer bezeichnet, was allerdings trotz vieler Anhaltspunk-

te nicht nachgewiesen ist. Doch hat er eine unbestreitbare Nähe zu vielen Mitgliedern der okkulten Loge des Grande Orient, deren starker Einfluß auf die Politik Frankreichs in den letzten Jahrhunderten allgemein bekannt ist.

So wurden 2012 in Sarkozys Wahlkampfentourage 13 Freimaurer gezählt, einschließlich Wirtschaftsminister François Baroin, Arbeitsminister Xavier Bertrand, Verteidigungsminister Gérard Longuet, Innenminister Claude Guéant, Justizminister Michel Mercier, Sportminister David Douillet, den Minister für die Beziehungen zum Parlament Patrick Ollier, den Minister für die internationale Zusammenarbeit Henri de Raincourt und Bildungsminister Luc Chatel. Sarkozy selbst ist eng mit Alain Bauer verbunden, der Großmeister des Grande Orient von Frankreich war.

Es ist bemerkenswert, daß 28 Freimaurerlogen Europas von der Türkei bis Portugal, von Italien bis Irland und Polen in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 7.9.2015 offene Grenzen für unbeschränkte Zuwanderung fordern und damit eine Übereinstimmung mit den offiziellen Strategien der EU und der Regierungen der meisten Mitgliedstaaten offenbaren. Eine Deckungsgleichheit, wie sie offiziell in diesem Ausmaß zwischen Freimaurerei und politischen Entscheidungsträgern selten so offen zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Überflutung der europäischen Völker und ihre Durchmischung muß für ihre Ziele eine außerordentliche Bedeutung und Wichtigkeit haben.

### **Die Vereinten Nationen**

Das Netzwerk der treibenden Eliten ist natürlich nicht auf Europa beschränkt, es ist global. Bereits 2001 forderte die Bevölkerungsabteilung der UN (UN Population Division) in einem erst kürzlich bekannt gewordenen UN-Bericht "Replacement Migration (St/ESA/SER A./206) für die EU-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien einen Zustrom von Migranten aus Nahost und Nordafrika, um bei der Alterung der Gesellschaft Wirtschaftswachstum zu erzielen. Für Deutschland wird die Öffnung für 11,4 Millionen Migranten verlangt, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen ("rise to social tensions") führen werde.

Da trifft es sich, daß der uns schon bekannte Peter Sutherland von Kofi Anan zum "Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für Internationale Migration" ernannt wurde, der er bis heute ist. Das "Global Forum on Migration and Development" der UN, dem er vorsteht, gibt ihm die Möglichkeit, politische Entscheidungsträger und hochrangige politische Praktiker der UN-Mitgliedstaaten, sowie Nicht-Regierungs-Organisationen, also auch solche der Asyl-Industrie, Experten und Migrantenorganisationen zu versammeln und mit ihnen die praktischen Herausforderungen und Chancen der Migrationsentwicklung zu besprechen.

In einem Interview für das News Centre der UNO sagte er zur aktuellen Flüchtlingskrise am 2.10.2015:

"Wir sind in Europa in der Lage, dieses Problem zu handhaben. Wir haben 29 Prozent des globalen Wohlstands. Wir haben eine riesige Bevölkerung. Wir haben in der Tat demographische Probleme, die uns abverlangen, mehr, nicht weniger Migranten hereinzubringen, um die Lücken in unserem Wirtschaftssystem zu füllen. ... wenn Sie Deutschland als Beispiel nehmen, - Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate der Welt. Die niedrigste Geburtenrate der Welt erfordert es, daß eventuell über eine Million Einwanderer pro Jahr über die nächsten 30 Jahre hinweg herkommen, um eine Situation zu erhalten, in der man dieselbe Anzahl Rentner gegenüber der von Arbeitern in 30 Jahren hat. ...

Ich werde die Regierungen darum bitten, zu kooperieren und anzuerkennen, daß Souveränität eine Illusion ist - daß Souveränität eine absolute Illusion ist, die wir hinter uns lassen müssen. Die Tage, als man sich hinter Grenzen und Zäunen verstecken konnte, sind lange vorbei. Wir müssen zusammenarbeiten und kooperieren, um eine besserer Welt zu erschaffen. Und das bedeutet, einige dieser alten Schibboleths (hebräisch: Getreideähre, bedeutet abgedroschene Konvention, Anm.) abzuschaffen, einige alte historische Erinnerungen und Bilder unseres

eigenen Landes abzuschaffen und anzuerkennen, daß wir alle Teil der Menschheit sind."

### **US-Think-Tanks**

Natürlich spielt die US-Elite in diesem globalen Netzwerk eine wesentliche Rolle. Unter ihnen trat bisher besonders Thomas B. M. Barnett hervor. Er ist Absolvent der Harvard Universität und war von 1998 bis 2004 Militärstrategie-Forscher und Professor am U.S. Naval War College, der Seekriegsakademie der US-Marine, in Newport, Rhode Island.

Unter dem Kriegsminister Donald Rumsfeld war der mittlerweile zu Ruhm gekommene Militärstrategie als Mitarbeiter im Pentagon tätig. Seine Bücher: *The Pentagon's New Map* (2004), *Blueprint for Action* (2005), *Great Powers: America and the World after Bush* (2009) wurden in den USA Bestseller. Alle drei konnten (durften?) bislang nicht ins Deutsche übersetzt werden. Thomas Mehner, der die ersten beiden gelesen hat, resümierte am 24.1.2008:

"Er ist Verfechter eines weltweit agierenden US-Kapitalismus, der gern als Neue Weltordnung bezeichnet wird. Er bezeichnet die Globalisierung als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten, was dazu führt, daß Nationen und die in ihnen stattfindenden wirtschaftliche Prozesse wie auch der einzelne Mensch nicht mehr selbstbestimmt agieren, sondern nur noch durch Einflüsse von außen gesteuert werden, ja sich, was die Nationen anbetrifft, letztlich auflösen.

Um den Frieden in der Welt zu erhalten, so Barnett, sei es notwendig, das reibungslose Funktionieren von vier sogenannten 'Strömen' sicherzustellen, die da sind: 1) Einwanderer, 2) Kredite, Investitionen, 3) Energie (hauptsächlich in Form von fossilen Energieträgern wie Gas und Öl) und 4) Militärmacht und Sicherheitskräfte.' ...

Er behauptet, daß, wer sich gegen Rassendurchmischung und multikulturelle Systeme wendet, unmoralisch und nicht zeitgemäß handle. Und all jenen, die Widerstand gegen die Globalisierung leisten, will er den Garaus machen. In *Blueprint for Action* schreibt er auf Seite 282 wörtlich: "... So yes, I do account for nonrational actors in my worldwiew. And when they threaten violence against global order, I say: Kill them." Ja, Sie haben richtig gelesen: Wer sich gegen die globale Ordnung zur Wehr setzt, soll nach Barnett getötet werden!"

(Das bisher hier von *dokuhouse.de* gebrachte Zitat über eine Mischrasse mit dem IQ von 90 ließ sich nicht zuverlässig verifizieren und wird von Thomas B. M. Barnett auf seiner Webseite auch bestritten. Ich habe es daher wieder gelöscht. hl. 7.4.2016)

Der einflußreichste US-Think-Tank auf die amerikanische Politik ist der "Council on Foreign Relations", in den offenbar auch der Tausendsassa Peter Sutherland aus- und eingeht. Am 30. September 2015 war er zu einer Arbeit am Thema "Eine globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum" geladen, zu dem weitere Teilnehmer aus der Think-Tank-Szene, den Medien, der Wissenschaft, der Nichtregierungsorganisationen und Politik anwesend waren.

Ebenfalls Vortragender war William Swing, der Generaldirektor der "International Organization for Migration". Den Vorsitz führte George Rupp, emeritierter Professor der Columbia University und ehemaliger Direktor der "Internationalen Hilfsorganisation für Flüchtlinge".

"William Swing: 'Peter, sie gründeten die WTO. Und zwar wegen des freien Verkehrs von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Wodurch passiert das? Durch Menschen!

Es gibt aber noch keine freie Bewegung von Menschen! Und das ist das Element, worüber Sie sprechen, was tatsächlich noch fehlt. ...' (Es geht also nicht um Humanität, sondern um die freie Verfügbarkeit des Arbeiters.) 'Migration in großem Ausmaß ist unvermeidbar, notwendig und wünschenswert. ... Als Erstes müssen wir das öffentliche Narrativ über Migration ändern. Jetzt ist es toxisch. Es ist giftig. Migration hat einen schlechten Namen. ... Die Menschen haben Ängste. ... wir müssen ihnen erzählen, daß sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben!' ...

Peter Sutherland: 'Ich glaube, es gibt eine große Anzahl von Beweisen über den ausnahmslos positiven Beitrag von Migranten in der ganzen Welt und auch Europa. Migranten haben nied-

rigere Arbeitslosenzahlen. ... Sie haben ein höheres Innovationsniveau und einen größeren Appetit nach Ausbildung. Das sind (nicht stimmende) Fakten, die nach außen getragen werden müssen. ... Jeder Idiot, der (die Tweets auf Twitter) liest oder Nicht-Idiot, der sie liest, der daherkommt und mir sagt, daß ich dazu entschlossen wäre, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt nochmal absolut recht! ("dead bloody right") Genau das habe ich vor! (Applaus, Gelächter)."

### **Bilderberger**

Es wäre ein Wunder, wenn die Migrationsströme nicht als wichtiges Anliegen auf der Tagesordnung der Bilderberger, dem globalen richtungsweisenden Forum der Weltelite, auftauchen würden. Diese tagen jährlich mehrere Tage hinter verschlossenen Türen, von der Presse sind nur schweigepflichtige Insider zugelassen.

Doch manchmal spielen Zufälle Inhaltliches nach außen. Der *Julius-Hensel-Blog* berichtete am 21.6.2013, daß 2012 von einem verdeckt recherchierenden Journalisten aus einem der Müllcontainer des hermetisch abgeriegelten Tagungs-Areals im amerikanischen Chantilly, Virginia, "ein Manuskript, bzw. das Teilstück eines Rohentwurfs zu einer Rede gefischt" worden sein soll. "Eine Abphotographie ist WikiLeaks zugespielt worden, etwas später tauchte das Fragment im Internet auf. Man sieht, daß das Dokument ursprünglich zerrissen war und per Klebestreifen wieder zusammengefügt wurde, bevor man es abfotografierte." Das Thema wird in den Zusammenhang der Schwächung Deutschlands gestellt:

"... Ein regierbares, geeinigtes Europa ist jedoch nicht möglich, wenn das eine Land reich, das andere Land arm ist. Da sich flächendeckender Reichtum und Wohlstand aus den unterschiedlichsten Gründen und Gegebenheiten nicht in jedem europäischen Land entwickeln lassen, und dies auch gar nicht in unserem Interesse liegen kann, ist eine schnellstmögliche Angleichung durch Herabstufung kapitalreicher, wirtschaftsgesunder Länder an ärmere Länder unbedingt anzustreben.

Diese Herabstufung werden wir durch Maßnahmen erreichen, indem wir intakte Länder, und hier denke ich in erster Linie an Deutschland, einbinden werden, die Verschuldung anderer Länder zu tragen und deren Defizite auszugleichen. Eine fortschreitende Schwächung wäre somit gewährleistet und erhielte (in Anerkennung der Notwendigkeit von Rettungsschirmen) durchaus ihre offizielle Legitimation.

Die Wichtigkeit einer Verschuldung Deutschlands - und zwar über Generationen hinaus - muß keiner wirtschaftspolitischen Beurteilung standhalten, sondern als gesellschaftspolitische Notwendigkeit verstanden werden. So ist es auch der Bevölkerung zu vermitteln, denn ansonsten werden wir früher als erwartet auf Widerstand stoßen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist zum jetzigen Zeitpunkt (noch) notwendig.

Da es den Prozeß der notwendigen Schwächung Deutschlands mit unterstützenden Maßnahmen zu beschleunigen gilt, möchten wir zeitgleich die Möglichkeit jedweder Einwanderung anregen und unterstützen. Und zwar massivst. Hier wird es auch in den nächsten Jahren wichtig sein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich uns bieten. Das Land mit Zuwanderung zu fluten, sollte von allen als notwendig verstanden werden. Die deutsche Regierung ist aufgefordert, die Umsetzung ihres Auftrags (entsprechend der Vorjahre) auch weiterhin, nach Kräften, zu verfolgen.

Protest und Aufbegehren wird, wenn es denn überhaupt in größerem Maße dazu kommen sollte, nur aus dem rechten Lager erwartet. Diesem wird sich die breite Masse nicht anschließen - das Risiko gesellschaftlicher Ächtung wäre (dank jahrzehntelanger erfolgreicher Erziehungsarbeit) einfach zu hoch. Wenn sich die Hinweise auf religiös-militante Ausschreitungen muslimischer Migrantinnen auch häufen, es sei angemerkt, daß diese uns doch viel mehr nützen als schaden.

Trägt ihr Einfluß nicht dazu bei, den Identitätsverlust der Deutschen zu beschleunigen? Ent-

steht nicht dadurch ein weitaus gemäßigteres Volk, als wie es uns in der Vergangenheit die Stirn bot? Halten wir uns noch einmal vor Augen, worum es uns letztendlich geht: Wir möchten bis zum Jahre 2018 ..."

Nun ist die Echtheit des Dokuments nicht gesichert und der Autor unbekannt. (Auch hat eine Überprüfung inzwischen ergeben, daß das Papier bei WikiLeaks nicht existiert. 7.4.2016 hl.) Doch der möglicherweise fiktive Inhalt bringt gut auf den Punkt, was in Bezug auf Deutschland tatsächlich vor sich geht.

Und schließlich ist der "Vater der Globalisierung" Peter Sutherland, dessen Intentionen wir kennen gelernt haben, regelmäßiges Mitglied der Bilderberger-Konferenzen und war auch 2012 dabei; er gehört sogar dem achtköpfigen Bilderberger-Lenkungsausschuß an, in dem übrigens auch stets zwei Mitglieder aus Deutschland sitzen, "von denen einer für Finanzen, der andere für die Auswahl der Themen und der Redner verantwortlich ist. Diesen Posten hatte lange der Chefredakteur der Zeit Theo Sommer inne; ihm folgte zunächst Christoph Berttram, danach Matthias Naß, beide ebenfalls Redaktionsmitglieder der Zeit." (Wikipedia)

Ein merkwürdiges globales Netzwerk, in das die internationalen "Eliten" der Freimaurerlogen, Parteien, Regierungen, Medien, transnationalen Organisationen und Denkfabriken eingegliedert sind, strickt, neben der Entmachtung der Nationalstaaten, an einer totalen Umwandlung der Bevölkerungszusammensetzung, insbesondere Europas, um einer Weltregierung, d.h. der Weltherrschaft einer kleinen Clique, den Weg zu bereiten.<<

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis ...**

**"Moscheen sind unsere Kasernen"**

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

**"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"**

*Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?*

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

### **"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"**

*Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?*

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege.

Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

### **"Wir sind verrückt geworden"**

*Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?*

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

*Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?*

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

### **"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"**

*Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?*

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat

er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

**"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"**

*Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?*

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banau-senrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Mai 2016 (x892/...): >>"**Monokulturelle Staaten ausradieren!**"

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen.

Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen.

Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-EntschlieÙung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt.

Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behauptete, sei engstirnig.

Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.

Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."

Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine

Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. Mai 2016: >>**Das große Finale steht noch bevor**

Die Tatsache, daß sich derzeit nun auch in Deutschland wahrnehmbarer Protest gegen die Masseneinwanderung und die damit einhergehende Beschädigung von Rechtsstaat und Demokratie bildet, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch Befürworter der angestrebten "Vielfalt"-Gesellschaft gibt. Angela Merkel könnte niemals einsame Entscheidungen im Elfenbeinturm treffen. Wie stets ist sich die Taktikerin einer breiten Unterstützung in Medien, Kirchen, Politikerkaste, Gewerkschaften, Sozialverbänden und auch großen Teilen der Bevölkerung sicher. Auch mit ihrem Abgang hätte sich das Problem also nicht aufgelöst.

Die Ursachen für die Unterstützung der Einwanderungspolitik sind unterschiedlich. So hoffen radikale Linke auf eine Destabilisierung des verhaßten Staates und Wirtschaftssystems, auf neuen Klassenkampf und eine große Umverteilung zugunsten der Armen der Welt. Andere kochen ihre islamischen Strategie-Süppchen. Pragmatiker der Betreuungsindustrie und des Hotelgewerbes sehen Jobs und Einnahmemöglichkeiten für sich selbst. Ähnlich profitorientiert dürften einige Wirtschaftskapitäne ticken. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

### **Ausleben altruistischer Emotionen**

Bei vielen Bürgern, vor allem kirchlich engagierten, dürfte hingegen das Ausleben altruistischer Emotionen eine große Rolle spielen. Zwischen Konsum und Tagesfreizeit gähnt in der liberalen Gesellschaft das große Loch der Sinnleere. Der Wunsch, die eigene Existenz mit Sinn zu füllen, wird durch diverse Hobbys gefüllt. Auch "Mitmenschlichkeit" hat das Ding zum Hobby-Motor für allerlei Freizeitaktivitäten. Man kann Einwanderer mit Spielzeug versorgen, in Suppenküchen den Kochlöffel schwingen, Altkleider sammeln, Deutschkurse geben, Musizieren, Ausflüge gestalten.

Das Feld der selbstgestellten Aufgaben ist riesig, gerade für ältere alleinstehende Frauen oder gut situierte Rentner der 68er Generation, die soziales Engagement zeigen, aber nicht vor dem Fernseher oder auf Karibik-Kreuzfahrten verdämmern wollen. Die christliche Wurzel dieses Altruismus ist nicht zu übersehen. So forderte jüngst der Philosophie-Professor Stephan Gosepath von der Freien Universität Berlin, daß die Deutschen die Pflicht hätten, ihr persönliches Lebensglück im Zweifelsfall für Flüchtlinge zu opfern. Wie bei den Bettelmönchen des Mittelalters dient so die Entsagung der Reinwaschung der Seele von materiellen Verlockungen.

Das Gedankengebäude dieser Leute ist tendenziell dualistisch. Der "Flüchtling" wird zum verhätschelten und entmündigten Ersatz-"Baby", das mit großen Kulleraugen die liebe weiße Mami anschaut und für deren Einsatz in Zukunft nur Dankbarkeit zeigen wird. Böses kann allenfalls vom "rassistischen" Deutschen ausgehen, nicht aber vom freudig empfangenen "Refugee" ("Flüchtlinge"). Um so heftiger bricht in dieses Weltbild bisweilen die Wirklichkeit ein, sofern man nicht Strategien zur Verdrängung entwickelt hat.

### **"Besonderes deutsches Schuldgefühl"**

So berichtete der "Kaarster Stadtspiegel" von den Reaktionen junger Frauen, nachdem ihre Freundin von einem Schwarzafrikaner vergewaltigt worden war: "Die Herkunft der Männer mag ich gar nicht aussprechen, da ich die letzten Monate sehr reflektiert versucht habe, mein Denken und meine Grundeinstellung nicht durch die aktuellen Vorkommnisse verbiegen zu lassen.

Jetzt fällt mir einfach nichts mehr ein und ich weiß überhaupt nicht, wie ich damit umgehen soll", sagt die durchaus linksorientierte Freundin, die auch nach den Silvester-Übergriffen in Köln und Düsseldorf noch eine Pauschalverurteilung der Nordafrikaner abgelehnt hatte und auch schon mal das Wort 'Nazi' in den Mund nahm. Als Punkerin, Hippie und Musik-

Aktivistin hat sie immer 'gegen Rechts' gekämpft. Jetzt sei ihr Weltbild zerstört.

Es gibt aber noch eine weitere, nicht unbedeutende tiefenpsychologische Ebene. Auch hier zeigt sich ein säkularisiertes und verbogenes Abfallprodukt des Christentums: Der aus einer masochistischen Lust gespeiste Schuld kult. Durch harte Selbstkasteiung versucht man sich die eigene Verderbtheit auszutreiben. Ein Beispiel dokumentierte nun die dänische Schriftstellerin Janne Teller in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine".

Teller behauptete, daß die deutsche Antwort auf die Flüchtlingskrise "weitaus humaner ist als im restlichen Europa". Dieses deutsche Denken habe sich aus der Verarbeitung der NS-Zeit entwickelt, dem "tiefen Verständnis für die Lasten, die inhumanes Handeln eines Landes zukünftigen Generationen aufbürdet". Das moderne Deutschland sei tief durch "dieses besondere deutsche Schuldgefühl samt dem zugehörigen Bedürfnis nach Sühne" geprägt: "Überall Gedenkveranstaltungen, Gedenkausstellungen und Mahnmale".

### **Wunsch nach Wiedergutmachung**

Kaum eine politische Entscheidung würde in Deutschland getroffen, ohne daß eine Verbindung zur besonderen Verantwortung des Landes hergestellt werde. Zwar hätten ehemalige Kolonialmächte wie Belgien, Frankreich und England auch "für einiges an grauenhafter Geschichte zu sühnen", indes spüre man davon aber real in diesen Ländern nichts.

Nach 70 Jahren stelle sich nun die Frage, "wozu denn all diese fortgesetzte Schuld, Sühne und Rechenschaft gut sei. Die Antwort hat uns die Flüchtlingskrise gegeben". So sei bemerkenswert, daß sich die deutsche Regierung ständig "bemüht, die Bevölkerung von aufhetzender Rhetorik fernzuhalten" und "ihren Worten auch Taten folgen zu lassen". Dies seien die humanen Lehren aus Holocaust und Weltkrieg.

Schon seit den achtziger Jahren dient in deutschen linken Kreisen der "Ausländer" oder "Türke" als Projektionsfläche eines "neuen Juden", den man nun endlich gegen Übergriffe des ewig "rassistischen" Deutschen zu schützen in der Lage sei. Die Einwanderungskrise ermöglicht es, die lange gesäte und gepflegte Frucht dieser Vergangenheitsbewältigung zu ernten. Der Gedenkstättenbau und die dazugehörige Erziehung sind abgeschlossen. Nun steht der letzte Akt, das große Finale, bevor.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/8366"](http://www.klagemauer.tv/8366) berichtete am 28. Mai 2016 (x1.138/...): >>"Besetztes" Deutschland - warum Deutschlands Souveränität eingeschränkt ist

In Deutschland herrscht eine heftige Kontroverse darüber, ob Deutschland ein souveräner Staat ist und inwiefern seine Außenpolitik auch heute noch von den USA diktiert ist. Wegen der bis heute andauernden ausländischen Militärpräsenz heißt es oft, Deutschland sei faktisch "noch immer besetzt".

Zur Erinnerung: Nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1945 war Deutschland von Millionen Soldaten der Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion besetzt. In einem "Besatzungsstatut" vom 10. April 1949 wurden die rechtlichen Schranken festgelegt, die der staatlichen Souveränität der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland gesetzt waren.

Die Pariser Verträge von 1954, die 1955 in Kraft traten, beendeten das Besatzungsstatut und verliehen der Bundesrepublik die sogenannte "innere Souveränität", die durch alliierte Vorbehaltsrechte eingeschränkt war. Neben dem Recht auf die Stationierung von Streitkräften existierten aber noch weitere Vorbehalte.

Der am 15. März 1991 in Kraft getretene Zwei-plus-Vier-Vertrag machte den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei. Der als Souveränitätsvertrag bezeichnete Vertrag regelt die außenpolitischen Aspekte wie auch die sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Vereinigung.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sollte die vollständige Souveränität Deutschlands regeln, da ein gesonderter Friedensvertrag nach dem Zweiten Weltkrieg nicht abgeschlossen wurde. Der Vertrag wurde zwar hinsichtlich seiner Wirkung als Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges behandelt, jedoch ausdrücklich nicht als Friedensvertrag bezeichnet.

Obwohl der Zwei-plus-Vier-Vertrag die volle innere und äußere Souveränität des vereinigten Deutschlands herstellen sollte, blieb die ausländische Militärpräsenz bis auf den heutigen Tag bestehen.

Warum dem so ist und warum die Souveränität Deutschlands weiterhin eingeschränkt bleibt, erklärte der russische Historiker Alexei Fenenko gegenüber dem russischen Radiosender Vesti FM im Mai 2016.

Fenenko zählt fünf Einschränkungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages auf. Diese lassen auf eine tatsächliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA rückschließen und erklären manche außenpolitische Entscheidung der deutschen Regierung, z.B. daß Deutschland bei den Rußland-Sanktion mitmachen mußte. Sehen Sie nun das gut achtminütige Interview mit Alexei Fenenko und im Anschluß einen kurzen Überblick über die US-amerikanische Militärpräsenz in Deutschland.

Radiosender Vesti FM, Moskau, Mai 2016: Wir haben jetzt 16:34 Uhr in Moskau, ich möchte die Zuhörer noch einmal daran erinnern, daß wir heute in der Sendung Alexej Fenenko zu Gast haben. Alexej Fenenko ist Historiker, Experte für Amerikanistik, Dozent an der Moskauer Staatsuniversität MGU, hat einen Dokortitel in Geschichtswissenschaft So, jetzt haben wir einige Themen der Vergangenheit besprochen, man kann natürlich in dieser Sendung die Themen nicht ausführlich beleuchten. ...

*Radiosender Vesti FM:* Was mich jetzt aber noch interessieren würde, wenn wir eine Brücke aus der Vergangenheit in die Gegenwart schlagen, denn, heutzutage haben solche Länder aus dem 2. Weltkrieg wie Japan und Deutschland immer noch keine vollständige Staatssouveränität als Direktfolge des 2. Weltkrieges.

*Alexei Fenenko:* Das ist wahr. Und diese Staaten sind in Wirklichkeit abhängig von den USA. Es gibt eine ganze Reihe von Gerüchten zu diesem Thema, wie z.B. (die) berüchtigte "Kanzlerakte" und anderes.

*Radiosender Vesti FM:* Zu Deutschland, was können wir zu Deutschland in diesem Zusammenhang sagen, was sind die Gerüchte und was sind felsenfeste Fakten in Bezug auf Deutschland? Bleibt die Souveränität Deutschlands weiterhin eingeschränkt...?

*Alexei Fenenko:* Ja, sie bleibt eingeschränkt, mehr noch, einen Friedensvertrag mit Deutschland gibt es immer noch nicht ...

*Radiosender Vesti FM:* Wer hat keinen Friedensvertrag mit Deutschland?

*Alexei Fenenko:* Alle. Alle Hauptalliierten haben immer noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Auf diese Geschichte werde ich jetzt näher eingehen.

In der Potsdamer Konferenz 1945 haben sich die Alliierten auf eine einheitliche Lösungsformel in Bezug auf das besiegte Deutschland geeinigt. Es sind vier "D" - Demilitarisierung, Demokratisierung, Denazifizierung und Demonopolisierung. Diese Vereinbarung zwischen den Alliierten sollte die Grundlage des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland werden.

Danach fand die Pariser Konferenz 1947 statt, wo jedoch der Friedensvertrag mit Deutschland von den Alliierten nicht unterzeichnet worden war. In dieser Konferenz haben die Alliierten die Friedensverträge mit ehemaligen Verbündeten Deutschlands unterzeichnet - mit Finnland, Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ist damals 1947 fehlgeschlagen. Seit diesem Moment waren die Alliierten in Bezug auf Deutschland untereinander nicht mehr einig.

Das heißt, im Grunde genommen war damals die Vereinbarung von Potsdam 1945 außer Kraft gesetzt bzw. gebrochen.

1952 unterzeichnen die West-Alliierten in Bonn den sogenannten "Deutschlandvertrag", womit die Souveränität der BRD nur teilweise wiederhergestellt wurde, mit einer Reihe von Einschränkungen bzw. Vorbehalten.

Danach, am 12. September 1990 in Moskau wurde der 2+4-Vertrag unterzeichnet, der die Einzelheiten der Wiedervereinigung der DDR und BRD regelte.

Der 2+4-Vertrag heißt so, weil der Vertrag zwischen BRD + DDR und 4 Hauptalliierten geschlossen wurde. Im Einzelnen waren das die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich.

Die Regelungen des 2+4-Vertrages waren folgende:

1. Deutschlands Souveränität wird vollständig wiederhergestellt, damit wird Deutschland zum eigenständigen Subjekt auf der internationalen Bühne.
2. Die Vollmachten und Verantwortungen der vier Hauptalliierten in Bezug auf ganz Deutschland werden damit vertraglich beendet und die Reste des Besatzungsstatutes werden hiermit beseitigt. Aber es bleiben weiterhin die vier Einschränkungen der deutschen Souveränität in Kraft, die noch im "Deutschlandvertrag" von 1952 durch Westalliierte festgelegt wurden. Erste Einschränkung: Verbot der Volksentscheide über militärpolitische Fragen des Landes. Deutsche haben kein Recht zu entscheiden, eine US-Militärbasis im Land zu haben oder nicht zu haben.

Deutsche haben kein Recht zu entscheiden, strategische Luftwaffe zu haben oder die eigene Armee zu vergrößern, dazu haben die Deutschen kein Recht.

*Radiosender Vesti FM:* Moment mal, Sie wollen damit sagen, das deutsche Volk darf nicht darüber entscheiden, ob die US-Amerikaner in Deutschland militärisch präsent sein können oder nicht? Das bestimmen allein die US-Amerikaner?

*Alexei Fenenko:* Dieser Punkt unterliegt der zweiten Einschränkung der deutschen Souveränität, nämlich, nach dem 2+4-Vertrag hat Deutschland kein Recht den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland zu verlangen bzw. zu fordern.

Die Sowjetunion hat ihre Truppen aus der DDR freiwillig abgezogen, so haben wir entschieden, diese Entscheidung lag allein in unserer Macht, wir wollten das. Deutschland hat bis heute kein Recht, den Abzug der alliierten Truppen zu fordern, laut 2+4-Vertrag.

Übrigens, bis 1998 hatten die Westalliierten das Recht, die deutsche Regierung über die Bewegungen der alliierten Truppen innerhalb Deutschlands nicht zu informieren. Wenn die US-Amerikaner ihre Truppen und Panzer z.B. von Garmisch nach Ramstein verlegen wollten, brauchten sie die deutsche Regierung darüber nicht mal zu informieren.

Nur 1998 haben die US-Amerikaner die Zustimmung erteilt, über die Bewegungen ihrer Truppen in Deutschland die BRD-Regierung zu informieren, mittels NATO-Strukturen.

Erst im Jahre 1998?!

Die dritte Einschränkung der deutschen Souveränität:

Deutschland wird verboten, außenpolitische Entscheidungen zu treffen ohne es zuvor mit den Siegermächten abzusprechen.

Übrigens, als Merkel im letzten Jahr, 2015, anlässlich des 9. Mai Feiertages Rußland kritisierte, hätte Putin erwidern können: "Frau Merkel, der 2+4-Vertrag verbietet Ihnen, die außenpolitischen Handlungen der Siegermächte zu bewerten oder gar zu kommentieren.

Vergessen Sie das nicht."

Aber Putin hat das nicht getan, weil, wie ich glaube, Putin hofft immer noch, Deutschland irgendwann auf die russische Seite ziehen zu können, wenigstens teilweise.

Und die letzte vierte Einschränkung der deutschen Souveränität durch den 2+4-Vertrag verlangt, die Truppenstärke der Bundeswehr auf höchstens 370.000 Soldaten zu beschränken. (vor 1990 - 500.000).

Auch bestimmte Arten der Militärtechnik bleiben durch den 2+4-Vertrag weiterhin verboten. Diese vier Einschränkungen der deutschen Souveränität bleiben bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages in Kraft. Ein weiterer interessanter Punkt in diesem Zusammenhang: es werden keine Verhandlungen über den möglichen Abschluß des Friedensvertrages geführt. Sobald ein deutscher Verteidigungsminister den Friedensvertrag nur erwähnt, bleibt er in der Regel nicht lange im Amt.

*Radiosender Vesti FM:* Wir machen jetzt eine kurze Pause für die Nachrichten, nachher reden wir weiter...

Wir haben jetzt 16:47 Uhr in Moskau und wir setzen unser Gespräch mit dem Historiker Alexej Fenenko fort. Er ist Dozent an der Fakultät für Weltpolitik an der Moskauer Universität MGU.

*Alexei Fenenko:* Wir haben die reale, tatsächliche Abhängigkeit Deutschlands von den USA besprochen, ein sehr interessantes Thema vor allem in Bezug auf die Gegenwart.

Nach 1990 hat Deutschland schon einmal versucht, (sich) gegen die USA aufzulehnen - das war 2009. Die Geschichte dazu war folgende: Am 5 April 2009 hat Obama eine Rede in Prag gehalten, dort hat er sich für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen.

Die Deutschen haben darin sofort ihre Chance erkannt und der Bundestag hat kurz darauf eine Resolution verabschiedet, die die Empfehlung beinhaltete, die Atomwaffen der USA aus Deutschland zu entfernen. Das würde die Situation der Deutschen grundlegend verändern, wenn die US-Atomwaffen weg wären.

Die US-Amerikaner haben sofort kapiert, was die Deutschen mit dem Abzug der US-Atomwaffen beabsichtigen. Denn, hätten die USA ihre Atomwaffen aus Deutschland entfernt, hätten die Deutschen dann gesagt, es gibt jetzt keinen Atomschutz seitens der USA und deshalb brauchen die Deutschen eine eigene vollwertige Armee.

Und die eigene vollwertige Armee der Deutschen wäre dann nur ein kleiner Schritt von dem Friedensvertrag entfernt. Die USA haben die Absichten der Deutschen erkannt und sofort die Polen und Engländer mobilisiert. Und die polnischen und englischen Regierungen haben erklärt, der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ist für sie nicht hinnehmbar. Also als Ergebnis haben die USA ihre Kontrolle über Deutschland noch weiter verstärkt.

Am 22. April 2010 fand der NATO-Gipfel in Tallin statt, auf dem beschossen wurde, daß ab sofort, ab 2010, der Abzug der US-Atomwaffen aus einem beliebigen NATO-Mitgliedsstaat nur einstimmig zu erfolgen ist, d.h. nur wenn alle NATO-Staaten das einstimmig bewilligen.

Das heißt, die Deutschen dürfen nicht verlangen, die US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen zu lassen. Das müssen alle NATO-Länder einstimmig genehmigen.

Es ist klar, dass weder die Polen noch die Tschechen das jemals zulassen werden. Das heißt, seit 2010 haben die Deutschen keine Möglichkeit mehr, den Abzug der US-Atomwaffen legal/rechtlich zu bewirken.

Das wäre eine weitere (fünfte) Einschränkung der deutschen Souveränität.

Nur wenn man den Inhalt des 2+4-Vertrages versteht, kann man auch das Wesen der gegenwärtigen Außenpolitik Deutschlands verstehen. Aus meiner Sicht ist in Deutschland ein permanenter Kampf zwischen zwei Strömungen oder Parteien zu beobachten.

Die erste Strömung bzw. Partei strebt eine Neuverhandlung des 2+4-Vertrages an, ein Friedensvertrag und die Verwandlung Deutschlands in eine vollwertige Großmacht, und das führt zur Freundschaft und zum Dialog mit Rußland.

Helmut Kohl und Gerhard Schröder sind typische Vertreter bzw. Anhänger dieser Strömung bzw. Partei. Deshalb haben sie den politischen deutsch-russischen Dialog gefördert, um auf dieser Grundlage die Regelungen des 2+4-Vertrages in Zukunft zu überschreiben.

Das galt besonders für die Politik von Gerhard Schröder.

Und es gibt die zweite Strömung bzw. Partei innerhalb Deutschlands, ich bezeichne diese Strömung als "kleinkariert" oder "provinziell".

Diese zweite Strömung erkennt den 2+4-Vertrag für ewig gültig an und sieht die Interessen Deutschlands mehrheitlich in der wirtschaftlichen Ausbeutung von Osteuropa - Polen, die Ukraine, das Baltikum usw. Und das bedeutet automatisch Konflikt mit Rußland.

Und Merkel stellt den typischen Vertreter der zweiten Strömung/Partei dar. Ich bin mir unsicher, ob die US-Amerikaner Druck auf Merkel ausüben, jedenfalls haben die USA begriffen, dass diese zweite "kleinkarierte" Strömung für die USA sehr nützlich ist. Die US-Amerikaner beherrschen die Kunst, Politiker dieser Art wie Merkel zu finden und sie zu lenken, das ist unbestritten.

*Radiosender Vesti FM:* Und das ist wichtig, daß wir jetzt dieses Thema ausführlich behandeln, weil in Diskussionen oft das Argument vorgebracht wird, Europa und speziell Deutschland sind nicht eigenständig, worauf wiederum geantwortet wird, es sei nicht wahr ...

Überblick über die US-amerikanische Militärpräsenz in Deutschland:

- Die Vereinigten Staaten stellen mit ungefähr 42.000 US-Militärangehörigen das größte ausländische Kontingent in Deutschland dar - gefolgt von Großbritannien mit 13.400 Militärangehörigen und Frankreich mit 1.623 - Stand 2014.

- US-Stützpunkte gibt es in ca. 20 Orten in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

- Zum Stand vom 1. Januar 2011 waren den US-Streitkräften eine Gesamtfläche von 53.870 Hektar – was die Fläche des Bundeslandes Bremen bei weitem übertrifft - und 24.226 Wohnungen überlassen. Auf diesen Flächen befinden sich Kasernen, Flugplätze, Übungsplätze, Schießstände, Depots, Nachrichtenanlagen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser, Offizierskasinos, Hotels, Sportanlagen, Werkstätten, Panzerstraßen, Ein- und Verkaufseinrichtungen, Schulen, Kirchen, Apotheken, Kinos, Kindergärten sowie Friedhöfe.

- Zu den wichtigsten US-Hauptquartieren in Deutschland gehören u.a. folgende:

Hauptquartier der US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgabenbereich Europa (EUCOM) – Stuttgart-Vaihingen

Sondereinsatzkräfte (SOCEUR) - auch in Stuttgart-Vaihingen

US-Gesamtstreitkräfte für den Aufgabenbereich Afrika (AFRICOM) - Stuttgart-Möhringen

der US-Heeresstreitkräfte in Europa (USAREUR) - Wiesbaden-Erbenheim

der US-Luftwaffe in Europa (USAFE) - Ramstein

der US-Marineinfanterie in Europa (USMARFOREUR) - in Böblingen

- Bis 2005 waren auf dem US-Stützpunkt Ramstein und dem Luftwaffenstützpunkt in Büchel

- beide in Rheinland-Pfalz - noch 150 US-amerikanische Kernwaffen stationiert. Heute lagern noch ca. 20 Sprengköpfe in Büchel. Dort trainieren deutsche Kampfpiloten bis heute den Abwurf der US-Bomben, den sie auf Befehl der USA ausführen müßten. ...<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 10. Juni 2016: >>Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".

Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war,

200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert.

Brandt erachtete diesen Kurs ebenfalls als notwendig, um dem Land weitere Isolierung zu ersparen. Damit positionierte er sich gegen die allgemeine Parteilinie, die eine Westintegration sehr kritisch sah. Die SPD-Parteispitze sah dadurch eine Wiedervereinigung erschwert.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. Juni 2016: >>Martin Hohmann: "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazu gehört"

Vor zwölf Jahren mußte Martin Hohmann nach einer Rede mit antisemitischen Tönen die CDU verlassen. Jetzt will er mit der AfD zurück in die Politik.

Ein politischer Diskussionsabend in Fulda. Eindringlich warnt der Mann am Rednerpult vor den Folgen der Einwanderungspolitik der Regierung: "Wenn wir ihnen das durchgehen lassen, wäre das praktisch jetzt die letzte freie Wahl gewesen in dem Sinne, daß der Souverän deutsches Volk entschieden hat."

Es ist das Jahr 1999, Thema ist die doppelte Staatsbürgerschaft, der Redner heißt Martin Hohmann, CDU. Hohmanns Botschaft: Das deutsche Volk wäre nicht mehr dasselbe, wenn ein Großteil seiner Mitglieder mehrere Pässe hätte. Die Deutschen würden dann als Wähler verdrängt von Leuten, die nur im juristischen Sinne dazugehörten.

17 Jahre später, eine andere Partei, derselbe Mann, dieselbe Warnung: "Ich sehe in Angela Merkels Flüchtlingspolitik die reelle Gefahr, daß unser Volk schleichend ausgetauscht wird", sagt er, dieses Mal nicht vor Publikum, sondern beim Tee nahe dem Fuldaer Dom. "Eine Volksgemeinschaft muß wissen, wer dazugehört und wer nicht, wie viele Fremde man aufnehmen kann, ehe die Gemeinschaft ins Chaos fällt."

**Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU**

Hohmann, 2004 aus der CDU ausgeschlossen, ist nun AfD-Mitglied. In seiner neuen Partei könne er "nahtlos die Positionen vertreten, die ich schon vor 25 Jahren in der CDU vertreten habe". Aber in der AfD kann er noch mehr, auch wenn er das nicht sagt: Er kann Rache nehmen.

Nächstes Jahr will der 68-Jährige wieder für den Bundestag kandidieren: "Wenn meine Partei mich auffordert, werde ich wohl nicht Nein sagen können." Würde er gewählt, wäre es ein Triumph. Hohmann will der CDU und vor allem Angela Merkel zeigen, daß es ein Fehler war,

ihn wegen einer Rede mit antisemitischen Untertönen aus der Partei zu werfen.

Es geht um Vergeltung und um die neue Ordnung im deutschen Parteienspektrum. Der Fall Hohmann zeigt: Ultrakonservative finden keinen Platz mehr in Merkels CDU. Sie streben in die AfD - und stärken deren rechtskonservativen Flügel. ...

### **Anleihen aus der Nazi-Propaganda**

In seiner neuen politischen Heimat darf Hohmann sagen, was er denkt. Im März wählten die Bürger Fuldas ihn in den Kreistag, von Platz eins der AfD-Liste, sein Ergebnis lag über dem Landesschnitt. Die guten Umfragewerte der AfD seien ihm "ein wenig Genugtuung", gesteht Hohmann.

Denn er erinnert sich genau, wie "diese alte Sache" damals gelaufen war. Wer zu ihm hielt, wer umkippte, wer es noch wagte, ihn im Fraktionssaal zu umarmen.

Hohmanns Ende in der CDU war besiegelt, als eine Rede vor seinem Ortsverband Neuhof bekannt wurde. Darin klagte er, die Deutschen würden wegen der Verbrechen im Dritten Reich als "Tätervolk" abgestempelt. Aber es werde kaum thematisiert, wie viele Juden sich "dem Bolschewismus und der Revolution verschrieben" und politische Morde begangen hätten. "Daher sind weder 'die Deutschen' noch 'die Juden' ein Tätervolk", resümierte Hohmann. Böse sei vielmehr, wer gottlos sei.

Eine verharmlosende, antisemitische Rede mit Anleihen aus der Nazi-Propaganda sei das, rügten hinterher Historiker, Parteifreunde, Kirchenleute. Andere entschuldigten, Hohmann habe sich lediglich gegen die Kollektivschuldthese gewandt.

Die Affäre war eine Zäsur in Merkels Ära als Parteichefin. Sie zog eine rote Linie, was man in der CDU sagen durfte - und was nicht. Manchem, der heute AfD wählt, erschien die Linie zu streng. In einer Infratest-dimap-Umfrage votierten seinerzeit 45 Prozent der CDU-Anhänger für Hohmanns Rauswurf, 48 Prozent dagegen. Die Basis war gespalten.

Merkel sei damals nicht unter den "Bluthunden" gewesen, die ihn gehetzt hätten, sagt Hohmann. Er habe ihr verziehen, wie es der Apostel Paulus predigte. Beiläufig weist er aber darauf hin, daß Merkel ja in der DDR aufgewachsen sei, Politik also in einer Diktatur kennengelernt habe. Nur so als Hinweis. Vergebung klingt anders.

### **Volkshetze-Paragrafen schränken Meinungsfreiheit ein**

Wie es der Zufall will, hat derzeit auch die AfD einen Antisemitismus-Skandal. Wolfgang Gedeon, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, schrieb 2012 ein Buch mit antisemitischen Passagen. Verurteilte Neonazis und Holocaustleugner nannte er "Dissidenten" und den "Judaismus in seiner säkular-zionistischen Form" einen "Machtfaktor westlicher Politik".

Frage an Hohmann: Wie sollte die AfD Gedeon behandeln? Ihn rauswerfen, wie es der Bundesvorstand vorschlägt?

Hohmann windet sich. "Es kommt auf die Faktizität, den Kontext an. Einzelne Zitate können keinesfalls zu einer abschließenden Bewertung eines Buches oder einer Person führen." Er sehe die Meinungsfreiheit eingeschränkt durch den Volkshetze-Paragrafen, dieses "volkspädagogische Instrument": "Wir müssen wieder zu einem Zustand der Normalität kommen, weg vom Gouvernantendiskurs."

Antisemitische Sprüche als Normalität? Keine Distanzierung von Gedeon, keine Kritik. Auch die Aufregung um Alexander Gaulands Kritik an Fußballspielern mit ausländischen Wurzeln versteht Hohmann nicht: "Als Empfinden einer Mehrheit der 'Bio-Deutschen' dürfte das zutreffen."

Persönlich habe er aber wirklich nichts gegen Ausländer. "In meiner engeren Verwandtschaft sind Afroamerikaner und Südamerikaner." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):

### **>>Horror für Brüssel**

"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten

Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.

Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.

Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselschaft". Der britische Premier David Cameron erklärte seinen Rücktritt. Er ist die erste Geisel, allerdings eigener Verfehlungen, ist ohne Handlungsspielraum und tritt somit notwendigerweise ab. Die britische Politik hat insgesamt wenig für den Fall des Austritts vorbereitet. Das bedeutet nicht, daß es keine gedeihliche Entwicklung jenseits der EU gäbe. Auf der Insel wird das Votum geachtet. Mit Sportsgeist widersteht das Königreich dem Druck der Restgemeinschaft jenseits des Kanals, das Ergebnis nun bitte so hinzubiegen, daß alles beim Alten bleibe.

Die Befürworter des Verbleibs, nun beleidigte Befürworter eines möglichst schnellen Abgangs der Briten, geben in Deutschland den Ton an. Die Abstimmung dokumentiert somit nicht nur einen Graben zwischen Alten (vermeintliche Anti-Europäer) und Jungen ("fortschrittlich") auf der Insel oder zwischen Schotten und Nordiren für Europa sowie Engländern und Walisern dagegen, sie zeigt vielmehr: Wer eine Wahl hat, kann tatsächlich gehen.

Das Signal untergräbt das Selbstverständnis der EU-Kaste. Sie möchte lieber mit ihren alten Demokratiedefiziten auf dem Scheiterhaufen der Abstimmung brennen, als Einsicht und Selbstkritik zuzulassen. Das "alte" räumt mit dem "neuen Europa" (EU) auf - ein Horror für Brüssel. Daß rund drei Millionen Menschen im Inselreich inzwischen den Rücktritt vom Brexit fordern, ein neues Referendum oder andere die erneute Klärung der jüngst abgeschmetterten schottischen Unabhängigkeit wollen, ist Brüssels einziger Trost.

Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampftruf. Dabei böte ein Austritt auch Chancen - was binnen zwei Jahren mit den Briten zur Vorbereitung des Austritts ausgehandelt werden muß und beiderseits für vernünftig befunden wird, muß nicht auf das Verhältnis der EU zu den Briten beschränkt bleiben. Derzeit sieht es jedoch nicht nach internen EU-Reformen aus. Die Union sät somit im Moment der Niederlage neue Austrittswünsche.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):

>>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwandern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang wegesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall

war.

Vielleicht hat gerade die erstmalige Wahl eines muslimischen Labour-Bürgermeisters in London, wenige Wochen vor dem Brexit-Votum, diese Ängste neu geschürt. Kaum im Amt, ließ Sadiq Khan trotz religiöser Neutralitätsverpflichtung Werbung auf Londoner Bussen mit der "Barmherzigkeit Allahs" machen. Andererseits verstand er es, sich zu einem entschiedenen EU-Befürworter aufzuschwingen.

Bezeichnend für den Ausgang des Brexit-Votums ist das Abstimmungsergebnis in der Küstenstadt Dover, welche nicht erst seit dem Bau des Eurokanaltunnels das Tor Großbritanniens zur EU und Kontinental-Europa ist. Gerade dieses Tor wird seit vielen Jahren von Zuwanderern aus aller Welt auf der französischen Seite des Kanaltunnels regelrecht militärisch belagert. Britische Fernsehzuschauer mußten wenige Tage vor dem Brexit-Votum bereits zum x-ten Mal mit ansehen, wie ein Räumungsversuch des Lagers durch französische Sicherheitskräfte zum wiederholten Male kläglich scheiterte.

Treffendere Beweise für den Bankrott europäischer "Flüchtlingspolitik" und das Weggucken der Sicherheitsbehörden konnte es vor der Haustür Englands nicht geben. So ist es nicht erstaunlich, daß in der Hafenstadt Dover im Südosten Englands, die seit Jahrzehnten am meisten von Europa profitiert hatte, zum Erstaunen der Analysten die EU-Ablehnung mit 60 Prozent sehr hoch war.

Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurz-sichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben.

Das Land hat seine Grenzen für die Millionen osteuropäischer Neu-EU-Mitglieder viel früher geöffnet als alle anderen Länder Westeuropas, mehr als eine Million Polen haben nicht in Deutschland Aufnahme und Arbeit gefunden, sondern in Großbritannien. Damit hat das Land einen erstaunlichen Beweis seiner Offenheit und Europafreundlichkeit geliefert.

Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtete am 5. Juli 2016:

### >>**Grundlegendes zur EU**

Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner

*Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. ...*

Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?

Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinigte Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Währung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für

den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?

Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.

Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.

Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).

Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

### **Der Bericht der "Fünf Präsidenten"**

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.

Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldman Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.

Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". ...

Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?

*"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu ver-*

*stärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte ...."*

"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."

Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Banken Krisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zustrom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu verhindern.

### **Weitere Machtkonzentration in der EU**

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. ... Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzusetzen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.

Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. ...

Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.

Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

### **"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"**

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Genuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten

europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

### **Finanzelite im Hintergrund**

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

### **"Starke Unterstützung der USA für all das"**

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

### **Verdeckte US-Operationen seit 1945**

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

*"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. ... Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, haupt-*

sächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.

Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben ... Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." ...

### **Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung**

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. ... US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...

Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.

Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. ...

Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.

Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

## **"Gedungene Arbeitskräfte der USA"**

*Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.*

*Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außenministerium spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.*

*Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.*

*Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. ..."* (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).

Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird ...

## **EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation**

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstriche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.

Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte ...

## **Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen**

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichteten.

Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).

Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren

Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelzriegeln" ebenfalls Sinn.

Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.

In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.

Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University ... 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. ...<<

Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... **Immer mehr Rentner müssen arbeiten**

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent).

Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

### **Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen**

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen.

Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."

Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deutsche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber

beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 2016: >>Maos Schwimmstunde kostete 100 Millionen Opfer

Um seine physische Kraft zu beweisen, schwamm Mao Tse-tung im Juli 1966 durch den Jangtse. Sein gestärktes Charisma kostete Millionen Chinesen das Leben. Westliche Bewunderer übersahen das gern.

Von Alan Posener

Jeder erfolgreiche Revolutionär steht irgendwann vor dem Problem, daß der Erfolg die Revolution zu fressen droht. George Orwell hat das in "Farm der Tiere" beschrieben, wo die Tiere den Bauern verjagen und am Ende unter die noch schlimmere Herrschaft der Schweine geraten. "Die Tiere blickten von Schwein zu Mensch und von Mensch zu Schwein, und dann wieder von Schwein zu Mensch; doch es war bereits unmöglich zu sagen, wer was war." Was tun? Josef Stalin erfand das Mittel des wahllosen Terrors, um die Verfestigung einer neuen Klasse zu verhindern. Adolf Hitler den totalen Krieg. Mao Tse-tung die Kulturrevolution.

In den zehn Jahren der Revolution zwischen 1966 und dem Tod Maos 1976 wurden zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Menschen getötet; ebenso viele trugen dauerhafte körperliche Schäden davon. 22 bis 30 Millionen wurden politisch verfolgt - entlassen, zur "Umerziehung" aufs Land geschickt, ins Gefängnis gesteckt; und da in Maos China die Sippenhaft galt, dürften über 100 Millionen Menschen unter der Kulturrevolution gelitten haben, wie der Freiburger Sinologe Daniel Leese in seinem neuen Buch "Die chinesische Kulturrevolution" vorrechnet. Dennoch wurde die Kulturrevolution im Westen begeistert rezipiert.

Aufmüpfige Schüler identifizierten sich mit Maos "Roten Garden"; Künstler wie Andy Warhol und Gerhard Richter schufen Mao-Porträts; Pariser Modeschöpfer und britische Popgrößen trugen "Mao-Jacken"; rechte und linke Philosophen schwärmten vom "neuen Menschen", der in China entstehe; K-Gruppen studierten die "Mao Tse-tung-Ideen" und kopierten die Organisationsprinzipien der KP Chinas, und die Mitglieder der Terrorgruppe RAF, die vielleicht am besten verstanden hatte, worum es wirklich ging, ließen sich in Palästinenserlagern zu Mördern ausbilden.

Wie kam es zur Kulturrevolution? Im "Großen Sprung nach vorne" zwischen 1958 und 1961 hatte Mao in einem voluntaristischen Akt versucht, China aus einer halbfeudalen in eine kommunistische Gesellschaft zu verwandeln. Die Landwirtschaft wurde kollektiviert, die alte Dorf- und Familienstruktur zerschlagen, die Industrialisierung des Landes forciert.

Das Ergebnis war, wie Leese schreibt, "die größte Hungersnot der Geschichte" mit 30 bis 40 Millionen Toten. Mao mußte zurückstecken. Reformer gewannen in der KP Chinas Einfluß. Sie blickten nach Moskau, wo Nikita Chruschtschow versuchte, den Stalinismus zu überwinden.

### **Privat genauso brutal wie als Politiker**

... Mao schien politisch erledigt, obwohl er noch Parteichef war. Doch er wartete nur ab. Am 10. November 1965 erschien in der Shanghaier Parteizeitung eine Kritik von Maos Getreuem Yao Wenyuan im Theaterstück "Hai Rui wird aus dem Amt entlassen." In den folgenden Wochen lancierten Maos Verbündete überall Angriffe gegen "Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen" und forderten die "Massen" auf, "Ochsengeister und Schlangengötter" hinwegzufegen.

Es war ein einmaliger Vorgang: der Parteichef ruft das Volk auf, die Partei zu kritisieren. Überall bildeten sich an Schulen und Universitäten "Rote Garden", die Professoren kritisierten, demütigten, verprügelten und in einigen Fällen töteten. Am 13. Juni 1966 wurde der Schul- und Universitätsbetrieb in ganz China eingestellt. Die Schüler und Studenten hätten, so

Mao, keine andere Verpflichtung mehr, als am "Klassenkampf" teilzunehmen.

Mao jubelte. Es herrsche "großes Chaos unter dem Himmel", schrieb er in einem Gedicht; dies sei gut für die Revolution. Jedoch war der Parteichef schon 72 Jahre alt; eignete er sich als Führer einer revolutionären Jugendbewegung? Am 16. Juli 1966 nahm er an einem Schwimmwettbewerb zur Überquerung des Jangtse-Flusses teil und demonstrierte seine physische Kraft. Die Bilder gingen um die Welt. Die "Große Proletarische Kulturrevolution" nahm ihren Lauf.

Die Polizei bekam Anweisungen, dem Terror der Roten Garden nicht im Wege zu stehen. Am 5. August 1966 ermordeten Schülerinnen der Pädagogischen Hochschule Peking ihre Schulleiterin; in den folgenden Wochen wurden allein in der Hauptstadt 1772 "Klassenfeinde" von Jugendlichen ermordet und 77.000 Menschen mit "schlechtem Klassenhintergrund" vertrieben.

Dazu meinte der Minister für Öffentliche Sicherheit: "Letztlich sind schlechte Personen schlecht, daher ist kein großes Aufheben darum zu machen, wenn sie zu Tode geprügelt werden." (Oder um Berliner Anarchisten des Jahres 2016 zu zitieren, nachdem 123 Polizisten bei Krawallen verletzt wurden: "Es soll angeblich 123 verletzte Schweine geben. Wir hoffen das stimmt, wenn wir das auch stark bezweifeln. Mögen es beim nächsten Mal 234 verletzte Schweine sein! Wir werden weiterhin aktiv sein, um Berlin ins Chaos zu stürzen. Schweine sind Schweine!")

### **Berlin befürchtet weitere Krawallnächte**

In Berlin kämpft die linksautonome Szene gegen die Gentrifizierung. 123 Polizisten wurden in der Krawallnacht verletzt. Die Politik ist ratlos, wie weitere Ausschreitungen verhindert werden können.

Die Bilder randalierender Schüler, die ihre Lehrer einschüchtern, begeisterten viele Gymnasiasten in der westlichen Welt, die gegen autoritäre Lehrer und Eltern aufstanden und ihr Recht auf Lebensfreude einforderten.

Sie verwechselten ihre eigene Kulturrevolution - als Mao im Jangtse schwamm, arbeiten die Beatles an ihrem Album "Revolver", schufen Hippies in San Francisco die erste Hochburg einer "Counterculture" - mit Maos Revolution von oben: man trug lange Haare und Mao-Buttons, randalierte bei einem Rolling-Stones-Konzert in der Berliner Waldbühne, machte erste Erfahrungen mit Haschisch und zitierte aus der roten "Mao-Bibel" Sprüche wie "Rebellion ist gerechtfertigt": man inszenierte, um es kurz zu machen, eine sich anbahnende Tragödie als Farce.

Die westliche Lehrgeneration war hilflos. Auch deshalb, weil einige ihrer geistigen Autoritäten Mao bewunderten. Der in Nachkriegsdeutschland immer noch bewunderte Ideologe des Faschismus Carl Schmitt etwa lobte in seiner "Theorie des Partisanen" 1963 Maos Schriften über den Guerillakrieg: Der Partisan, so Schmitt, sei das letzte "tellurische", also erdverbundene, Individuum im Kampf gegen eine bürokratisch-technische Welt. Schmitts Adept Hans-Jürgen Krahl, früher Mitglied einer rechtsextremen Gruppe, trug diese Gedanken später in den linksradikalen "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), wo sie von Rudi Dutschke popularisiert wurden.

### **Der große Vorsitzende als Dichter**

Chinas Staats- und Parteichef Mao Tse-tung (1893-1976) schrieb nicht nur politische Traktate, sondern auch Gedichte, die sich an klassischen Vorbildern zu orientieren vorgaben.

1965 dichtete Mao ein "Gespräch zweier Vögel". Es war als Angriff gegen den "Gulaschkommunismus" der Sowjetunion unter Chruschtschow gedacht und verwies auf die kommende Kulturrevolution. ...

Als das Gedicht zur Jahreswende 1975/76 erschien, mußten es Millionen Chinesen auswendig lernen und vortragen. ...

Aber auch ein linksliberaler Intellektueller wie Sebastian Haffner schwärmte 1966, man spüre bei der Lektüre von Maos Schriften eine "eigentlich elektrisierende Wirkung", hier handele es sich um "das Werk eines außerordentlichen Geistes". 1965 hatte der politisierende Dichter Hans Magnus Enzensberger das "Kursbuch" gegründet, das zum ideologischen Leitmedium des linksliberalen Bürgertums avancierte, und in dem der Schriftsteller Peter Schneider etwa im Schmitt'schen Sinne eine "Kulturrevolution gegen die Kulturindustrie" forderte.

Im "Kursbuch" erschienen auch Kapitel aus dem ungeheuer einflußreichen "Bericht aus einem chinesischen Dorf", in dem Jan Myrdal, Sohn des schwedischen Friedensforschers Gunnar Myrdal, die Kulturrevolution als Befreiung der Bauern von Liu Ling schilderte. "Wer den Bericht von Jan Myrdal gelesen hat, wird nicht dem Irrtum verfallen können, die Kommunisten in China regierten gegen das Volk", hieß es in einer Besprechung der "Zeit" vom Januar 1967. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich an seinen Geschichtslehrer, der von Hitler, Stalin und Mao als Politiker schwärmte, denen die entscheidende Bedeutung großer Räume klar gewesen wäre.

Schon 1957 hatte die Zürcher "Tat" angesichts einer Reise Maos nach Moskau und Warschau prophezeit "China wird eine geistige und politische Macht in Europa. Gewiß: Es handelt sich dabei 'bloß' um Osteuropa. Aber es ist ein entscheidender Vorgang und wird eine historische Entwicklung besiegeln, die für China und Europa gleich schicksalhaft ist, weil sie etwas vollkommen Neues darstellt: den Eintritt Chinas in die europäische Politik." Zehn Jahre später - vor "68" wohlgerichtet, und lange vor Gründung der K-Gruppen Anfang der 1970er-Jahre - war Mao dank der Kulturrevolution auch in Westeuropa eine "geistige Macht".

Dabei hatte sie in China bereits ihren Zenit überschritten. Als sich im November 1966 Arbeiter den randalierenden Studenten anschlossen, höhere Löhne und niedrigere Normen forderten, war der Bestand des Staates gefährdet.

Während in West-Berlin die antiautoritäre "Kommune I" vor Mao-Postern freien Sex praktizierte, kritisierte Mao am 12. Januar 1967 in der "Zentralen Gruppe Kulturrevolution" die Gründung der "Shanghai Kommune" durch revolutionäre Arbeiter und Studenten. "Man braucht einen Kern, ganz gleich, wie der sich nennt, ob nun Kommunistische Partei oder Sozialdemokratische Partei. Auf jeden Fall ist eine Partei vonnöten."

Mao hatte ja auch innerhalb der Partei seine Ziele erreicht. Die Reformer Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatten Selbstkritik geübt und waren kaltgestellt, ihre Anhänger im ganzen Land waren durch Leute ersetzt worden, die der Leitlinie von Maos designiertem Nachfolger Lin Biao folgten: "Jeder Satz Mao Tse-tungs ist die Wahrheit. Ein Satz von ihm übertrifft zehntausend Sätze von uns."

Nun wandte sich auf Befehl Maos die Rote Armee gegen die Rotgardisten. Vor Aufnahme des Schulbetriebs im Oktober 1967 - hierzulande lauschte man "Sergeant Pepper" und den Reden des Propheten Rudi Dutschke, die sich, so ein "Zeit-Journalist" damals, "großartig, ja furchterregend" anhörten - wurden allein in der Provinz Szetschuan 100.000 Rebellen als "Konterrevolutionäre" verhaftet.

An die 17 Millionen Rotgardisten wurden zur "Umerziehung" aufs Land geschickt oder in Fabriken gesteckt, meist in abgelegenen Regionen wie der Inneren Mongolei oder der Mandschurei, viele gefoltert und hingerichtet. 75 Prozent der Todesopfer stammen aus dieser Phase, da aus der Kulturrevolution eine Konterrevolution wurde. Der Studentenfürher Yu Luoke wurde 1970 auf Befehl des Militärs vor rund 100.000 Zuschauern in Peking hingerichtet.

Dennoch wollte man im Westen nicht vom Mao-Kult lassen. "Als die bürgerliche Presse über Massenmorde in China berichtete, haben wir das einfach nicht geglaubt", schrieb Dutschkes Frau Gretchen in ihren Memoiren. Lügenpresse halt. Die Repressionen gegen die Rote Garde deutete man als Ausweitung der Revolution aufs ganze Land; in Westdeutschland zogen sich nicht zuletzt darum viele Studenten einen Blaumann über und begannen mit der "revolutionä-

ren" Betriebsarbeit.

In ihren Micky-Maus-Übersetzungen spielte Erika Fuchs mit maoistischem Vokabular, während sich der Fußballer Paul Breitner in der Wohnung, die er mit Uli Hoeneß teilte, vor einem Mao-Foto abbilden ließ. 1972 schrieb die revolutionäre Band "Ton, Steine, Scherben" zwar auf ein Albumcover: "Mao, Mao, warum hast du uns verlassen?" Jedoch meinten die Musiker um Rio Reiser nicht die Millionen Toten, die Maos Revolutionen kosteten. Sie meinten die Tatsache, daß sich der bewunderte Revolutionsführer mit der Verkörperung des Bösen getroffen hatte, dem US-Präsidenten Richard Nixon. ...<<

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtete am 24. Juli 2016 über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/...): >>Der Islam: 548 Schlachten - 278 Millionen Tote

Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?

Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.

Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29. April 2011.

Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

### **Afrika**

Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.

Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.

Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**

### **Christen**

Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasien" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

### **Hindus**

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

### **Buddhisten**

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten.

Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

### **Juden**

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100 % effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. August 2016 (x892/...): >>**Zerstörung der Identitäten**

Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:

### **Nicolas Sarkozy (Nicolas Paul Stéphane Sarközy de Nagy-Bocsa):**

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen.

Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" (Sarkozy am 17. Dezember 2008 in Palaiseau zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.)

### **Sergio Vieira de Mello:**

Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS (Public Broadcasting System) folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:

"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern." ...

**Frans Timmermans** im EU-Parlament: Monokulturelle Staaten ausradieren.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. August 2016: >>**Die vergessenen Helden des Atomnotstands**

Der japanische Ex-Premier Naoto Kan schildert, was hinter den Kulissen der Fukushima-Krise geschah

*Albrecht Rothacher*

Dieses Buch ist so spannend, daß man es nicht mehr aus der Hand legen kann. Fünf Jahre nach der Fukushima-Katastrophe gibt es bereits viele bewegende Erfahrungsberichte (JF 10/15) und jede Menge Kritik an der Atompolitik. Aber dies ist ein authentischer Blick hinter die Kulissen, der erklärt, warum die ersten Reaktionen so zögerlich waren und der ultimative GAU verhindert werden konnte. So wurde der damalige Regierungschef Naoto Kan zum Helden wider Willen. Frank Rövekamp, Leiter des Ludwigshafener Ostasieninstituts, hat diesen technisch schwierigen und politisch heiklen Text in eine sehr lesbare deutsche Prosa übertragen - die erste Übersetzung des Buches überhaupt.

### **Es kann nicht sein, was nicht sein darf**

Daß Kan überhaupt einen Rechenschaftsbericht vorlegt, ist ungewöhnlich für einen japanischen Premier. Aber er war auch kein Durchschnittspolitiker, der, in einen politischen Klan geboren, einen Wahlkreis geerbt hatte, sondern konnte sich, einer Bürgerbewegung und einer linken Kleinpartei (Shaminren) entstammend, in 40 Jahren Parlamentsarbeit zum Regierungschef hocharbeiten.

Das japanische System funktioniert wunderbar - für alle minutiös geplanten und vorhergesehenen Abläufe. Bei Unvorhergesehenem, wenn energisches Improvisieren gefragt ist, läuft es völlig aus dem Gleis. Und für einen AKW- Maximalstörfall war bewußt nichts vorgesehen worden, ihn durfte es nicht geben. Und, wie Kan zugibt, wären solche Übungen durchgeführt worden, wäre dies vom Atomkartell (LDP-Langzeitregierung, Herstellern und Energiekonzernen) als Eingeständnis gewertet worden, daß es solche undenkbbaren Unfälle doch geben könnten.

Deshalb unterblieben sie - auch nach dem Bau von 54 AKWs innerhalb von 40 Jahren. Die gleiche Sorglosigkeit gab es bei den beiden Fukushima-Kraftwerken: unterschiedliche Reaktoren einschließlich eines mit Plutoniumbetrieb, drei Hersteller (General Electric, Toshiba, Hitachi) sowie kaum gesicherte Abklingbecken für Hunderte verbrauchte Brennelemente, denn auf eine Endlagerung für die nächsten 100.000 Jahre hatte man sich nicht einigen können. Und schließlich die Hauptsünde: Notstromaggregate, die, in einem Untergeschoß untergebracht, sogleich geflutet wurden und dauerhaft ausfielen. Mit dem Ausfall der Kühlsysteme war die Kernschmelze eigentlich programmiert.

Kan hielt die dann notwendige Massenevakuierung des Großraumes Tokio und des gesamten Nordteils der Hauptinsel Honshu (Tohoku) für unmöglich: 30 bis 50 Millionen Menschen binnen weniger Tage dauerhaft nach Südjapan zu transportieren - das wäre das Ende Japans gewesen. Dabei geht er auf die langfristige Unbewohnbarkeit der Hälfte Honshus und die globalen Folgen nach der Enthauptung der japanischen Finanz- und Exportindustrie, die alle ihre Entscheidungszentralen in Tokio konzentriert haben, nicht einmal ein. Ein solcher Evakuierungsplan wird nicht entworfen: er würde bei Bekanntwerden nur Panik auslösen. Wiederum kann nicht sein, was nicht sein darf.

Das tatsächliche Katastrophenmanagement verlief daher absehbar chaotisch. Vom Erdbeben am 11. März 2011 wurde Kan bei einer Ausschusßsitzung des Oberhauses überrascht, bei der er - wegen einer Spende eines "Ausländers", eines in Japan geborenen Koreaners - politisch gegrillt wurde. Zunächst stehen das Tohoku-Erdbeben und die folgende Tsunamikatastrophe zusammen mit 19.000 Toten, 2.500 Vermißten und 122.000 zerstörten Gebäuden im Vordergrund. Erst später wird klar, daß es auch in Fukushima Probleme gibt. Doch der AKW-Betreiber Tepco wiegelt ab.

Der Konzern ist regionaler Elektrizitätsmonopolist mit einem für ihn glänzenden und überaus einträglichen Geschäftsmodell. Sein Management pflegt die Geheimhaltung und ist mit Medien- und politischer Manipulation bestens vertraut - weniger allerdings mit den technischen Abläufen in AKWs, wie Kan bald feststellen muß. Auch bei der für Katastrophenfälle zustän-

digen Atomkontrollbehörde findet er an der Spitze nur verdiente Generalisten, die aber technisch ahnungslos sind. Auch im Wirtschaftsministerium Meti muß Kan lange suchen, bis er wirkliche Atomexperten findet. Er stellt schließlich seinen eigenen alternativen Beraterstab aus den technischen Hochschulen zusammen.

### **In letzter Minute das Schlimmste verhindert**

Als schließlich eine Wasserstoffexplosion der nächsten folgt, werden die Anwohner im Radius von drei, dann zehn und schließlich 20 Kilometern evakuiert. Allerdings unabhängig von der Windrichtung, die, für Tokio segensreich, stets von Südost nach Nordwest bläst. So werden viele Leute im Süden völlig überflüssig evakuiert, während viele im Nordwesten ohne jede Warnung noch tagelang überhöhte Strahlungs Dosen erhalten. Schließlich wird die Flutung durch Meerwasser eingeleitet.

Auch kann dank gesprengter Dächer mit Militärhubschraubern Kühlwasser auf die Reaktoren und Abklingbecken, die auszutrocknen drohen, geworfen werden. Über 100.000 Soldaten werden schließlich mobilisiert. Sie, die Feuerwehrleute, Polizisten und die Tepco-Arbeiter vor Ort sind die eigentlichen Helden jenes Dramas, die das Schlimmste für Japan und die Welt in letzter Minute mit viel Glück verhindert haben.

Kan besucht Fukushima während der Katastrophe, schließlich muß er die Entscheidungen treffen und verantworten. Normalerweise stört ein solcher Katastrophentourismus nur die Abläufe. Hier nicht. Er findet vor Ort alle Informationen, die er braucht und in Tokio nicht erhält. Schließlich besucht er auch das Tepco-Krisenzentrum - und auf dessen Monitoren, nur 15 Minuten Fußweg von seinem Büro entfernt, sieht er alle Daten und Vorgänge live, die seinem Amt nur verspätet und bürokratisiert geliefert werden.

Als Tepco dann die Situation in Fukushima für nicht länger kontrollierbar hält und den Rückzug anordnen will, befiehlt Kan das Ausharren: Bei einem Großfeuer oder einem Chemieunfall kann man sich zur Not zurückziehen, bei einer AKW-Havarie würden aber wegen der Kettenreaktionen immer höhere Temperaturen und Strahlungen entstehen - ohne absehbares Ende.

Die Reaktion des Auslands kommt nur am Rande vor. Hilfslieferungen, die "Operation Tomodachi" der US Army, die Tsunami-Opfer aus dem Pazifik fischte und als erste das Ausmaß der Verstrahlungen bekanntgab, sowie internationale Politikeranrufe (aus Europa nur Nicolas Sarkozy) werden höflich erwähnt.

Kan unternahm zwar einige vergebliche Versuche, eine überparteiliche Krisenregierung zu bilden, doch schon im September 2011 wurde er nach nur 15 Monaten Amtszeit nach einer Palastrevolte von seiner eigenen Demokratischen Partei (DPJ) gestürzt. Immerhin gelang es ihm noch, eine unabhängige AKW-Überwachung im Ministeriumsrank, die Überprüfung der japanischen Energiepolitik und einen Nachtragshaushalt für die Opfer und den Wiederaufbau auf den Weg zu bringen.

Kan hat sich seither vom bedingten Anhänger des Atomstroms ("Übergangstechnologie") zum entschiedenen Gegner gewandelt: Die Technologie sei unbeherrschbar, zu teuer und bei Katastrophen im dichtbesiedelten, erdbebengefährdeten Japan zu riskant. Dabei begrüßt Kan den deutschen Atomausstieg. Die Begründung Angela Merkels, wenn Japan als Hochtechnologie-land AKWs nicht meistern könne, seien sie wohl unsicher, ist im Lichte von Kans Darstellungen im tsunamifreien Deutschland jedoch nicht nachzuvollziehen.

*Naoto Kan: Als Premierminister während der Fukushima-Krise. Iudicium Verlag, München 2016 ...<<*

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 24. August 2016 über die Folgen von flächendeckenden Stromausfällen: **Flächendeckender Stromausfall wäre nationale Katastrophe mit vielen Toten**

Was passiert, wenn infolge eines Terrorangriffs, einer Extremwetterlage oder menschlichen

Versagens in einem größeren Gebiet in Deutschland für längere Zeit der Strom ausfällt? Experten haben das für den Bundestag untersucht.

Ihr Ergebnis ist erschreckend: Die Folgen kämen einer nationalen Katastrophe gleich, heißt es in einem Bericht für den Bundestag. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien auf einen solchen Fall nicht vorbereitet, das notwendige Bewußtsein für die Gefahr bestehe in Deutschland nicht.

Der Bericht liest sich wie die Vorlage für einen Katastrophen-Thriller aus Hollywood. Doch er zeigt die realistische Gefahr auf, was passiert, wenn es zum großen Blackout kommt. Die Forscher des "Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag" (TAB) gehen von einem Szenario aus, nach dem in mehreren Bundesländern über einen Zeitraum von zwei Wochen der Strom ausfallen würde. Die ersten Folgen würden sich schon unmittelbar danach zeigen.

Nach zwei Wochen würde es viele Tote und Verletzte geben, Krankheiten hätten sich ausgebreitet, die öffentliche Ordnung, die Kommunikation, der Verkehr, der Transport, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen wären weitgehend oder vollständig zusammengebrochen. In einem hochentwickelten, hochtechnologisierten, eng verflochtenen Land wie Deutschland wäre ein "Kollaps der gesamten Gesellschaft ... kaum zu verhindern", heißt es in dem Bericht.

Mögliche Ursachen für einen Mega-Blackout: Terrorangriffe, Epidemien, extreme Unwetter  
Die TAB-Experten gehen davon aus, daß die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses wächst. "Als Ursache für einen langandauernden und regional übergreifenden Stromausfall kommen unter anderem technisches und menschliches Versagen, kriminelle oder terroristische Aktionen, Epidemien, Pandemien oder Extremwetterereignisse in Frage." Die Gefahr solcher Vorkommnisse wachse, "weil die Gefahr terroristischer Angriffe und klimabedingter Extremwetterereignisse als Ursachen eines Netzzusammenbruches zunehmen werden", heißt es ausdrücklich.

### **1. Informationstechnik und Telekommunikation: Die Folgen wären dramatisch**

Bei den Festnetzgeräten fielen sofort die digitalen Endgeräte und die Anschlüsse der Teilnehmer aus, danach die Ortsvermittlungsstellen – Telefonieren über das Festnetz wäre also praktisch sofort nicht mehr möglich. Smartphones würden zwar einige Tage durchhalten, wenn sie aufgeladen waren und stromsparend benutzt würden.

Das würde den Besitzern aber nichts nutzen, denn die Basisstationen, die die Einwahl in die Netze ermöglichen, wären binnen weniger Minuten völlig überlastet und fielen zudem nach kurzer Zeit aus. Sie haben zwar eine Notstromversorgung, diese funktioniert aber nur sehr kurzfristig. Fernsehgeräte und Internet funktionieren ebenfalls ohne Strom nicht.

So müßten die Behörden auf das gute alte Radio zurückgreifen, wenn sie sich an die Bevölkerung richten wollten. Auch das klappt allerdings nur, wenn die Geräte mit Batterie oder Akkus betrieben sind. Die Aussicht der Experten ist nicht gut: "Eine nachhaltige Absicherung der Kommunikationsnetze", um über Wochen die Kommunikation gewährleisten zu können, "dürfte zurzeit wirtschaftlich und technisch nicht zu realisieren sein".

### **2. Transport und Verkehr: Chaotische Zustände**

Die Folgen eines Stromausfalls träten im Transportbereich und beim Verkehr abrupt auf und seien massiv, so der Bericht. Es kommt vor allem in Großstädten zu zahlreichen Unfällen, weil beispielsweise die Ampeln vollständig ausfallen.

Die Folge: chaotische Zustände. Züge, S-Bahnen, Straßenbahnen und U-Bahnen blieben liegen, Menschen könnten darin eingeschlossen sein.

Tankstellen müßten ihren Betrieb einstellen, so daß nicht nur die Privatwagen irgendwann stehen blieben, sondern auch die Treibstoffreserven für Kranken- und Feuerwehrwagen aufgebraucht wären.

### **3. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung: Katastrophe für die Bevölkerung droht**

Sowohl für die Wasserversorgung der Bevölkerung als auch für Entsorgung von Abwasser wird Strom benötigt. Essen kochen, Körperpflege, Wäsche waschen – alles würde unmöglich. Die Toilettenspülungen funktionierten nicht mehr, die Toiletten würden verstopft. Die Folgen: Prekäre hygienische Zustände, die unweigerlich Krankheiten nach sich ziehen würden. Außerdem: Während die Gefahr von Bränden steigt, schwinden die Möglichkeiten der Brandbekämpfung.

### **4. Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln: Schnell drohen ernsthafte Engpässe**

Durch den Stromausfall wird das Kühlen verderblicher Lebensmittel ebenso unmöglich, wie die Verteilung von Nahrung und Getränken durch die Behörden zumindest erheblich erschwert würde. Schon bald könnte das Überleben zahlreicher Menschen davon abhängen, daß Lebensmittel zu ihnen gebracht werden, so der Bericht. "Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden", heißt es im Bericht.

Wenn aber vielen Menschen Hunger droht, werden sie versuchen, selbst Lebensmittel zu organisieren – mit schlimmen Folgen für die öffentliche Ordnung. Auch die Versorgung in der Massentierhaltung werde unmöglich. Unter den Bedingungen eines totalen Stromausfalls würden diese Tiere schon die ersten Stunden nicht überleben.

### **5. Gesundheitswesen: Ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung ist wahrscheinlich**

Auch das Gesundheitswesen könne den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärfe sich die Situation derart, daß selbst bei einem massiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung auszugehen sei. Das gleiche gelte für die pharmazeutische Versorgung. Schon nach 24 Stunden wäre die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens "erheblich beeinträchtigt", schreiben die Wissenschaftler.

Krankenhäuser könnten einen eingeschränkten Betrieb eine Weile aufrechterhalten, Dialysezentren, Alten- und Pflegeheime aber müßten teilweise geräumt werden oder Funktionsbereiche schließen. Das gleiche gelten für Arztpraxen und Apotheken. Arzneimittel würden schon im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper.

"Dramatisch wirken sich die Engpässe bei Insulin, Blutprodukten und Dialyseflüssigkeiten aus", so der Bericht. Seine Schlussfolgerung: "Spätestens am Ende der ersten Woche wäre eine Katastrophe zu erwarten, das heißt, die gesundheitliche Schädigung beziehungsweise der Tod sehr vieler Menschen ... sowie eine nicht mehr zu bewältigende Problemlage". Hilfe müßte in diesem Fall unbedingt von außen kommen.

### **Viele Vorschläge zur Milderung der katastrophalen Zustände**

Der Bericht wurde 2011, also vor fünf Jahren, fertiggestellt. Er macht viele Vorschläge, um die Folgen eines solchen Stromausfalls abzumildern, die zweifellos auch für das neue Konzept der Bundesregierung zum Zivilschutz, das heute vom Kabinett verabschiedet werden soll, Parteigangern gestanden haben. Er macht aber auch klar: Eine Katastrophe mit den schlimmsten Folgen wäre kaum zu vermeiden.

Und er warnt, das Beispiel Stromausfall solle auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft hohe Priorität haben – "auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen". Obwohl der vollständige Bericht nach einiger Suche im Internet zu finden ist, hat die Politik nach seinem Erscheinen nichts getan, um die Sensibilität der Bevölkerung zu erhöhen, so wie die Wissenschaftler es fordern.<<

[Herbert Ludwig berichtete am 29. August 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die geheimen anglo-amerikanischen Eliten \(x944/...\): >>>Die geheime Macht-Elite hinter dem anglo-amerikanischen Imperialismus](http://HerbertLudwig.wordpress.com)

Für wachsame Zeitbeobachter ist es kein Geheimnis, daß hinter der anglo-amerikanischen Politik seit langem mächtige finanzstarke Kreise stehen, von denen die Regierungen gestellt oder aus dem Hintergrund dirigiert werden. Der zweimalige britische Premierminister Benjamin Disraeli (1804-1881), eng mit diesen Kreisen verbunden, äußerte sich so bereits vor Beginn seiner politischen Karriere in einem seiner Romane: *"Die Welt wird von anderen Leuten regiert, als es das Volk zu wissen glaubt."*

Auch amerikanische Präsidenten kamen für ihr Land zu dieser Erkenntnis, so Theodore Roosevelt, Präsident von 1901-1909, der 1912 schrieb: *"Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortung anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, diese unheilige Allianz zwischen korruptem Business und korrupten Politikern aufzulösen, ist die erste Aufgabe des Staatsmannes."*

Aber das letzte ist natürlich eine hohle Phrase zur Beruhigung des Volkes. Auch Franklin D. Roosevelt, Präsident von 1933-1945, wußte, daß ihm der Handlungsrahmen gesteckt war: *"Die tatsächliche Wahrheit ist, daß seit den Tagen von Andrew Jackson (1829-1837) gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen."*

### **Geheimgesellschaften**

Doch viele wußten und wissen, daß hinter diesen Hintergrundkreisen noch mächtigere Kreise stehen, von denen sie wiederum gelenkt werden oder mit denen sie eng verflochten sind: Geheimgesellschaften. Auf sie deutete Woodrow Wilson hin, Präsident von 1913 bis 1921, als er schrieb: *"Seit ich in die Politik getreten bin, sind mir die Ansichten von Männern vor allem privat anvertraut worden. Einige der größten Männer in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Handels und der Industrie haben Angst vor etwas. Sie wissen, daß es eine Macht irgendwo so organisiert, so subtil, so wachsam, so verriegelt, so vollständig, so durchdringend gibt, daß sie lieber nur flüstern sollen, wenn sie sie verurteilen."*

Der Hinweis auf okkulte Logen, die im Hintergrund der westlichen Politik wirksam sind, wird heute als "Verschwörungstheorie" abgetan, also als Spinnerei diskreditiert. Natürlich gibt es auch Spinner. Aber zu tun, als ob es keine Verschwörungen gebe, offenbart solche Reaktionen gerade als Schutz- und Abwehrmechanismen.

Denn Verschwörungen durchziehen die ganze Geschichte der Menschheit. Rudolf Steiner machte 1917 darauf aufmerksam, daß noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts philosophische Historiker *"auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den Logen hinweisen. In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. ..."*

*Sie werden leicht überall Wege finden können, durch die innerhalb der westlichen Kultur der letzten Jahrhunderte, die der Gegenwart vorangegangen sind, die Prägung der Gedanken in der exoterischen Welt durch die Esoterik der Logen nachgewiesen werden kann. Selbstverständlich gilt dies nicht von der Zeit vor Elisabeth, vor Shakespeare; aber von dem, was später kommt, gilt es."*

Rudolf Steiner unterscheidet verschiedene Gruppen von verschwörerischen Geheimgesellschaften:

1. solche, die lokale politisch-verschwörerische Ziele haben wie die Jakobiner in Frankreich oder die Carbonari in Italien.
2. Dahinter Gruppierungen mit dem Anstrich einer esoterischen Geheimgesellschaft wie die Illuminaten oder die Omladina in Südosteuropa.
3. Diese werden ihrerseits von verschiedenen (nicht allen) politisch orientierten und auf esote-

risch-okkulten Grundlagen beruhenden Freimaurerlogen, wie sie von England aus in ganz Europa gegründet wurden, beeinflußt und instrumentalisiert.

4. Erst hinter diesen stehen lenkend - vielfach durch Unterwanderung - diejenigen, welche R. Steiner die "westlichen okkulten Bruderschaften" nennt, die nicht positive gesamtgesellschaftliche, sondern gruppenegoistische Ziele verfolgen und von ihm daher auch "linke" oder "grau-bis schwarzmagisch" arbeitende Zirkel genannt werden.

### **Ziele**

Für Rudolf Steiner kristallisierten sich in seinen Forschungen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts u.a. folgende langfristigen Ziele dieser okkulten Bruderschaften heraus:

*"Um was es sich handelt, ist doch, daß in den ihr Wissen geheim haltenden Zirkeln des Westens sehr darauf gesehen wird, daß gewisse Dinge sich so herausbilden, daß dieser Westen unter allen Umständen über den Osten die Herrschaft erwirbt. Mögen die Leute heute in ihrem Bewußtsein sagen, was sie wollen, dasjenige, was angestrebt wird, ist, eine Herrenkaste des Westens zu begründen und eine wirtschaftliche Sklavenkaste des Ostens, die beim Rhein beginnt und weiter nach Osten bis nach Asien hinein geht. ... Darum handelt es sich, die englisch sprechende Bevölkerung zu einer Herrenbevölkerung der Erde zu machen."*

*"Bei gewissen Hintermännern ... der angelsächsischen Politik besteht eine politische Anschauung, die ich in zwei Hauptsätzen zusammenfassen möchte: Erstens besteht die Ansicht - und es ist eine größere Anzahl von Persönlichkeiten, welche hinter den eigentlichen äußeren Politikern, die zuweilen Strohleute sind, stehen, durchdrungen von dieser Ansicht - daß der angelsächsischen Rasse durch gewisse Weltentwicklungskräfte die Mission zufallen müsse, für die Gegenwart und Zukunft vieler Jahrhunderte eine Weltherrschaft, eine wirkliche Weltherrschaft auszuüben.*

*Es ist dieses festgewurzelt in diesen Persönlichkeiten ..., daß man es vergleichen kann mit den inneren Impulsen, welche einstmal das altjüdische Volk von seiner Weltmission hatte. ... Es herrscht die Ansicht, daß dann, wenn so etwas vorliege, alles getan werden müsse, ... daß man vor nichts zurückschrecken dürfe, was im Sinne eines solchen Weltimpulses liegt. Dieser Impuls wird in einer, man muß schon sagen, intellektualistisch außerordentlich großartigen Weise hineingetragen in die Gemüter derer, die dann in den mehr unteren Stellungen - wozu aber immer noch diejenigen der Staatssekretäre gehören - das politische Leben führen.*

*Ich glaube, wer die eben angeführte Tatsache nicht kennt, der kann unmöglich den Gang der Weltentwicklung in der neueren Zeit verstehen. ...*

*Das zweite ist dies: Man weiß, daß die soziale Frage ein weltgeschichtlicher Impuls ist, der unbedingt sich ausleben muß. Es gibt keinen der Führenden unter den angelsächsischen Persönlichkeiten, die in Betracht kommen, der nicht mit einem ... außerordentlich kalten, nüchternen Blick sich sagte: Die soziale Frage muß sich ausleben. - Aber er sagt sich dazu: Sie darf sich nicht so ausleben, daß die westliche, die angelsächsische Mission dadurch Schaden erleiden könnte.*

*Er sagt da fast wörtlich, und diese Worte sind oft gesprochen worden: Die westliche Welt ist nicht dazu angetan, daß man sie ruinieren lasse durch sozialistische Experimente. Dazu ist die östliche Welt angetan. - Und er ist dann von der Absicht beseelt, diese östliche, namentlich die russische Welt, zum Felde sozialistischer Experimente zu machen. ...*

*Dasjenige, was ich Ihnen jetzt sage, ist eine Anschauung, die ich konstatieren konnte - vielleicht geht sie noch weiter zurück, das weiß ich vorderhand nicht - bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück.*

*... und man hoffte, daß die sozialistischen Experimente, dadurch, daß sie sich so abspielen müssen, wenn die in die Irre gehende Proletarierwelt sich nach marxistischen oder ähnlichen Prinzipien richtet, daß dann diese sozialistischen Experimente auch für die Welt der Arbeiter eine deutliche Lehre sein werden in ihrem Ausgehen, in der Nichtigkeit, in der Zerstörung*

*eine deutliche Lehre sein werden, daß man es auch so nicht machen könne. ... Alles dasjenige, was getan worden ist bis zum Jahre 1914 auf dem Gebiete der Weltpolitik, steht unter dem Einfluß dieser Welttendenz."*

Wenn Rudolf Steiner meist von Zielen angelsächsischer Zirkel spricht, sind die amerikanischen immer mitgemeint, da die okkulten Bruderschaften beider Länder intensiv zusammenarbeiten. Bis zum Ersten Weltkrieg war der britische Imperialismus noch der vorherrschende und wurde danach vom amerikanischen abgelöst.

Selbstverständlich sind die okkulten Bruderschaften durch ihre Mitglieder und Beeinfluften in allen Bereichen der Gesellschaft unsichtbar verankert, die sie sozusagen personell an den entscheidenden Stellen durchsetzen, insbesondere in der Wirtschaft und dem von ihr abhängigen staatlichen Leben.

Macht und Herrschaft werden heute vornehmlich *mit den Mitteln der beweglichen kapitalistischen Wirtschaftsimpulse* ausgeübt, wie Rudolf Steiner in einer Tagebuchnotiz bemerkte, in der er die anglo-amerikanischen okkulten Zirkel auch als "Pluto-Autokraten" bezeichnete, um damit ihren Zusammenhang mit den Superreichen anzudeuten.

Das gezeichnete sozialistische Experiment, mit dessen Errichtung notwendig die Ausschaltung Mitteleuropas als eigenständige Kraft verbunden war, haben wir in Gestalt der Sowjetunion und seiner Satellitenstaaten erlebt. Als ihr Zusammenbruch 1989 herbeigeführt wurde, veröffentlichte der amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, ein einflußreicher Fädenzieher der westlichen Politik, eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel "Das gescheiterte Experiment: Vom Untergang des kommunistischen Systems". Mit dem verzerrten "Sozialismus" ist auch der wahre Sozialismus gründlich diskreditiert und der westliche Kapitalismus als einzige Alternative fest etabliert worden.

In China läuft das Experiment noch weiter, befindet sich aber offenbar in einem gewissen Übergangsstadium. Kapitalismus und "Sozialismus" stammen beide aus der derselben westlichen Quelle, und ihre Unterschiede sind vielfach nur äußerlich. Symptomatisch hierfür sind die Worte, die Christine Lagarde, die heutige Chefin des berühmten-berüchtigten IWF und damalige Finanzministerin von Frankreich, am Anfang der Finanzkrise in einer internationalen Konferenz ihrem deutschen Kollegen Peer Steinbrück auf einem Zettel zuschob:

*"Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Im Kommunismus werden die Banken erst verstaatlicht, und dann gehen sie bankrott. Im Kapitalismus gehen die Banken bankrott, und dann werden sie verstaatlicht. Treffen Sie Ihre Wahl."* Die Banken und Staaten lenkenden Kreise sind eben jeweils dieselben.

### **Strategische Mittel**

Okkulte Gesellschaften arbeiten vielfach mit einem aus der Vergangenheit tradierten spirituellen Wissen. Sie gehen davon aus, daß der Weltentwicklung übersinnliche, geistige Impulse zugrunde liegen, die in Gedanken erfaßt werden können. So wies Rudolf Steiner darauf hin, daß bei den westlichen Geheimgesellschaften *"in einer gewissen Beziehung es als eine Lehre der tiefsten Esoterik angesehen wird, daß die Welt eigentlich aus Gedanken gebildet wird."*

Dies fanden sie bei dem deutschen Philosophen G. W. F. Hegel in dessen "Wissenschaft der Logik" exoterisch in aller Breite logisch so entwickelt, daß die Begriffe und Ideen in einer zwingend notwendigen Reihenfolge auseinander hervorgehen.

*"Bei Hegel sehen wir, wie alles, was in Entwicklung ist, vom Gedanken durchpulst ist, wie der Gedanke in seinen besonderen Konfigurationen, in seinen konkreten Ausgestaltungen eigentlich das sich Entwickelnde ist. ... Hegel redet in seiner Philosophie vom Gedanken und meint eigentlich den kosmischen Gedanken. Hegel sagt: Wenn wir irgendwo sehen in der äußeren Welt, sei es, daß wir einen Stern in seiner Bahn, ein Tier, eine Pflanze, ein Mineral betrachten, sehen wir eigentlich überall Gedanken, nur daß diese Art Gedanken in der äußeren Welt eben in einer anderen Form als in der Gedankenform vorhanden sind."*

Die westlichen Geheimgesellschaften erkannten die ungeheuer praktische Bedeutung, die dieser Lehre Hegels innewohnt. Sie sagten sich: Wer das Wesen dieser Gedankenformen und ihre typische Reihenfolge begriffen hat, kann Ereignisse und Entwicklungen in weltpolitischen Dimensionen gezielt in seinem Sinne in Gang setzen. Daher tun sie alles, um Hegels Lehre, die ja sowieso nur von wenigen gelesen und verstanden wird, geheim zu halten. Sie ist Inhalt ihrer Geheimlehre. Denn geheimes Wissen bedeutet Macht.

*"Sie können wirklich, wenn Sie bekannt werden mit den allerseoterischsten Lehren der Geheimgesellschaften der anglo-amerikanischen Bevölkerung, inhaltlich kaum etwas anderes finden als Hegelsche Philosophie."*

Hegel begreift alles Sein der Welt als Entwicklungsprozeß, als ein ständiges Werden und Vergehen, das sich in Gedankenbewegungen vollzieht und erfassbar wird. Es verläuft ständig in Gegensätzen, die auseinander hervorgehen, wechselseitig umschlagen, und ineinander wieder übergehen. Dies wird häufig als Dialektik von These, Antithese und Synthese bezeichnet, was aber in dieser Abstraktheit die innere Dynamik nur unvollkommen und leicht mißverständlich beschreibt. Die westlichen okkulten Zirkel machen sich diese Hegelsche Lehre mißbräuchlich zunutze, indem sie selbst willkürlich Gegensätze für eine gewünschte Entwicklung in Gang setzen, um sich dann zu Herren über das Ergebnis zu machen.

### **Methodische Zwischenbemerkung**

Es könnte die berechtigte Frage entstehen, woher Rudolf Steiner diese Interna der westlichen Geheimgesellschaften wußte, sogar wörtlich zitierte, da er ihnen doch nicht angehört hat. Damit werden Fragen der anthroposophischen Erkenntnismethode berührt, die hier nicht mit der notwendigen Fundierung behandelt werden können; es muß dazu auf die erkenntnistheoretischen und methodischen Schriften Rudolf Steiners verwiesen werden.

Aber man ist darauf auch nicht unbedingt angewiesen, um Rudolf Steiner ernst zu nehmen. Wenn seine Hinweise in der Wirklichkeit begründet sind, dann müssen sie auch in den zeitgeschichtlichen Ereignissen ihre Bestätigung finden. Dies ist oben bereits an der identischen Wortwahl vom "Experiment" in Rußland durch Brzezinski deutlich geworden.

Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem Opus "Welt im Umbruch" (2014) vielen Hinweisen Rudolf Steiners über die britischen Geheimgesellschaften forschend nachgegangen, die dieser speziell zu den Hintergründen des Ersten Weltkrieges gemacht hat. Einige Artikel dieses Blogs haben sich damit bereits näher befaßt. Osterrieder hat noch genauere und tiefere Bestätigungen gefunden, als sie schon aus dem 1981 erschienen Enthüllungsbuch des amerikanischen Insiders und renommierten Historikers Carroll Quigley "Das anglo-amerikanische Establishment" hervorgehen, das sich entgegen des Titels im wesentlichen nur auf das britische Establishment bezieht.

### **Der Orden "Skull & Bones"**

Zu Amerikas geheimem Establishment veröffentlichte Anfang der 1980-Jahre der britisch-amerikanische Historiker Anthony Sutton eine Serie von mehreren kürzeren Büchern über einen geheimen Orden "Skull & Bones" (Schädel und Knochen), die dann in einen Band zusammengefaßt wurden: "America's Secret Establishment. An Introduction to the Order of Skull & Bones". Wie das Buch von Quigley auch, wurde es trotz oder gerade wegen seines sensationellen Inhaltes von keinem großen Verlag übernommen und auch in den Medien nicht rezensiert. Nur Quigleys Buch gibt es inzwischen auf Deutsch.

Sutton war ein anonymes Paket mit einem viele Zentimeter dicken Stapel Mitgliederlisten und Dokumenten des Ordens zugespielt worden. Niemand war besser vorbereitet, sie tiefgründig auswerten zu können als Anthony Sutton.

In der Einleitung zum 1. Band der Serie schrieb er:

*"Nach 16 Büchern und 25 Jahren in der Forschung dachte ich, ich hätte schon alles gehört ... die Welt war ein verwirrendes Durcheinander, wohl jenseits einer Möglichkeit zum Verstehen,*

*geschweige denn zur Erlösung - und es gab wenig, das ich dabei hätte tun können. 1968 wurde mein 'Western Technology and Soviet Economic Development' von der Hoover Institution an der Stanford University verlegt.*

*In drei starken Bänden zeigte ich detailliert auf, wie der Westen die Sowjetunion aufgebaut hatte. Aber das Werk hinterließ ein scheinbar unlösbares Rätsel. - Warum haben wir das gemacht? Warum haben wir die Sowjetunion aufgebaut, während wir gleichzeitig Technologietransfer nach Hitlers Deutschland betrieben? ... Warum haben wir die militärische Macht der Sowjetunion gestärkt? Und gleichzeitig auch unsere eigene? In nachfolgenden Büchern, der Wall Street-Serie, habe ich neue Fragen hinzugefügt - aber keine Antworten."*

Dann erhielt er die Dokumente und Mitgliederlisten des Geheimordens. Bei Sichtung der Bögen erkannte er sofort, daß das keine gewöhnliche Gruppe war. *"Diese Namen bedeuteten Macht, sehr viel Macht."* Und als er den einzelnen Personen in ihren gesellschaftlichen Stellungen nachforschte, ergab sich ihm ein ganz bestimmtes Muster, *"und eine vorher verworrene Welt wurde kristallklar."*

Der Orden wurde 1832 auf dem Gelände der Yale-Universität in New Haven (Connecticut) gegründet, die er praktisch beherrscht und aus deren Studentenschaft er jährlich 15 neue Mitglieder rekrutiert. Yale, neben Harvard eine der renommiertesten Universitäten der USA, entstand 1701, um Führungspersonen für das Land auszubilden (Wikipedia). Die Creme der Ostküstenoberschicht schickt hierher ihre Söhne und Töchter zur Vorbereitung. Und in einem noch viel tieferen Sinn geht es dem Geheimorden um die Führung der USA.

In 180 Jahren bildeten sich 20 bis 30 Familien heraus, die es verstanden, ihre Söhne (seit 1991 auch Töchter) und Verwandten in den Orden hineinzubringen und sich auch untereinander zu verheiraten. Sie bilden den harten Kern des Ordens. Zwei Gruppen kann man nach Sutton unterscheiden: einmal alte amerikanische Familien wie Whitney, Lord, Phelps, Wadsworth, Allen, Bundy, Adams usw. und zweitens Familien, die in den letzten hundert Jahren zu Reichtum und Einfluß gekommen sind wie Harriman, Rockefeller, Payne, Davison, Bush usw.

Für Sutton kristallisierte sich heraus, daß es in den Vereinigten Staaten keine wichtige Organisation im Bereich der Forschung, der Politik oder der Meinungsbildung, auch der Kirchen, der Wirtschaft und des Rechtswesens gibt, die der Orden nicht entweder selbst gegründet oder durchdrungen hätte, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen.

*"The Evolution of American society is not, and has not been for a century, a voluntary development reflecting individual opinion, ideas and decisions at the grass roots. On the contrary, the broad direction has been **created artificially** and stimulated by The Order."*

*("Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft ist keine - und war auch ein ganzes Jahrhundert lang keine - von unten gewachsene, freie Entwicklung, die individuelle Meinungen, Ideen und Entscheidungen berücksichtigte. Im Gegenteil: Die grobe Richtung wurde vom Orden **künstlich geschaffen** und stimuliert.")*

Durch Erforschung und Zusammenführung der Taten der verschiedenen Ordensmitglieder über die letzten hundert Jahre erschloß sich Sutton eine Aufeinanderfolge von Handlungen, die nach einem bestimmten Muster abliefen: Sie seien alle darauf ausgerichtet, die amerikanische Gesellschaft und darüber die Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der nationale Bindungen oder kulturelle Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten stark eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Die "Neue Weltordnung" wurde ja auch von Präsident George H. W. Bush (Ordensmitglied seit 1948) am 11.9.1990 vor beiden Kammern des Kongresses offiziell zum Leitbegriff der internationalen Politik erkoren (Wikipedia).

Sutton fand, daß die zentrale strategische Lehre des Ordens, um sukzessive seine Ziele zu er-

reichen, in der Anwendung der Hegelschen Dialektik bestehe. Diese habe er in die praktische Politik übertragen: man konstruiere künstlich polare Strömungen, um sich dann selbst zum Herren über das Ergebnis zu machen. *"Die operative Geschichte des Ordens kann nur verstanden werden im Rahmen der Hegelianischen Dialektik. Das ist ganz einfach die Vorstellung, daß Geschichte durch Konflikte entsteht. Aus diesem Axiom folgt, daß ein künstlich kontrollierter Konflikt eine vorherbestimmte Geschichte erzeugen kann."*

Allerdings versimplifiziert und verzerrt Sutton hier Hegels Philosophie. Der Orden wendet nicht Hegels Logik an, die sich streng in auseinander hervorgehenden polaren Begriffen bewegt, sondern mißbraucht Hegels Erkenntnisse, um ganz oberflächlich gewünschte - und oft gar nicht polare - Gegensätze hervorzurufen, um sie zu geplanten Entwicklungen gegeneinander zu führen.

Doch erklärten sich daraus für Sutton die gleichzeitige amerikanische finanzielle und materielle Unterstützung der Sowjetunion und des deutschen Nationalsozialismus, der geschaffene Gegensatz Kapitalismus - Kommunismus und viel weitere Konfliktszenierungen bis zur Gegenwart. Das ist das Muster, das Sutton die *vorher verworrene Welt kristallklar* werden ließ.

Das Wirken von Geheimgesellschaften wird nach wie vor (gehorsam?) von der herrschenden Geschichtswissenschaft ignoriert. Anthony Sutton konstatierte in einem Interview: *"Wenn wir feststellen, daß Geheimgesellschaften wirklich eine Bedeutung haben, dann wird die gesamte Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte neu geschrieben werden müssen."* ... <<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. August 2016: >>**Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln**

Die Bevölkerungszahl Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Derzeit leben rund 1,1 Milliarden Menschen auf dem Kontinent. In 34 Jahren sollen es dann rund 2,5 Milliarden sein, berichtet das amerikanische "Population Reference Bureau" (PRB).

Im gleichen Zeitraum soll die Einwohnerzahl Europas um zwölf Millionen auf 728 Millionen zurückgehen. "Dabei lassen sich jedoch noch immer große regionale Unterschiede ausmachen. Die niedrigen Geburtenraten in Europa sorgen dort für einen Bevölkerungsrückgang, während sich die Anzahl der afrikanischen Bürger erwartungsgemäß verdoppeln wird", sagte PRB-Präsident Jeffrey Jordan.

#### **Hohe Geburtenzahlen in der Subsahara**

Weltweit halte der Trend zu steigenden Bevölkerungszahlen jedoch an. "Obwohl die Geburtenraten auf der ganzen Welt zurückgehen, bleibt davon auszugehen, daß uns das Bevölkerungswachstum weiterhin auf die zehn Milliarden zutreibt", betonte Jordan mit Blick auf die derzeit etwa 7,4 Milliarden Erdbewohner.

Vor allem in den Staaten der Subsahara wird die Einwohnerzahl wegen der hohen Fertilitätsraten steigen. Die höchste Quote von Kindern pro Frau weisen weltweit der Niger (7,6), der Südsudan (6,7), die Demokratische Republik Kongo (6,5) sowie der Tschad (6,4) auf. Am niedrigsten liegen diese Werte im Moment in Südkorea, Rumänien, Singapur und Taiwan (jeweils 1,2).

Die Bevölkerung Deutschlands soll bis 2050 von 82 auf 81 Millionen sinken.<<

Herbert Ludwig berichtete am 12. September 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" (x945/...): >>**Wie die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" die Schaltstellen der USA besetzt**

"In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam."

*Rudolf Steiner*

Daß in der anglo-amerikanischen Welt geheime Zirkel aus dem Verborgenen heraus die Poli-

tik bestimmen, hat schon viele Menschen beschäftigt. Aber man kommt schwer an konkrete Beweise und schwimmt weitgehend im Ungewissen. Denn es liegt in der Natur von geheimen Orden, daß ihr Wirken eben streng geheim gehalten wird.

Doch seit dem britisch-amerikanischen Historiker Anthony Sutton Mitgliederlisten und Dokumente des geheimen Ordens Skull & Bones "von einem Mitglied der 'Familie', das von ihren Aktivitäten angewidert war", zugespielt wurden, kann man den ungeheuren Einfluß zumindest dieser einen Geheimgesellschaft auf Politik und Gesellschaft der USA konkret verfolgen, wie ihn Sutton in einem Buch beschrieben hat, das er das wichtigste aller seiner Bücher nannte.

Es ist bezeichnend, daß die Veröffentlichung nur in einem kleinen Verlag erscheinen konnte und von den Historikern, der Politik und den Medien ignoriert wurde. Auch ist es bis heute noch nicht auf Deutsch erschienen.

### **Ziele und Strategien**

Der Orden hat nach Suttons Erkenntnissen das Ziel, die amerikanische Gesellschaft und darüber hinaus die ganze Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der die Hindernisse nationaler Bindungen oder kultureller Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Versetzen wir uns in das Denken dieser Leute: Um diese gewaltigen, irrsinnigen Ziele zu erreichen, muß im Inneren des Ordens ein ungeheurer, über Generationen gehender Wille entwickelt werden, in den jedes Mitglied bedingungslos eingespannt ist. Dann muß die amerikanische Gesellschaft in allen wichtigen Schaltstellen von Ordensmitgliedern oder von ihnen Abhängigen durchgesetzt werden, um ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung entsprechend zu beeinflussen und zu bestimmen.

Und nach außen ist schließlich die amerikanische Wirtschafts- und Militärmacht mit ihrem Geheimdienstapparat gezielt und rücksichtslos einzusetzen, um eine weltbeherrschende Stellung der USA in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht zu erreichen.

### **Rekrutierung und Inneres des Ordens**

Jährlich werden 15 neue Mitglieder aus dem vorletzten Studenten-Jahrgang der Yale-Universität in New Haven (nordöstlich von New York-City) ausgewählt, auf dessen Gelände der Orden 1832 gegründet wurde. Das bedeutet, daß der Orden stets ca. 700-800 Mitglieder hat, von denen nach Sutton etwa ein Viertel eine aktive Rolle spielt, die anderen entweder ihr Interesse verlieren oder ihren Sinn ändern und innerlich aussteigen.

*"Bei der Auswahl legt man Wert auf sportliche Fähigkeiten - die Fähigkeit, im Team zu spielen. Am wenigsten erwünscht als Ordensmitglieder sind Einzelgänger, Bilderstürmer und Individualisten, die ihren eigenen Weg gehen. - Am ehesten wird man Mitglied, wenn man aus einer Bonesfamilie kommt und aktiv, einfallsreich und womöglich ein unmoralischer Teamplayer ist.*

*Ein Mann, der versteht, daß er, um etwas zu werden, jemandem folgen muß. Ein Mann, der sich selbst für das Team opfert. Eine kurze Überlegung zeigt, warum das so ist. Im wahren Leben ist der Kern des Ordens, seine Ziele voranzubringen. Amt und Würden sowie Aussicht auf finanziellen Erfolg sind durch die Macht des Ordens garantiert. Aber der Preis für diese Würden und Erfolge ist das Selbstopfer für das gemeinsame Ziel, das Ziel des Ordens."*

Die neuen Mitglieder werden durch ein Initiations-Ritual aufgenommen, über das nur Bruchstücke bekannt sind, so z.B., daß der Kandidat nackt in einem Sarg liegen muß. Er muß also symbolisch den Tod durchmachen. Er stirbt in gewisser Weise für sein bisheriges Leben und wird in den Orden neu geboren, auf den fortan sein Leben ganz bezogen ist.

Der Orden ist eine Welt für sich, er repräsentiert eine dem irdischen Leben übergeordnete,

diese bestimmende Welt, zu deren Ritter er geschlagen wird. Am Ende erhält er eine in schwarzes Leder gebundene Abschrift der Mitgliederliste des Ordens, die außen und innen mit sonderbaren bedeutungsvollen Symbolen versehen ist. Dies muß alles eine seelisch tief konditionierende Wirkung haben.

Offensichtlich werden die Mitglieder in eine Hierarchie eingegliedert, in der die Eingeweihten an der Spitze wohl nur wenigen bekannt sind, von denen letztlich alle Direktiven und Impulse ausgehen, die lehrend, durch Zeichen, Symbole und die Magie des Rituals suggestiv die Gefühle, Gedanken und Willens-Intentionen lenkend, weitergegeben werden.

Um den Orden herum besteht ein äußerer Kreis von Personen in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft, die von den Initiierten des Ordens *"durch persönliche Überredung, finanzielle Förderung und sozialen Druck gelenkt werden. Wahrscheinlich sind sich die meisten Mitglieder des äußeren Kreises gar nicht bewußt, daß sie von einer Geheimgesellschaft benutzt werden."*

Sutton sieht hier Ähnlichkeiten mit der von Cecil Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts in England gegründeten und von Alfred Milner weitergeführten Geheimgesellschaft, die Carroll Quigley in "Das Anglo-Amerikanische Establishment" beschrieben und "The Group" genannt hat.

### **Verflechtungen**

Den Kern des Ordens bilden nur 20-30 Familien der Ostküste, die aus einer Gruppe angelsächsischer puritanischer Einwandererfamilien und einer Gruppe Familien bestehen, welche in den letzten 100 Jahren zu großem Reichtum gekommen sind. Sie sind überdies durch Heiraten stark miteinander verflochten.

Die Fähigkeit, seine Mitglieder in die zentralen Schaltstellen der Gesellschaft zu bringen, beruht vor allem auf einem der wichtigsten Prinzipien des Ordens: daß ein Bonesman für jeden beliebigen Posten von vorneherein als der Beste gelten, also den absoluten Vorrang erhalten muß. Dafür seinen Einfluß und seine Kräfte einzusetzen, ist die absolute Verpflichtung jedes Mitgliedes.

Eine Vorstellung von den Verflechtungen vermittelt Sutton am Beispiel der Familien Whitney und Harriman. Acht Whitneys wurden Mitglieder des Ordens. Drei von ihnen, William Collins Whitney, initiiert 1863, und seine beiden Söhne Payne und Harry Payne *"sind der Kern des Whitney-Einflusses im Orden."*

William Collins Whitney (1841-1904) wurde 1872 Schulinspektor von New York, erwarb in den folgenden Jahrzehnten auf geheimnisvolle Weise ein beträchtliches Vermögen und wurde eine Macht im Hintergrund für die Regierung von Cleveland. Er heiratete Flora Payne, die Tochter des Standard-Oil-Schatzmeisters Oliver Payne, der zwar nicht im Orden war, dessen Standard-Oil-Anteil aber Whitneys Vermögen vergrößerte. Die von John Rockefeller gegründete Standard-Oil-Company war bis zu ihrer gerichtlichen Entflechtung 1911 das größte Erdölraffinerie-Unternehmen der Welt. Aus der Rockefeller Familie wurde Johns Neffe Percy Rockefeller 1900 Ordensmitglied.

Die beiden Söhne Harry Payne und Payne Whitney studierten in Yale und wurden 1894 bzw. 1898 Ordensmitglieder. Harry Payne heiratete 1896 Gertrude Vanderbilt und verschmolz das Whitney-Payne-Vermögen noch mit einem Teil des Vanderbilt-Geldes. Das Vanderbilt-Unternehmen besaß die wichtigsten Eisenbahnlinien der USA.

*"Diese geballte Finanzkraft floß in den Guaranty-Trust, in das Bankhaus J. P. Morgan und in die Guggenheim-Stiftung. Und es wird noch komplizierter. Der Sohn von Harry Payne Whitney, Cornelius Vanderbilt Whitney, heiratete Marie Norton. Nach ihrer Scheidung heiratete Marie Norton Whitney W. Averell Harriman (sie war seine erste Frau), der heute (1983) mit 91 eine Schlüsselfigur des Ordens ist. Diese eng miteinander verwobene Familie, die an Finanzmächte angekoppelt ist, macht den Kern des Ordens aus."*

Averell Harriman studierte wie sein jüngerer Bruder E. Roland Harriman in Yale, wo sie 1913 bzw. 1917 in den Orden aufgenommen wurden. Das Vermögen des Vaters, eines reich gewordenen Eisenbahnunternehmers, half Averell dabei, 1922 die Investmentbank *W. A. Harriman & Co* zu gründen, der sein Bruder E. Roland 1927 beitrug, so daß sie den Namen *Harriman Brothers & Company* erhielt. 1931 fusionierten sie mit dem schon 1800 gegründeten Bankhaus *Brown Bros. & Co.*, deren Partner ebenfalls Ordensmitglieder waren, zu *Brown Brothers Harriman & Co.* (Vgl. Wikipedia)

*"In den 70ern des 20. Jahrhunderts hatte das relativ unbekannte, private internationale Bankhaus Brown Brothers Harriman mit einem Vermögenswert von einer halben Milliarde Dollar mindestens 9 von insgesamt 26 Partnern, die der geheimen Bruderschaft angehörten. Von keiner anderen Firma ist eine höhere Konzentration von Ordensmitgliedern bekannt. Was die Sache noch interessanter macht: Prescott Bush (Senator von Connecticut), der Vater von Präsident George H. W. Bush (beide Ordensmitglieder) war über 40 Jahre lang Partner bei Brown Brothers Harriman."*

### **Durchdringung des Bildungswesens**

Wer die Zukunft einer Gesellschaft bestimmen will, muß vor allen Dingen das Bildungswesen kontrollieren. Der Orden setzt wichtige neue Organisationen selbst in Gang, stellt den ersten Präsidenten oder Vorsitzenden, gibt gleichzeitig die inhaltliche Richtung vor und zieht sich dann, wenn die Dinge laufen, oft zurück, so besonders auch im Hochschulsektor.

Yale, neben Harvard die bedeutendste Elite-Universität der USA, ist ja schon lange in seiner Hand. Die ebenfalls bedeutende Cornell Universität in New York wurde 1865 von Andrew Dickinson White (im Orden seit 1853) mitgegründet und als erstem Präsidenten in die gewünschte inhaltliche Richtung gebracht. Die 1876 in Baltimore gegründete Johns Hopkins-Universität, die im Hochschulranking heute ebenfalls unter den 20 besten Universitäten der Welt geführt wird, hatte als ihren ersten Präsidenten (von 1875-1901) Daniel Coit Gilman (im Orden seit 1852).

*Im Bereich wissenschaftlicher Forschungsgesellschaften wurden die "American Historical Association", die "American Economic Association", die "American Chemical Society" und die "American Psychological Association" zu Beginn alle von Mitgliedern des Ordens oder ihm nahestehenden Personen gestartet. Das sind die wichtigsten Verbände zur Konditionierung einer Gesellschaft."*

Die "American Historical Association" z.B. wacht darüber, daß sich die Geschichtsschreibung in der gewünschten Richtung bewegt, in der die wahren Ursachen, insbesondere die vom Orden gelegten, verborgen bleiben. *"Wehe dem Buch oder Autor, der sich außerhalb der offiziellen Richtlinien bewegt. Keine Fördergelder. Verlage bekommen kalte Füße. Der Vertrieb ist nachlässig oder nicht existent. - 1946 teilte die Rockefeller Stiftung einer offiziellen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg 139.000 Dollar zu, nur um sicher zu gehen, daß die offizielle Linie dominierte."*

Auch bei wichtigen Stiftungen ist der Orden präsent. So wurde der erste Präsident der 1902 gegründeten, ungeheuer reichen Carnegie Institution zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschung das Ordensmitglied Daniel Coit Gilman, und andere Ordensmitglieder saßen seit der Jahrhundertwende im Aufsichtsrat. *"Gilman war auch bei der Gründung der Peabody, Slater und Russel-Sage Stiftungen dabei. McGeorge Bundy (Ordensmitglied seit 1940) war Präsident der Ford-Stiftung von 1966-1979."*

Ordensmitglied William Howard Taft war der erste Vorsitzende der 1910 gegründeten "Amerikanischen Gesellschaft zur Beilegung internationaler Streitigkeiten", Vorläufer des "Bundes für den Frieden", aus dem sich das Konzept des Völkerbundes entwickelte.

### **Durchdringung von Kirchen und Medien**

Anthony Sutton konstatiert und belegt, daß es in den USA keine wichtige Organisation im

Bereich der Bildung, Forschung, Kirche, Meinungsbildung, Wirtschaft, des Rechtswesens und der Politik gibt, die der Orden *Skull & Bones* nicht entweder selbst gegründet, durchdrungen oder beeinflusst hätte. *"Nicht alles zur selben Zeit, aber beharrlich und hartnäckig genug, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen."*

Zum Bereich von Bildung und Forschung ist vorstehend einiges dargestellt worden, wobei ein Eingehen auf den Einfluß im Schulsystem hier zu weit führen würde. Das nach Sutton bedeutendste Beispiel dafür, wie der Orden in die Theologie der protestantischen **Kirchen** eingedrungen ist, ist das *Union Theological Seminary* an der Columbia Universität in New York, bei dem einst wegen des Verdachts auf kommunistische Infiltration ermittelt wurde und das daher auch unter dem Namen "Rotes Seminar" bekannt war.

Professor für praktische Theologie war dort von 1904 bis 1926 und dessen Präsident von 1926 bis 1945 *Henry Sloane Coffin*, im Orden seit 1897. *"Das Seminar hatte eine so breit angelegte Interpretation von Religion, daß es sogar einen atheistischen Club für seine Studenten hat oder zumindest hatte. - Henry Sloane Jr. (im Orden seit 1948) war einer der 'Boston Five', die der Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten angeklagt waren. - Und das ist nur ein Teil des Eindringens des Ordens in die Kirche."*

Einen bedeutenden Einfluß übte der Orden auch auf das **Kommunikationswesen** der USA aus. Bedeutende Gestalten waren der in China als Sohn eines presbyterianischen Missionars geborene *Henry Robinson Luce* und sein Freund *Briton Hadden*, beide Ordensmitglied seit 1920, die 1923 das Nachrichtenmagazin *TIME* gründeten.

*"Luce war dabei der Business Manager und Hadden Chefredakteur. Nach Haddens Tod 1929 nahm Luce Haddens Stelle ein. Luce übernahm 1930 das Wirtschaftsmagazin "Fortune" und 1936 das bildhafte "Life Magazine".*

*1952 gab er "House & Home" und 1954 "Sports Illustrated" heraus. Auch produzierte er die Dokumentarserie "The March of Time" für Radio und Kino. Luce, der bis 1964 Chefredakteur all seiner Zeitschriften blieb, war ein einflußreiches Mitglied der Republikaner.*

*Mit seiner anti-kommunistischen Einstellung und seinem Interesse für sein Geburtsland war er eine wichtige Persönlichkeit in der sogenannten "China Lobby" und spielte eine große Rolle dabei, Amerikas Außenpolitik zu Gunsten des nationalistischen Führers Chiang Kai-shek und seiner Frau Soong May-ling zu lenken. Er war in den 1920er- und 1930er-Jahren ein begeisterter Förderer des Faschismus. Das Time Magazine veröffentlichte fünf Titelgeschichten über Benito Mussolini."* (Wikipedia)

*William Buckley (im Orden seit 1950) gründete 1955 die einflußreiche politische Zeitschrift National Review. "Seine öffentliche Präsenz wurde verstärkt durch seine preisgekrönte Fernseh-talkshow Firing Line, die von 1966 bis 1999 lief und die am längsten laufende Talkshow im amerikanischen Fernsehen war"* (Wikipedia).

*Alfred Cowles (im Orden seit 1913) war Präsident der Cowles Communications und besaß Des Moines Register sowie den Minneapolis Star. Russel Davenport (im Orden seit 1923) trat 1930 in die Redaktion von "Fortune" und war 1937 bis 1940 Chefredakteur. Von 1945 bis 1952 arbeitete er in den Redaktionen von "Life" und "Time" mit.*

*John Chipman Farrar (im Orden seit 1918) gründete 1929 einen der erfolgreichsten Verlage: "Farrar & Rinehart" war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Mitgründer des Verlages "Farrar, Straus and Giroux".*

*Archibald McLeish (im Orden seit 1915) war der erste Geschäftsführer des "Nieman Fund" der Harvard Universität, von dem seit 1939 jährlich der prestigeträchtigste Preis im Journalismus der USA, der "Nieman Fellowship" verliehen wird. Im Krieg betätigte er sich in der Kriegspropaganda des Verteidigungsministeriums.*

### **In Wirtschaft und Rechtswesen**

Die Verbindung mit den großen Eisenbahn-Magnaten und Rockefellers Standard-Oil wurde

schon erwähnt. Doch auch über die Familien der Paynes und Pratts entstanden Verbindungen zu Shell, Creole Petroleum und Socony Vacuum (später Mobil Oil).

*"Viele Fertigungsunternehmen haben Mitglieder im Orden, von den Donnelleys in Chicago (Drucker des offiziellen Airline-Führers und anderen Referenzen); Konzerne der Holzindustrie wie Weyerhaeuser, der auch Mitglied der Trilateralen Commission ist; Dresser-Industries und so weiter."*

*"Ein Dutzend Mitglieder können mit der Federal Reserve (der privaten US-Zentralbank) in Verbindung gebracht werden, aber vor allem eine Ernennung ist bemerkenswert. Pierre Jay (im Orden seit 1892), der 1913 nur für eine einzige Sache bekannt war, nämlich eine Privatschule zu leiten und ein obskurer Vize-Präsident der Manhattan Bank gewesen zu sein, wurde der ERSTE Präsident der Federal Reserve Bank von New York, der wichtigsten Bank des US-Zentralbankensystems."*

Die großen Rechtsanwalts-Kanzleien des Establishments in New York sind voller Ordensmitglieder. Einen großen Anteil stellt die Lord-Familie, von der allein sechs in den Orden aufgenommen wurden.

George DeForest Lord (im Orden seit 1854) gründete die New Yorker Kanzlei *Lord, Day & Lord*, zu deren Klienten die "New York Times" und die "Rubin-Stiftung" gehörten. Letztere finanziert die große Denkfabrik "Institut für Politische Studien" in Washington, D.C.

Die Kanzlei *Simpson, Thacher & Bartlett* wird vor allem durch die Thacher-Familie bestimmt; der Mitgründer Thomas Thacher wurde 1871 Ordensmitglied, dem weitere Familien- und Kanzlei-Mitglieder folgten. Die Kanzlei mit 900 Anwälten in 11 Büros weltweit zählt zu ihren Klienten u.a. die Blackstone Groupe, JP Morgan Chase, Bank of America und Goldman Sachs. Einflußreiche Ordensmitglieder wirken auch in *David, Polk, Wardwell*, sowie in den Kanzleien *Debevoise* und *Plimpton*. Letztere ist die Kanzlei der Rockefeller.

### **Der Orden in der Politik**

Der *Council on Foreign Relations* (CFR) bestimmt weitgehend die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA. Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert. Er wurde ebenso wie *Chatham House* in London von den Geheimgesellschaften nahe stehenden Männern als äußere Plattform gegründet, ist aber selbst keine Geheimgesellschaft.

Der Orden ist in dieser Organisation nach Suttons Erkenntnissen repräsentiert, aber nicht immer bestimmend. David Rockefeller - zwar kein Mitglied des Ordens, dafür aber vertrat sein Onkel Percy Rockefeller die Familie im Orden - war von 1949 bis 1985 Direktor, von 1950 bis 1970 Vizepräsident und von 1970 bis 1985 Vorsitzender des Vorstands (Aufsichtsrat) des CFR.

Winston Lord, Ordensmitglied seit 1959, war von 1977 bis 1985 Präsident des CFR. Von 1969 bis 1973 war er Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates im Planungs-Komitee.

*"Er war Berater des Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger, den er auf seiner Reise nach Peking im Jahre 1971 begleitete. Im folgenden Jahr war er Mitglied der US-Delegation bei Präsident Nixons Reise nach China. Lord wurde später (1973-1977) Director of Policy Planning und Top-Berater des US-Außenministeriums in Angelegenheiten, die China betreffen, US-Botschafter in China (1985-1989) und Staatssekretär (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Bill Clinton."* (Wikipedia)

*"Man kann die Beziehungen zwischen dem Orden und den größeren Organisationen (wie auch der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern) mit dem Bild konzentrischer Kreise darstellen. Der CFR und ähnliche bilden einen äußeren Kreis, d.h. einen Umkreis, auf den ein Schatten geworfen wird. Sie existieren in diesem Schatten, der von einer inneren Organisation*

*geworfen wird."*

Der Orden ist jedoch nur ein Teil des inneren Kreises, denn Sutton ist sich bewußt - und darauf hat auch Rudolf Steiner hingewiesen - daß es noch mehr Geheimgesellschaften gibt, deren personelle Wirksamkeit nur noch nicht in dem Maße wie bei Skull & Bones nachzuweisen ist. Bereits einer der beiden Gründer des Ordens, *Alphonso Taft*, drang bis in die Regierung vor. Er wurde 1876 Kriegsminister, von 1876-1877 US-Justizminister, von 1882-1884 US-Minister für Österreich und von 1884-1885 Botschafter in Rußland.

Sein Sohn *William Howard Taft*, im Orden seit 1878, wurde von 1909 bis 1913 Präsident der Vereinigten Staaten und von 1921 bis 1930 Oberster Bundesrichter. Taft machte den Ordensbruder *Henry L. Stimson* (im Orden seit 1888) von 1911-1913 zum Kriegsminister.

*"Stimson wurde von 1911 bis 1946 von jedem Präsidenten, bis auf Harding, in ein Regierungsamt berufen, d.h. von Taft, Wilson, Coolidge, Hoover (bei ihm 1929-1933 Außenminister), Roosevelt und Truman" 1940-45 Kriegsminister).*

*"Zehn Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor trug er im November 1941 in sein Tagebuch ... ein, daß er angesichts drohender feindlicher Auseinandersetzungen mit Japan mit Präsident Roosevelt diskutiert habe, wie die Japaner dazu zu bringen wären, den ersten Schuß abzugeben, ohne die USA zu großen Gefahren auszusetzen. 1976 als Buch erschienen, verschwand es später aus den Bibliotheken der Welt, Fotokopien sind jedoch erhalten." (Wikipedia)*

*"1945 empfahl Stimson als Trumans Kriegsminister, den Abwurf der Atombomben auf Japan." - "Stimson nutzte sein Büro, um die Karriere von Bundesbrüdern aus dem Orden, vor allem die von Harvey Hollister Bundy und seinem Sohn, McGeorge Bundy, voranzubringen."*

*William Averell Harriman* (im Orden seit 1913), war unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt Sondergesandter in Europa und arbeitete mit an der *Atlantik-Charta vom 14.8.1941*, einer gemeinsamen Erklärung Roosevelts und Churchills, in der Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert wurden.

Er war 1941 als Minister für Großbritannien mit der Vorbereitung des Leih- und Pachtgesetzes betraut, das die Lieferung von Militär- und Versorgungsgütern an die Sowjetunion vorausah. Von 1943 bis 1946 amtierte er als US-Botschafter in Moskau. Unter Truman war er Botschafter in London und Handelsminister, danach diente er als Sonderbotschafter und Staatssekretär für politische Angelegenheiten und für Fernost.

*George Herbert Walker Bush* (Ordensmitglied seit 1948) wurde 1967 republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus für Texas, 1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen. Von 1974 bis 1975 war er Leiter des Verbindungsbüros der USA in der Volksrepublik China sowie von 1976 bis 1977 Direktor der CIA.

Von 1981 bis 1989 amtierte er unter Ronald Reagan als dessen Vizepräsident und von 1989 bis 1993 als 41. Präsident der USA. Unter seiner Führung fanden mit fadenscheiniger Begründung der erste Irak-Krieg und der Jugoslawien-Krieg statt.

Sein Sohn *George Walker Bush* (Ordensmitglied seit 1968) war von 1995 bis 2000 Gouverneur von Texas und von 2001 bis 2009 der 43. Präsident der USA. In seiner Präsidentschaft fanden die mysteriösen und bis heute nicht wirklich aufgeklärten Ereignisse des 11.9.2001 statt, die er zum Anlaß nahm, den Krieg gegen den Terror auszurufen, in dessen Folge der Einmarsch in Afghanistan und unter erlogenem Vorwand der zweite Irakkrieg stattfand.

Seine Wiederwahl 2004 gewann er gegen den Ordensbruder *John Kerry* (Ordensmitglied seit 1966), der für die Demokratische Partei die Wahlshow geführt hatte. Beide verweigerten jede Auskunft über den Orden. Kerry war seit 1985 als Mitglied für Massachusetts im US-Senat, seit 2009 Vorsitzender im Ausschuß für Außenpolitik und ist seit 1.2.2013 Außenminister unter Präsident Obama (Wikipedia).

Die Präsidentschaftskandidatin der "Demokraten" *Hillary Clinton*, Außenministerin von

2009-2013, hat wie ihr Ehemann Bill, Präsident der USA von 1993 bis 2001, ebenfalls an der Skull and Bones - Universität in Yale studiert. Die Gedanken und Einstellungen beider standen also indirekt unter dem prägenden Einfluß des Ordens, Bill Clinton wurde aber nicht in den Männerorden berufen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>"Versteinertes Besatzungsrecht"

### **Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"**

**... Preußische Allgemeine Zeitung:** Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?

**Bandulet:** Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde.

Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.

**Preußische Allgemeine Zeitung:** Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?

**Bandulet:** Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt.

Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>"Blind und wehrlos"

Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht

Ist der "Schuldskult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll.

Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.

Denn dann ist erwiesen, welche (selbst-)zerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.

Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Ex-Präsident Jacques Chirac sei "korrupt, böseartig und gierig", Ex-Premierminister François Fillon ein "jämmerlicher Typ" und der frühere Staatsminister Christian Estrosi habe nur "eine Nuß im Kopf". So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. Doch der Berater des damaligen Präsidenten, Patrick Buisson, hat die Aussagen mitgeschnitten. Gestern ist sein Buch "Die Sache des Volkes. Die verbotene Geschichte der Präsidentschaft Sarkozy" mit zahlreichen Zitaten und Anekdoten erschienen.

Zwei Monate vor den internen Vorwahlen, bei denen die Republikaner ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 küren, dient das Werk nur einem Zweck: den Parteichef und Mitbewerber Sarkozy zu demontieren. Zu den Beleidigten gehört neben Estrosi auch der Ex-Budgetminister François Baroin, beide unterstützen Sarkozy.

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank."

Der 67-jährige Buisson, der dem Front National nahesteht und früher Chef der rechtsextremen Zeitschrift "Minute" war, galt einst als Präsidentenflüsterer und befeuerte Sarkozys ideologischen Rechtskurs. 2014 kam es zum Bruch, als Medien Mitschnitte aus Buissons Diktiergerät veröffentlichten, die vertrauliche Gespräche mit dem früheren Staatsoberhaupt, dessen Frau Carla Bruni-Sarkozy und engen Mitarbeitern mitgeschnitten hatte. Darauf war unter anderem zu hören, wie Sarkozy gegen Parteikollegen ätzte. Dieser reichte daraufhin Klage ein und be-

zeichnete Buisson als "Verräter". Das sei "das Wort zu viel" gewesen, sagte der Exberater nun - und rächt sich.

Sarkozys Vertraute mögen zwar gegen die "Sinnlosigkeit von nicht nachprüfbaren Behauptungen" und Buissons "Stasi-Methoden" wettern. Doch seine Enthüllungen bekommen Brisanz, da er über stundenlanges Tonbandmaterial verfügt, das er als Beweis heranziehen kann. Außerdem beschreibt er Annäherungsversuche Sarkozys an den früheren Chef des rechtsextremen Front National (FN), Jeanmarie Le Pen, und zitiert den früheren Staatschef mit den Worten, seine konservative Partei habe "natürlich gemeinsame Werte mit dem Front National".

Fast zeitgleich mit der Buchveröffentlichung bringt auch das investigative Online-Magazin "Mediapart" neuen Ärger für Sarkozy: Es berichtete nun über den Fund des Notizbuches des früheren libyschen Erdölministers Choukri Ghanem, der 2012 tot in der Donau bei Wien aufgefunden wurde. In dem Heft ist von drei Überweisungen an Sarkozy in Höhe von insgesamt 6,5 Millionen Euro die Rede.

Die Vorwürfe sind nicht neu, längst ermittelt die Justiz zu dem Vorwurf, der frühere Machthaber Libyens Muammar al-Gaddafi habe 2007 den Wahlkampf des Konservativen massiv gesponsert; empfing er ihn nach seiner Wahl mit großem Pomp in Paris, so betrieb er 2011 die Bombardierung Libyens und al-Gaddafis Sturz.

Der neue Bericht legt die Vermutung nahe, daß Sarkozy zu allem bereit war, um an die Macht zu gelangen - ein Eindruck, den Buissons Berichte stützen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/18-20): >>**Die totalitäre Demokratie**

\_ von *Tino Perlick*

Der globale Frontalangriff auf die Demokratie begann in den Vereinigten Staaten. Staat und Wirtschaft sind dort untrennbar miteinander verwachsen. Volksherrschaft existiert nur als aufwendige Fassade. Dahinter verbirgt sich eine Tyrannei, die ihre freundliche Maske jederzeit ablegen könnte.

**Die Vereinigten Staaten zeigen, wie Demokratie simuliert werden kann, ohne daß der Betrug zu offensichtlich wird.**

Am Abend des 5. November 2008 verwandelten eine Viertelmillion Amerikaner den Grant Park in Chicago in ein gigantisches, rot-weiß-blaues Fahnenmeer. "Yes, we can", schallte es aus der begeisterten Menschenmasse. Als mit Barack Obama der erste afroamerikanische Präsident in der Geschichte der USA die Bühne betrat, brach die Menge in frenetischen Jubel aus. Die Bürger schienen die acht Jahre der finsternen Bush-Herrschaft schier wegschreien zu wollen. "Lang hat es gedauert", versicherte Obama den Menschen, "doch aufgrund dessen, was wir an diesem Tag, in dieser Wahl, vollbracht haben, ist heute ein Wandel nach Amerika gekommen."

Die Worte klingen inzwischen wie Hohn. Der Linksintellektuelle Dr. Cornel West, ein früherer Unterstützer Obamas, resümierte 2014: "Er stellte sich als fortschrittlich dar und erwies sich als Fälschung. Wir haben am Ende eine Präsidentschaft der Wall Street bekommen, eine Präsidentschaft der Drohnen, eine Präsidentschaft der Nationalen Sicherheit." Wenn politischer Wandel auf demokratischem Wege nicht länger durchsetzbar ist, muß man fragen, welche Herrschaftsform an die Stelle der Demokratie getreten ist.

Aus der Erkenntnis, daß Totalitarismus anpassungsfähig ist, entwickelte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Sheldon Wolin (1922-2015) die These, daß die USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Gewaltherrschaft seien. Hier agiere jedoch ein auf den Kopf gestellter, also ein "invertierter", Totalitarismus.

**Putsch in Zeitlupe**

In seinem 2008 erschienenen Buch Democracy Incorporated (Demokratie als Kapitalgesell-

schaft) setzt Wolin, früher Professor an der Princeton Universität, diese Staatsform mit dem "Erwachsenwerden der Macht des freien Unternehmertums" gleich. Da der invertierte Totalitarismus die klassischen Elemente absoluter Herrschaft vermeidet, sei er nur schwer zu erkennen. Sowohl die Symbole als auch die Sprache der Demokratie blieben unangetastet. Auch würden deren Kerneigenschaften wie freie Wahlen, eine unabhängige Justiz, freie Medien und die Verfassung nach wie vor hoch geachtet. Doch all das sei ausgehöhlt worden.

Kein plötzlicher Umsturz und keine gewaltsame Machtergreifung gingen dem Systemwechsel voraus. Statt dessen habe ein Putsch in Zeitlupe stattgefunden - vorangetrieben von den Wirkkräften der ungezügelter Wirtschaft. An die Stelle eines charismatischen Demagogen trete im verdeckten Totalitarismus die Anonymität internationaler Kapitalgesellschaften.

Mächtige Großkonzerne, so Wolin, bedienen sich in diesem System zwar weiterhin patriotischer Symbole. Doch operieren sie längst transnational und fühlen sich ihrem Heimatland nicht mehr im Geringsten verpflichtet. Während sich die Monopolmedien um die Propaganda kümmern, sollen die Bürger unpolitisch und passiv sein.

Wolin bezeichnet sie als "Patienten" - chronisch leidend. Im Unterschied zu den Diktaturen der Vergangenheit, die in der Regel nur von kurzer Dauer waren - von den großen Gewalt Herrschern starb nur Stalin, solange er an der Macht war -, ist der US-Totalitarismus recht widerstandsfähig: "Im invertierten System ist der Anführer ein Produkt des Gefüges", stellt der Professor Emeritus klar, "nicht sein Architekt; es wird ihn überleben."

Wolins Theorie erhielt 2014 empirische Unterstützung. "Amerikaner dürfen sich durchaus vieler Merkmalen erfreuen, die für Demokratien zentral sind", bilanzieren Forscher der Universitäten Princeton und Northwestern in einer Studie, die den Einfluß von Eliten und Durchschnittsbürgern auf die US-Regierung untersucht, "darunter regelmäßige Wahlen, Rede- und Vereinigungsfreiheit sowie ein umfassendes (wenn auch umstrittenes) Wahlrecht."

Aber, stellt Co-Autor Martin Gillens fest, "gewöhnliche Bürger haben praktisch keinerlei Einfluß auf das, was ihre Regierung in den Vereinigten Staaten tut. Doch ökonomische Eliten und Interessensgruppen, vor allem wenn sie aus der Wirtschaft kommen, haben in substantiellem Maße Einfluß."

### **Simulierte Demokratie**

Die Vereinigten Staaten zeigen, wie Demokratie simuliert werden kann, ohne daß der Betrug zu offensichtlich wird. "Warum", fragt Wolin, "eine Verfassung aufheben, wie es die Nazis taten, wenn es möglich ist, die Verfassungsordnung mit riesigen Wahlkampfspenden ... zu manipulieren?" Wolin stellt fest: "Sind die Taktiken auch nicht die der Nazis, so ist das Endresultat das invertierte Äquivalent. Die Opposition ist nicht liquidiert worden, sie wurde nutzlos gemacht."

Während das Hitler-Regime die Schaffung einer aktiven Volksgemeinschaft förderte ("Kraft durch Freude"), ist im neuen Totalitarismus das Ziel umgekehrt - die Aufrechterhaltung staatsbürgerlicher Trägheit. Statt Debatten über verfassungswidrige Gesetze und Angelegenheiten von Krieg und Frieden dominieren Skandale und sogenannte Kulturkriege den politisch-medialen Diskurs rund um die Uhr.

An die Stelle des mündigen Bürgers ist der Wahlbürger getreten, der nur "während der Wahlkämpfe politisches Leben erlangt". Statt echter Macht darf er nur Meinungen haben, die unentwegt abgefragt werden. Das Wahlvolk konsumiert Politiker genauso wie Marken. Das Werbefachblatt Advertising Age erklärte Barack Obama noch vor dessen Wahl zum "Marketer of the year" - vor dem IT-Giganten Apple und dem Sportbekleidungsriesen Nike.

**"Der Krieg gegen den Terrorismus kann sich nach innen wenden."**

Wolin

Ins Amt gewählt, fungiert der Präsident als ein Laufbursche und Pressesprecher der Finanz- und Großkonzerne. In seinen zwei Amtszeiten hatte Bill Clinton gegen immensen öffentlichen

Widerstand einen gemeinsamen Markt für Kanada, die USA und Mexiko durchgeboxt, die seit 1933 bestehende Trennung von Spar- und Spekulationsbanken aufgehoben und den Telekommunikationsmarkt dereguliert - oder vielmehr: im Sinne der Großkonzerne reguliert. Später strich Clinton für seine Auftritte zusammen 105 Millionen US-Dollar von Unternehmen und Finanzdienstleistern ein. Im Abgeordnetenhaus und im Senat läuft das Spiel genauso.

Die einzige Funktion von Wahlen besteht darin, "biegsame Parlamentarier für die Lobbyisten" zu finden, schreibt Wolin. Echte Sozialdemokratie wird bekämpft, sobald sie mehr "als Lese- und Schreibfähigkeit, Berufsausbildung und andere Grundlagen einer um das Überleben in der globalen Wirtschaft kämpfenden Gesellschaft fordert".

### **Der kommende Aufstand**

Wenn private Macht stärker ist als der demokratische Staat, sagte Franklin D. Roosevelt 1938 in einer Rede an den Kongreß, ist das "in seiner Essenz Faschismus". Heute durchdringt der Totalitarismus alle Bereiche. "Man kann auf keine nationale Institution verweisen, die zutreffend als demokratisch bezeichnet werden könnte", sagt Wolin. "Gewiß nicht die hochgradig gemanagten, geldgesättigten Wahlen, nicht der vom Lobbyismus befallene Kongreß, nicht die imperiale Präsidentschaft, nicht das klassenbasierte Justiz- und Strafvollzugssystem, am allerwenigsten die Medien."

Den gekaperten Institutionen steht ein immer mächtigerer, aufgeblähter und durchmilitarisierter Superstaat gegenüber, der seine Bürger total kontrolliert. Doch solange die Manipulation der öffentlichen Meinung gelingt, glaubt Wolin, scheut der invertierte Totalitarismus brutale Kontrollmaßnahmen. Sollte eine hoffnungslose Bevölkerung jedoch irgendwann gegen die Zersetzung ihrer Grundrechte aufbegehren, würde das System so gewalttätig werden wie frühere totalitäre Staaten: "Der Krieg gegen den Terrorismus kann sich nach innen wenden."

Seit einem historischen Hoch von rund 75 Prozent Mitte der 1960er Jahre sank das Vertrauen in die Regierung mehr oder weniger stetig. 2010 mißtrauten fast 80 Prozent der Bevölkerung ihren offiziellen Vertretern. In einer Befragung des Umfrageinstituts Public Policy aus dem Jahr 2013 schnitt der Kongreß im Ansehen der Amerikaner schlechter ab als Kakerlaken. Der Pulitzer-Preisträger Chris Hedges hat ausgiebig über Wolins Ansichten geschrieben und referiert. Er glaubt, daß das große Aufbegehren vor der Tür steht.

"Die Revolte mag rechts sein", schreibt Hedges. "Sie mag den Beigeschmack von Faschismus haben. Sie mag einen furchterregenden Polizeistaat zementieren. Doch daß eine Revolte kommt, ist unbestreitbar." Der kommende Aufstand wird frühere Unruhen in den Schatten stellen. Zu viele Menschen haben in diesem System nichts mehr zu verlieren.

### **2013 schnitt der Kongreß im Ansehen der Amerikaner schlechter ab als Kakerlaken.**

Auf der anderen Seite stehen die Vielen, die vom Regime abhängig sind. "Universitäten, Intellektuelle, Gelehrte und Wissenschaftler sind durch eine Kombination aus Regierungsaufträgen, Unternehmens- und Stiftungsmitteln sowie Gemeinschaftsprojekten aus Hochschulen und wohlhabenden Spendern nahtlos in das System integriert worden.

" Das alles gelingt "ohne verbrannte Bücher, ohne einen geflüchteten Einstein", wie Wolin hinzufügt. Kein Wunder, daß die so Korruptierten gegen Querdenker und Aufmüpfige hetzen - wie 2016 gegen Donald Trump.

\_ Tino Perlick ist Korrespondent bei COMPACT.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>Mister X packt aus

\_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konfe-

renzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

### **The Secret Team**

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

### **Blut an den Händen**

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitwei-

lige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/54,55): >>**Fahrplan ins Chaos**

*\_ von Tino Perlick*

Was für eine Welt würde eine Präsidentin Clinton zurücklassen? Ihre Pläne weisen sie als Verfechterin der Neuen Weltordnung aus: Militarismus, demokratiefeindliche Handelsabkommen, offene Grenzen, Masseneinwanderung, Minderheitenkult und politische Korrektheit sind ihr Programm.

**... Auf zur bunten Meinungsdictatur**

In seiner Rede machte General Allen klar: "Wir müssen die Kraft sein für Einheit in Amerika, für eine Vision, die alle einschließt, jeden Mann und jede Frau, jede Rasse, Ethnie, Religion und jedes Glaubensbekenntnis, einschließlich der Amerikaner, die geachtete Muslime sind, jedes Geschlecht und jede geschlechtliche Orientierung."

Das Fetischisieren von Minderheiten ist eine weitere Waffe im Kampf gegen störrische Regierungen. "Wenn Saudi-Arabien Homosexuelle hinrichtet, bleibt der Protest zahnlos und ist nicht von Boykott- oder Sanktionsdrohungen begleitet", schreibt Johnstone. "Das steht in starkem Kontrast zu dem Wutgeheul über die nicht vorhandenen Probleme für Schwule in Sotschi (Rußland)." Erst mit Hillary im State Department spielten sich die USA als Vorreiter für Schwulen- und Lesbenrechte auf und traten dem UN-Menschenrechtsrat bei. "Schwulenrechte sind Menschenrechte", psalmodierte sie dort 2011.

**"Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun."**

*Clinton*

Während die Obama-Administration der Marine geschlechtsneutrale Uniformen verpaßte und bundesweit staatliche Schulen dazu verdonnerte, transsexuellen Schülern freizustellen, welche Toilette sie benutzen, schlugen Sicherheitsbehörden Alarm: "Nach Beendigung meiner 15-jährigen Karriere bei der Heimatschutzbehörde kann ich über den gefährlichen Zustand, in dem Amerikas Anti-Terrorstrategie sich befindet, nicht länger Schweigen bewahren", gestand Islamexperte Philip Haney im Februar 2016 auf dem US-Kongreßnachrichtenportal The Hill. "Ich schweige nicht länger über die Bereitschaft unserer Anführer, die Sicherheit der Bürger der ideologischen Starrheit politischer Korrektheit zu opfern."

Nach den Anschlägen in Paris im November 2015 twitterte Hillary den Standardsatz: "Moslems sind friedliche und tolerante Menschen und haben gar nichts mit Terrorismus zu tun." Unter ihr würde dies endgültig zur verbindlichen Richtlinie:

Die von Clinton ernannte erste US-Sonderbeauftragte für muslimische Gemeinschaften, Farah Pandith, schreibt schon jetzt Berichte zur "Bekämpfung von gewaltsamem Extremismus", in

denen Ermittlern nahegelegt wird, zur Schonung der armen Muslime auf sensible Worte wie "Dschihad" und "Scharia" gänzlich zu verzichten. Auf Andersdenkende wartet die Gesetzesvorlage 569. Bereits 144 demokratische Abgeordnete unterstützen das Maulkorbgesetz zur "Verurteilung von Gewalt, Bigotterie und Hassrhetorik gegen Muslime in den Vereinigten Staaten".

Der Dank für all die Mühen: Seddique Mir Mateen, Vater des Mörders von 49 Besuchern eines Nachtclubs für Homosexuelle in Orlando, Florida, ist Hillary-Fan. Als der bekennende Unterstützer der Taliban im August von Kamerateams bei einer Wahlkampfveranstaltung von Clinton gesichtet wurde, sagte er in gebrochenem Englisch: "Sie ist gut für die Vereinigten Staaten, gegen Donald Trump." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/58-59): >>>Die Patin des Dschihad

\_ von Norman Hanert

Hillary Clinton sieht sich mit einem schweren Verdacht konfrontiert: Während ihrer Zeit als Außenministerin soll sie die Verschiffung von Waffen, auch Giftgas, vom libyschen Bengasi an Terroristen in Syrien zugelassen haben - ebenso wie die Ermordung des US-Botschafters, eines Mitwissers der Operation.

... **Operation unter falscher Flagge**

Doch mittlerweile wird Clinton nicht nur Versagen beim Schutz des US-Konsulats vorgeworfen. Es geht um viel Brisanteres, nämlich um Waffenlieferungen aus Libyen an die syrischen Terroristen. Im Bengasi-Untersuchungsausschuß des US-Kongresses wurde "Killary" direkt darauf angesprochen, ob sie Kenntnis davon gehabt habe, daß über die Hafenstadt Kriegsgerät der geschlagenen Gaddafi-Truppen via Türkei in die Levante verschifft wurde. Clinton bestritt dies und verwies auf die CIA. Tatsächlich ist inzwischen erwiesen, daß es in Bengasi, räumlich getrennt vom US-Konsulat, eine CIA-Filiale gegeben hat.

Aber konnte die CIA ohne Zustimmung des Außenministeriums tätig werden? Der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh jedenfalls macht Clinton für den geheimdienstlich organisierten Schmuggel aus Bengasi mitverantwortlich. Mit aktiver Unterstützung der CIA sollen syrische Rebellen neben tragbaren Flugabwehrraketen sogar Sarin aus den Depots der besiegten libyschen Armee erhalten haben. Dieses Giftgas soll am 21. August 2013 in Ghuta, einem Vorort von Damaskus, gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz gekommen sein. Mit mindestens 281 Toten - andere Schätzungen gehen von über 1.700 aus - war dies die bis dahin schlimmste Greuelthat seit Beginn des Bürgerkrieges 2011.

Innerhalb weniger Tage beschloß die US-Regierung damals einen Vergeltungsangriff auf Syrien - aber nicht gegen die islamistische Opposition, sondern gegen die legitime Regierung von Baschar al-Assad. Die 6. Flotte ging im Mittelmeer in Stellung.

Zur Begründung sagte Obama Anfang September 2013: "Wie ich schon letzte Woche gesagt habe, ... haben wir sehr große Sicherheit, daß Syrien chemische Waffen für wahllose Morde an tausenden Menschen einsetzte, darunter mehr als 400 Kinder, und den internationalen Vertrag gegen chemische Waffen verletzte. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Region dar. Als Konsequenz müssen Assad und Syrien zur Rechenschaft gezogen werden."

**Die Terroristen sollen mit Hilfe der CIA Giftgas aus Libyen erhalten haben.**

Doch im letzten Augenblick wurde der vom Weißen Haus bereits angekündigte Krieg abge sagt. Ausschlaggebend waren letzten Endes offenbar nicht Bedenken des Pentagon vor einem Flächenbrand im Nahen Osten, sondern ein drohendes Scheitern Obamas im US-Kongreß: Hersh zufolge mußte Obama fürchten, daß die Abgeordneten einen Einsatz in Syrien nicht einfach durchwinken würden. Nicht auszuschließen ist vor diesem Hintergrund, daß auch der konkrete Anlaß für einen Krieg, der Giftgaseinsatz von Ghuta, genauer untersucht worden

wäre - die Rolle von Obamas Parteifreundin Hillary beim Sarin-Schmuggel via Bengasi wäre dann kaum noch zu verheimlichen gewesen.<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 14. Oktober 2016: >>Ökostrom: Energiewende wird für Verbraucher teurer

Die EEG-Umlage, die den Ausbau erneuerbarer Energien finanziert, steigt weiter. In welcher Höhe die Versorger ihre Kosten an die Kunden weitergeben, ist noch offen.

Die Energiewende wird für die Stromkunden erneut teurer. Die Umlage zur Förderung des Ökostroms steige 2017 auf 6,88 Cent je Kilowattstunde von derzeit 6,35 Cent, teilten die vier Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW mit.

Für einen Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden könnten die Kosten für die EEG-Umlage damit inklusive Mehrwertsteuer um rund 22 Euro auf 286 Euro im Jahr steigen. Die Versorger müssen die Umlage allerdings nicht eins zu eins an die Kunden weiterreichen, sondern könnten sie auch mit gesunkenen Beschaffungskosten verrechnen.

Mit der EEG-Umlage wird der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert. Zahlen müssen sie grundsätzlich alle Stromverbraucher, allerdings bekommen bestimmte Unternehmen mit besonders hohem Stromverbrauch weitreichende Rabatte. Dadurch soll die deutsche Industrie durch die Energiewende keine Wettbewerbsnachteile gegenüber der internationalen Konkurrenz erleiden.

Hintergrund ist die Verpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber, angebotenen Strom aus erneuerbaren Energien nicht nur abzunehmen, sondern auch weitgehend zu festen Preisen zu vergüten. Die Netzbetreiber verkaufen den Strom dann an der Börse. Die Differenz zwischen den Vergütungssätzen und dem Börsenpreis soll mit der EEG-Umlage ausgeglichen werden. Je niedriger der Börsenpreis, den Energiekonzerne zahlen müssen, desto höher die Umlage.

Seit ihrer Einführung im Jahr 2000 ist die Umlage – mit Ausnahme einer Senkung im Jahr 2015 – immer weiter gestiegen. Das hat mit dem großen Erfolg der Ökostromförderung zu tun. So stiegen die Kosten vor allem in den Jahren 2010 bis 2013 steil an. Damals sanken vor allem die Preise für Solaranlagen dank Billigherstellern aus China deutlich, während sich die deutsche Politik nicht genauso schnell auf Förderkürzungen einigen konnte. Das machte Investitionen in neue Solaranlagen sehr lukrativ. Entsprechend stieg das Ökostromangebot und damit die EEG-Umlage.

### **Wirtschaft warnt vor Standortproblem**

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, nannte den starken Anstieg der Kosten für erneuerbare Energien ein Alarmsignal. "Die EEG-Umlage wächst in diesem Jahr fast viereinhalb Mal so stark wie die Wirtschaft. Das jetzige Fördersystem läuft aus dem Ruder." Er bemängelte, die versprochene Kostenbremse des Bundeswirtschaftsministeriums sei Wunschdenken. "Energiekosten werden für die Industrie zu einem echten Standortproblem." Der Handelsverband Deutschland forderte eine Reduzierung der Kosten für die Energiewende und eine faire Verteilung der Belastungen.

Die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen, Katherina Reiche, sagte: "Die Kosten für die Umsetzung der Energiewende machen sich nicht mehr nur in der gestiegenen EEG-Umlage bemerkbar, sondern immer stärker durch die Steigerung der Netzentgelte." Sie mahnte einen intelligenten Netzausbau und einen besseren lokalen Ausgleich von Stromerzeugung und -verbrauch an.

Von 2017 an wird die Förderung von Ökostrom in Deutschland komplett umgestellt. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erhalten Betreiber größerer Windparks oder Solaranlagen sowie von Biogas-Anlagen künftig für eingespeisten Strom keine feste, gesetzlich festgelegte Vergütung mehr. Statt dessen werden neue Projekte ausgeschrieben. Wer am wenigsten Subventionen pro Kilowattstunde Strom verlangt, erhält dann den Zu-

schlag.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Offenbarungseid in Brüssel ...**

Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen ersonnen, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:

Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...

Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

... Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt. Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne.

Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.

Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Geschehnisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."

Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandulet belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminieren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.

Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Oktober 2016: >>**Regierung warnt vor Altersarmut**

... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...

2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungs-

höhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>**Nicht per se gefährlich**

Bundesregierung stuft "Reichsbürger" eher als Querulanten und Störer denn als Gewalttäter ein

Nach den tödlichen Schüssen eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann angekündigt, die Reichsbürgerbewegung intensiv überwachen zu wollen. Dazu soll überprüft werden, welche ihrer Mitglieder Waffen besitzen. Ziel sei es, "allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen", erklärte Herrmann. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehne, der biete keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen. Die Reichsbürgerbewegung geht von einer völkerrechtlichen Weiterexistenz des Deutschen Reiches aus und erkennt die Rechtsordnung sowie die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland nicht an. ...

Ein besonderes szenespezifisches Gefährdungspotential sieht die Bundesregierung bisher nicht, auch wenn sie nicht ausschließen will, daß "sich der Aktionismus und die Aggression im 'Reichsbürger-Milieu' verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt". Im Übrigen dürfe auch das Gefährdungspotential von Einzelpersonen nicht unterschätzt werden. Die von als Reichsbürgern bekannten Personen verübten Straftaten betrafen überwiegend Beleidigungen, Nötigungen, Volksverhetzungen, Propagandadelikte und Urkundenfälschungen. Dazu kämen Bedrohungen, Erpressungen und Sachbeschädigungen sowie im geringeren Umfang weitere Delikte.

Durch "qualitativ höherwertige Straftaten" sind die Reichsbürger der Drucksache zufolge bisher kaum in Erscheinung getreten. In Einzelfällen seien auch Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt worden. In allen Fällen habe es sich bei den Beschuldigten jedoch um Einzelpersonen beziehungsweise Angehörige von Kleinstgruppen gehandelt.

Dennoch stehen die Reichsbürger seit längerer Zeit unter Beobachtung, würden doch die "oftmals schon im Ansatz abstrusen Reichsbürgerthesen" auch "im neonazistischen Spektrum und im Spektrum der Holocaustleugner für gut befunden und um antisemitische Konstrukte ergänzt", so die Bundesregierung. Deshalb würden "zu Hinweisen auf mögliche Gefährdungen im Umfeld der 'Reichsbürgerszene' ein regelmäßiger Erkenntnisaustausch mit den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden" erfolgen. Nach dem Polizistenmord dürften diese Maßnahmen erheblich verstärkt werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Oktober 2016: >>**Mehr Geld für Versorgung von Flüchtlingen**

Die Länder erhalten in diesem Jahr weitere 2,6 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen. ...

Die Länder erhalten ... pro Flüchtling eine Pauschale von 670 Euro monatlich. ...

Durch die weiteren Zahlungen erhalten die Länder damit in diesem Jahr rund 9,5 Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**

Deutschlands Sparern gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen

sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>"Über Grenzen"

... Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

**taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?**

**Hans Rösner:** Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

**taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?**

Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

**taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?**

Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

**taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?**

Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

**taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.**

Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

**taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.**

Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016:

>>**Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**

**Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg**

von *Wolfgang Effenberger\**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "böartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Wa-

shingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:

Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.

1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu

zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.

Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.

Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.

In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.

Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.

Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.

Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, ... wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.

Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, ... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, ... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, ... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".

In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Seelord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzki's Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.

Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irreführt. So hat die englische 'Demokratie'

den Krieg provoziert ..."

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.

Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

\*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. November 2016 (x1.000/...): >>Ewald Stadler: Merkel ist die Gouverneurin des US-Bundesstaates "Germany"

... Auf seiner letzten Europareise in der vergangenen Woche traf sich der scheidende US-Präsident Barack Obama mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, seiner "wichtigsten Partnerin", wie er sie einst bezeichnete, in Berlin. Dabei würdigte er sie als herausragende Politikerin und sagte u.a. "Wenn ich Deutscher wäre, wäre ich ihr Anhänger".

Während sich Obama als Merkel-Fan outete, bedankte sich die Kanzlerin beim US-Präsidenten für acht Jahre der engen, vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Diese offensichtlich außergewöhnliche und gute Beziehung zwischen Merkel und Obama, beziehungsweise zwischen Deutschland und den USA, beschäftigte schon vor gut einem Jahr den österreichischen Politiker und ehemaligen EU-Abgeordneten Ewald Stadler.

Nur kam Stadler dabei zu einer etwas anderen Beurteilung, was die Freundschaft zwischen

Obama und Merkel betrifft. Daß Stadlers Äußerungen offenbar nicht "mainstreamtauglich" sind, zeigt sich daran, daß die im Anschluß gezeigte Ansprache von Stadler samt seinem damit "verbundenem" YouTube-Konto gesperrt wurde.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 27 berichtete am 22. November 2016:

### >>**Angriffe auf die Souveränität der Nationalstaaten**

*von Prof. Dr. Ilias Iliopoulos*

Strobe Talbott, einflußreicher US-Meinungsmacher und auch Staatssekretär unter Bill Clintons Präsidentschaft, deklarierte Anfang der neunziger Jahre urbi et orbi den kommenden Triumph einer Weltregierung, gesteuert von "einer globalen Autorität", alias Global governance. Am 20. Juli 1992 schrieb er im Time Magazin: "Binnen der nächsten hundert Jahre wird Nationalität, so wie wir sie kennen, obsolet; alle Staaten werden eine einzige, weltweite Autorität anerkennen."

Sollten wir uns über solch eine Entwicklung etwa Sorgen machen? Mitnichten! So die Antwort des mächtigen westlichen Opinion leaders. Denn, wie er erläuterte, im Grunde seien alle Staaten "soziale Konventionen", "Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse"; und er fügte hinzu, "egal wie permanent und sogar sakral" diese zu gegebener Zeit zu sein schienen, eigentlich seien sie alle ja "künstlich und vorübergehend". Eine subtilere Kriegserklärung an die souveränen Nationalstaaten, ja an die nationalen Gemeinschaften und Identitäten, an die Völker überhaupt, hätte man sich kaum vorstellen können.

Der gegenwärtige, seit 1991 begonnene, vor allem aber seit dem epochalen Sündenfall vom 24. März 1999 (seit Beginn des völkerrechtswidrigen und piratenhaften militärischen Überfalls der supranationalen herrschenden Elite gegen Serbien) losgegangene und sich stets verschärfende Krieg der sogenannten neuen Weltordnung gegen die Nationen läuft an drei Fronten ab:

- an der politischen Front: siehe den Frontalangriff gegen das Grundprinzip der nationalen Souveränität, welches, geschichtlich betrachtet, eine großartige Leistung der europäischen - ja, menschlichen - Zivilisation ist, Symbol, zugleich aber auch Geburtsort von Freiheit, Demokratie und Sozialstaat; und welches heute noch der Sicherheitsgürtel aller Nationen angesichts der Bedrohung seitens des post-nationalen, planetarischen Imperialismus bleibt;

- an der ökonomischen Front: Stichwort Globalisierung, die eigentlich eine Neuausgabe des internationalisierten Kapitalismus des Vorabends des Ersten Weltkrieges darstellt, diesmal in der Erscheinungsform eines post-fordistischen Kasino-Kapitalismus bzw. Raubtier-Kapitalismus oder Turbo-Kapitalismus, wie ihn die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder bezeichneten;

- an der kulturellen beziehungsweise ideologischen Front: siehe die andauernde, systematische De-Konstruktion, ja Gleichschaltung von natur- und geschichtsgewachsenen gemeinschaftlichen Werten und Traditionen, geo- und ethnokulturellen Identitäten, gemeinsamen Erinnerungen, nationalen Sprachen, Symbolen und Ritualen sowie den von der supranationalen Elite unternommenen Versuch, allen Völkern die Normen und Verhaltensmuster der sogenannten Global governance aufzuoktroyieren.

Offensichtlich ist der letzte Begriff bloß eine modische sophistische Wortkonstruktion orwellischen Stils für den post- und supranationalen globalen Totalitarismus. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. November 2016: >>... **Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten**

Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.

Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig

stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei (GPS) ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.

Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".

Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hätte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.

### **Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie**

Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen.

Vor dem Referendum hatten Umfragen eigentlich leichte Vorteile für die Befürworter der Ausstiegsinitiative gesehen - das hat sich jetzt als Irrtum erwiesen.

Die Befürworter des Referendums weisen auf das hohe Alter der Schweizer Reaktoren und das Risiko von Atomunfällen hin. Ein geordneter Ausstieg würde den Anbietern von erneuerbaren Energien helfen, argumentieren sie. Die Regierung warnt, daß ein vorschneller Ausstieg Importe ausländischen Atom- und Kohlestroms notwendig machen würde. Zudem fürchtet Bern Entschädigungsforderungen der AKW-Betreiber.

In den Umfragen hatte sich zuletzt ein leichter Vorteil für die Abschaltungsbefürworter an. In einer Erhebung vom 16. November gaben 33 Prozent der Befragten an, für die Ausstiegs-Initiative zu sein, 32 Prozent waren dagegen. Der Rest der Befragten hatte sich noch keine eindeutige Meinung gebildet - an diesem Sonntag, in der Wahlkabine, haben sich offenkundig viele in letzter Minute gegen einen schnellen Atomausstieg entschieden.<<

Die Tageszeitung "junge Welt" berichtete am 29. November 2016: >>**BGH bestätigt Beihilfe zu KZ-Morden**

### **"Spät, aber nicht zu spät": Schuldspruch gegen früheren SS-Mann rechtskräftig**

Im Fall des früheren SS-Manns Oskar Gröning hat der Bundesgerichtshof (BGH) erstmals eine Verurteilung wegen Beihilfe zum massenhaften Mord im Vernichtungslager Auschwitz höchstrichterlich bestätigt. Der Schuldspruch gegen den 95jährigen sei rechtskräftig, sagte Grönings Verteidiger Hans Holtermann am Montag in Karlsruhe.

Gröning war im Juli 2015 in einem der letzten Auschwitz-Prozesse vom Landgericht Lüneburg zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte eingeräumt, das Geld der verschleppten Juden verwaltet und die Ankunft der Transporte mit beaufsichtigt zu haben. Das Gericht wertete das als Beitrag zum Funktionieren der Tötungsmaschinerie. Damit wurde Gröning sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen verurteilt. Revision dagegen eingelegt hatten Gröning selbst sowie mehrere Nebenkläger.

Mit dem Karlsruher Beschluß ist dieses Urteil laut Holtermann rechtskräftig. Damit wäre der Weg frei, um weiteren Handlangern des Naziregimes den Prozeß zu machen. Ob Gröning ins

Gefängnis muß, hängt von seiner Gesundheit ab. Jahrzehntlang wurden am Holocaust Beteiligte nicht zur Verantwortung gezogen, weil sie zwar Rad im Getriebe waren, aber nicht selbst getötet hatten. Eine Wende leitete erst das Münchner Urteil gegen den früheren Sobibor-Aufseher John Demjanjuk 2011 ein.

Mehrere Dutzend Nebenkläger haben die Bestätigung des Schuldspruchs begrüßt. Es handele sich um eine "wichtige Korrektur der früheren Rechtsprechung". Die drei Nebenklägervertreter Thomas Walther, Cornelius Nestler und Manuel Mayer erklärten am Montag: "Spät, aber nicht zu spät" habe sich die Auffassung durchgesetzt: "Auschwitz war ein Ort, an dem man nicht mitmachen durfte."

Damit werde nun endlich anerkannt, daß auch die "funktionelle Beihilfe" von SS-Leuten im Lager, etwa durch Wachdienst bei der Ankunft der Transporte, Beihilfe zum Massenmord sei. Efraim Zuroff, Leiter des Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, forderte Deutschland am Montag dazu auf, weitere Naziverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 10. Dezember 2016 (x1.000/...): >>>Pearl Harbor - wie Kriege "anno dazumal" und heute provoziert werden

... Vor 75 Jahren, am 7. Dezember 1941, erfolgte der japanische Angriff auf die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor. US-Präsident Franklin D. Roosevelt sprach von diesem Tag als "Tag der Schande". Aufgrund dieses Angriffs, an dem 2.403 Menschen ihr Leben verloren, erklärte die USA am 8. Dezember 1941 Japan den Krieg.

Nur wenige Tage später, am 11. Dezember, erfolgte die Kriegserklärung von Deutschland und Italien an die USA. Der Kriegseintritt der USA stellte einen Wendepunkt im 2. Weltkrieg dar und führte am 7. Mai 1945 zur Kapitulation Deutschlands und am 2. September 1945 zur Kapitulation Japans. In ähnlicher Weise führte bereits im 1. Weltkrieg die Versenkung des britischen Kreuzfahrtschiffs "Lusitania" durch ein deutsches U-Boot den Kriegseintritt der USA herbei.

Die Umstände, die zum Kriegseintritt der USA in beide Weltkriege führten, haben auch heute noch eine eminente Bedeutung, markierten sie doch den Aufstieg der USA zur Weltmacht. In diesem Zusammenhang sei an den amerikanischen Philosophen, Schriftsteller und Literaturkritiker George Santayana erinnert, der sagte: "Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt/verurteilt, sie zu wiederholen."

Deshalb hat Kla.tv den 75'sten Jahrestag von Pearl Harbor zum Anlaß genommen, den Kriegseintritt der USA in den 1. und 2. Weltkrieg näher zu beleuchten. Sehen Sie nun eine kurze Dokumentation einer Gegendarstellung zu dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor: <https://www.youtube.com/watch?v=GgmLxQuPcNw> ...

### **Das nächste Werkzeug zu mehr Kontrolle und Profiten ist Krieg.**

Seit der Einführung der Federal Reserve Bank im Jahr 1913 wurden mehrere große und kleine Kriege begonnen. Die bedeutsamsten waren der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und Vietnam.

**Erster Weltkrieg:** Im Jahr 1914 brachen europäische Kriege vor allem zwischen England und Deutschland aus. Die amerikanische Bevölkerung wollte mit dem Krieg nichts zu tun haben. Dementsprechend verkündigte Woodrow Wilson öffentlich die amerikanische Neutralität.

Allerdings war die US-Administration verdeckt auf der Suche nach irgendeinem Grund, in den Krieg eintreten zu können. In einer bekannten Feststellung von Außenminister William Jennings Bryan liest man: "Die großen Banken waren, wegen der weitläufigen Möglichkeiten große Gewinne zu machen, besonders am Weltkrieg interessiert." Es ist wichtig zu verstehen, daß das Lukrativste, das den internationalen Bankiers passieren kann, Krieg ist, denn er zwingt das Land dazu, noch mehr Geld von den Banken gegen Zinszahlung zu leihen.

Woodrow Wilsons Chefberater und Mentor war Colonel Edward House, ein Mann mit engen Verbindungen zu den internationalen Bankiers, die in den Krieg eintreten wollten. In einer

belegten Konversation zwischen Colonel House, Wilsons Berater, und Sir Edward Grey, Außenminister Englands, wie man Amerika in den Krieg involvieren könne, fragte Grey: "Was werden die Amerikaner tun, wenn die Deutschen ein Kreuzfahrtschiff mit amerikanischen Passagieren an Bord versenken?" House antwortete: "Ich denke, daß eine Welle der Empörung durch die Vereinigten Staaten fegen würde und das alleine sollte bereits ausreichen uns in den Krieg zu bringen."

Also wurde ein Schiff namens Lusitania am 7. Mai 1915, quasi aufgrund des Vorschlags von Grey, absichtlich in Gewässer geschickt, von denen man wußte, daß sich dort deutsche Kriegsschiffe befinden würden. Und wie erwartet torpedierte ein deutsches U-Boot das Schiff, was zu einer Explosion von Munition und letztlich zum Tod von 1.200 Menschen geführt hat. Um noch besser zu verstehen, wie abgekartet dieses Spiel war:

Die deutsche Botschaft hatte tatsächlich Anzeigen in der New York Times geschaltet, um den Leuten zu sagen, daß, wenn sie an Bord der Lusitania gehen, sie selbst das Risiko dafür tragen müssen, da ein Schiff, das in Kriegszeiten unter englischer Flagge, von Amerika nach England fährt, zerstört werden müßte. Wie erwartet löste das Versenken der Lusitania in der amerikanischen Bevölkerung eine Welle der Empörung aus und kurze Zeit später trat Amerika in den Krieg ein.

Der Erste Weltkrieg verursachte 323.000 amerikanische Tote. J. D. Rockefeller zog daraus 200 Mio. Dollar Profit, war heute etwa 1,9 Mrd. Dollar wären. Nicht zu vergessen die 30 Mrd. Dollar Kriegskosten, die den USA entstanden, wovon das meiste von der Federal Reserve Bank gegen Zinsen geliehen wurde, was die Profite der internationalen Bankiers weiter erhöhte.

**Zweiter Weltkrieg:** Am 7. Dezember 1941 griff Japan die amerikanische Flotte bei Pearl Harbor an, was der Auslöser für den amerikanischen Kriegseintritt in diesen Krieg war. Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte: "Es wird als ein Tag der Schande in die Geschichte eingehen." Es war wirklich ein Tag der Schande, aber nicht aufgrund des angeblichen Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor.

Nach 60 Jahren und immer weiteren Informationen ist klar, daß der Angriff auf Pearl Harbor nicht nur Wochen im Voraus bekannt war, sondern vielmehr gänzlich gewollt und provoziert. Roosevelt, dessen Familie seit dem 18. Jahrhundert Wallstreet-Banker waren, dessen Onkel Frederic Teil des ersten Federal Reserve-Vorstands war, war dem Anliegen der internationalen Bankiers sehr zugetan. Und dieses Anliegen war, in den Krieg einzuziehen. Denn wie wir gesehen haben, ist für die internationalen Bankiers nichts profitabler als ein Krieg.

Ein Tagebucheintrag von Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson vom 25. November 1941 dokumentiert eine Konversation zwischen ihm und Roosevelt: "Die Frage war, wie wir sie dazu bewegen konnten, den ersten Schuß abzugeben. Es war anzustreben, daß die Japaner dies zuerst tun würden, sodaß kein Zweifel darüber aufkommen kann, wer die Aggressoren waren."

In den Monaten vor Pearl Harbor hatte Roosevelt fast alles getan, um die Japaner durch seine aggressive Haltung zu verärgern. Er stoppte alle amerikanischen Ölexporte nach Japan, er for alle japanischen Besitztümer in den USA ein, er stellte dem nationalistischen China öffentlich Kredite und den Briten militärische Hilfe zur Verfügung.

Beides waren japanische Feinde im Zweiten Weltkrieg, was - nebenbei bemerkt - internationales Kriegsrecht verletzt. Am 4. Dezember, drei Tage vor dem Angriff, berichtete der australische Nachrichtendienst Roosevelt, daß eine japanische Kampfgruppe Richtung Pearl Harbor unterwegs war. Roosevelt ignorierte den Bericht. Und wie es erhofft und erlaubt worden war, attackierte Japan Pearl Harbor am 7. Dezember 1941, wobei 2.400 Soldaten ihr Leben verloren.

Vor Pearl Harbor wollten 83 % der amerikanischen Bevölkerung nichts mit dem Krieg zu tun

haben, nach Pearl Harbor meldeten sich eine Millionen Männer freiwillig für den Kriegsdienst.

Doch noch hat sich Rußland nicht provozieren lassen und noch ist es nicht zu spät, eine Eskalation zu verhindern. Es gilt die wahren Kriegstreiber zu entlarven - deren Provokationen, Kriegstreibereien, Kriegsvorbereitungen und Kriegslügen. Nur so kann eine weiteres "Pearl Harbor" verhindert werden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2016: >>**4,7 Millionen Muslime**

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 15. Dezember 2016: >>**Blutiger Protest vor dem Landtag**

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschluß. Gleichzeitig tagte der Landtag und versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe.

"Oh Gott." Die Besucherin des Weihnachtsmarkts an der Marktkirche in Hannover hat nur schauen wollen, warum neben den Holzbuden so ein Auflauf ist, doch schnell wendet sie sich wieder ab: Auf dem Pflaster liegen die Kadaver von Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb, die in den letzten Tagen auf Weiden in Niedersachsen von Wölfen gerissen wurden. ... Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Riß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister.

Den Schäfern vor der Tür des Landtags klingt das nach Beschwichtigung. "Das reicht auf gar keinen Fall", sagt Mutterkuhhalter Rudolph Michaelis zu den neuen Maßnahmen. Es gebe mindestens ein Rudel in der Heide, das sich auf Nutztiere spezialisiert habe - das müsse geschossen werden. Wenn man den Herdenschutz nicht weiter gegen Angriffe eines Problemwolfs verbessern könne, dann sei "auch eine Entnahme des Individuums denkbar".

## **Lieber Wild- statt Haustier**

**Erste Erfolge:** Herdenschutzmaßnahmen wie E-Zäune, Hunde oder auch Esel in der Herde zeigen laut Umweltministerium Wirkung gegen Wölfe: Obwohl die Zahl der Wölfe im Jahr 2015 angestiegen ist, hat sich die Zahl der Risse im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau gehalten.

**Zudem habe** die genaue Untersuchung von Exkrementen der Raubtiere ergeben, daß Wölfe sich lediglich zu 0,8 Prozent von Nutztieren ernähren, den übergroßen Teil ihrer Nahrung also aus der Wildnis holen, betont Umweltminister Stefan Wenzel.<<

Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtete im Jahre 2016 über die Neue Weltordnung (x939/...): >>**Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung**

Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion**. Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.

Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzu- bringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachronismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.

**Erste Anzeichen** einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft war **das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Weltgemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.

**Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn** mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch freiwillig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frauen. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüü, machen Lärm à la Hard Rock oder Heavy Metal und nennen es Musik.

Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts, wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt.

Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen übernommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heute so, denn die Zeiten haben sich geändert.

Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenden Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.

**Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerika-**

**nische Ziele** in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.**"

#### **"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung**

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: "**Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen.**"

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar 1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. ...Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.

Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

#### **Atome für den Frieden**

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.

Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.

Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.

Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

## **Die Wurzeln der Neuen Weltordnung**

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt:** "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. ... In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. ...

Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."

Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.

An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystems, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikanischer Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt.** Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.

**Nathan Mayer Rothschild**, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: "**Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird**, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"

Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletariern aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.

Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.

Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch "Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen.

Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekanntenen Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."

Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

## **The City of Man**

Gegen Ende des Jahres **1940** erschien in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörigen **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.

Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkrieges den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.

Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter dieser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.

Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.

### **Der Plan enthält fünf Punkte:**

1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.

Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B. gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt" werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.

5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.

Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.

## **Krieg um des Friedens willen?**

Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."

**Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt**, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."

**Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein.** Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:

"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der Totalitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".

Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.

1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:

**"Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht.** Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."

Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:

**Am 2. April 2009** trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. In einer programmatischen Rede bekräftigte **Premierminister Gordon Brown** die Entstehung einer Neuen Weltordnung:

**Vor 200 Jahren**, so sagte er, **habe eine neue Welt die alte abgelöst.** 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begännen wir zu verstehen, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.

Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown**:

**Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.**

**Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA** von 1993 bis 2000, sprach bereits **1992 Klartext**: "Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, **obsolet sein**; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale

Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

**David Rockefeller** sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er **war überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen.** In einer Ansprache vor der **Trilateral Commission** 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre **Versprechen zur Geheimhaltung** eingehalten haben.

Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer **Weltregierung** entgegenzugehen."

**Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)**

Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten.

**Völlig unmißverständlich drückte sich** die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden **2011** aus: **"Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."**

Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich, denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.

Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und ... auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.

**Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf:** Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK:

"Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."

Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: **"Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. ..."**

Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

### **Die Weltordnung der Päpste**

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates.** Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.

Schwerwiegend sind die Schlußworte von Papst Paul VI. am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung ... ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. Ihr Bruder ist er, und sogar der Geringste unter Ihnen."

Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. ...

Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommen und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."

"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindetet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.

Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhard'sche Philosophie des Einswerdens:

"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. ... Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."

"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. ... Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. ... Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."

**Die UNO als Architekt des Friedens?** Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die **Schlußworte des Papstes** sind geradezu beunruhigend:

**"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen:** ihr echt menschliches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."

**Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente:** "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."

**Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre,** die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.

In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des unge-

heuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."

Auch sein Hymnus anlässlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß.

Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."

Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekennens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.

In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE weist **Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls auf eine Weltautorität hin:

"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen **Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."

Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

### **Die Endlösung der Globalisierer**

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, **Thomas P. M. Barnett** (\*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftsordnung vorzulegen.

Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.

Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail vorzulegen. **2005 schon beschrieb er ihre Absicht, eine "Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen"** ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.

**Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten.** Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll.

Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten). ..."**

In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H. G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu protestieren, werden sie sterben.**

Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.

Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming, ist dafür die ideale Strategie.**

**Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern.** Wir sollen zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben. Politiker reden schon heute von Neubürgern.

Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengen würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.

#### **Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung**

Unter dem Stichwort "**Enteignung der kulturellen Identität**" zählt der Begriff **Gender Mainstreaming**, eine Ideologie **ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.**

Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung.** Dahinter steckt eine Ideologie, die fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will.** Für die politische Strategie fordert die **Neue Weltordnung** Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflussbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.

**Gender** bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologischen Geschlecht.

**Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang,** jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.

**Gender Mainstreaming** strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Ju-

gend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen.

Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.

**Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels.** Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.

Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.

Die Journalistin Dale O'Leary (\*1941) hat in ihrem Buch "**The Gender-Agenda**" fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie **im UN-Establishment verankert** sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualekundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender" offiziell eingeführt wurde.** In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."

Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte**, weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

**Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun**, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch EU-Organisationen** in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machtelementen der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird.

Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde.

Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden.

Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmolzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."

**Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt.**

Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: "**Alle Kinder müssen in die Kita**", tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.

Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.

**Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?**

Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?

Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen entfremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.

**Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins**, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: "**Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".

**Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden.** Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist **Gender Mainstreaming**. Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am bestehenden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**

Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

**Kein Platz für Christus und Seine Botschaft**

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing**, der Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort sei für einen religiösen Hinweis.** So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.

Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton**, die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zu Gunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht**.

Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Verhütung und Abtreibung einführte.

Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.

Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.

**Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung**, der Staat solle sein Gewaltmonopol einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat**, der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nutzen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."

Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.

Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.

"Christian Solidarity International" (CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimension menschlicher Abgründe.

Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entgegenstellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war schockiert über die Barbarei, die an Christen begangen wird. In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel "Noun"

(das arabische Wort für Nazarener, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.

Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.

Früher, so berichtet Aida Schläpfer Al Hassan, habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.

### **Diskriminierung der Christen**

Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.

Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.

Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und Hebamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.

Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.

Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunistisches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?

Anläßlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

### **Die Weltregierung des Weltenherrschers**

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erleben müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.

Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern

und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).

Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: "**Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt**" (Matthäus 28,20).

Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachgeforscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!**"

Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.

Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben. Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?

Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertretern der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür? Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.

**Die Einhaltung der so verachteten sittlichen Ordnung** gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität. Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt.

Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "Compact-Spezial" berichtete im Jahre 2016 über eine Rede des deutschen Journalisten Jürgen Elsässer am Ostermontag 2014 in Berlin (x341/54):

>>**In der Tradition von Wilhelm Tell**

\_ von *Jürgen Elsässer*

Im Frühjahr 2014 bildete sich angesichts der Kriegshetze gegen Rußland eine neue Friedensbewegung, die in vielen Städten jeweils montags Mahnwachen durchführte. Linke und Grüne verleumdete die Teilnehmer als Antisemiten und Nazis. Am Ostermontag 2014 nahm ich vor 5.000 Teilnehmern in Berlin dazu Stellung. ...

Ich habe ja schon gesagt, das Links-rechts-Schema ist out, das ist die Gesäßgeographie der Vergangenheit. Aber wenn man, bezogen auf die Vergangenheit, von links und rechts reden konnte, so lautete die einfachste Definition: Die Rechten waren für den Krieg, waren militaristisch, und die Linken waren gegen den Krieg, waren antimilitaristisch.

Rosa Luxemburg war gegen den Ersten Weltkrieg und wurde deswegen ermordet. Ernst Thälmann war gegen den Zweiten Weltkrieg und wurde deswegen ermordet. Und wenn wir jetzt gegen den Dritten Weltkrieg kämpfen, wollen uns die amerikanisierten Hetzer als rechts darstellen? Das ist doch eine hirnverbrannte Lüge!

### **Das deutsche Volk ist viel besser als sein Ruf.**

Zur Frontfrau der Hetze gegen diese Demonstration hat sich eine abgebrochene Adlige gemacht, deren Namen ich vergessen habe. Nennen wir sie Jutta von Münchhausen (Anspielung auf Jutta Ditfurth). Sie sieht uns als Faschisten und fordert die Antifa zum Kampf gegen uns auf. Ja, es stimmt, der Faschismus marschiert. Aber nicht hier, sondern in der Ukraine. Man nennt ihn auch den NATO-Faschismus, denn ohne Unterstützung durch die NATO, vor allem durch die USA, hätte dieser Faschismus in Kiew nicht putschen können. Teil der neuen Putsch-Regierung in Kiew ist die Partei Swoboda.

Deren Vorsitzender Oleh Tjahnybog sagte 2004: "Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russen-Säue, die Deutschen, die Juden-Schweine und andere Unarten!" Das ist die Sprache des Faschismus, und diese Partei ist Koalitionspartner der Putschregierung in Kiew, die die NATO anerkannt hat - eine Schande! Oder nehmen wir Julia Timoschenko, die Präsidentschaftskandidatin. Sie sagte in einem Telefongespräch am 18. März 2014:

"Wir sollten Waffen nehmen und die verdammten (Russen) töten, zusammen mit ihren Anführern ... Ich werde alle meine Verbindungen nutzen, um Rußland in verbrannte Erde zu verwandeln." Mit solchen Brandreden wird die "Endlösung der Russenfrage" in der Ukraine vorbereitet! Aber gegen diesen Faschismus geht Jutta von Münchhausen nicht vor! Kein Wort von ihr zu diesen NATO-Faschisten! Dieser Münchhausen-Antifaschismus nützt nur den Kriegstreibern!

### **Rücksturz ins Mittelalter**

Links und rechts sind out, habe ich gesagt. Warum? Weil sich die heutige Gesellschaft nicht mehr hauptsächlich in Arbeiter und Kapitalisten spaltet. Das war so im 19. und über weite Strecken im 20. Jahrhundert. Heute haben wir eine andere Spaltung: Hier die 99 Prozent der Ehrlichen und Arbeitenden - und dort das eine Prozent der internationalen Finanzoligarchie. Das Verbrechen hat Name und Anschrift, wie Bertolt Brecht einmal sagte. Um einige Namen zu nennen: Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski, das englische Königshaus, das saudische Königshaus. Warum dürfen wir nicht sagen, daß sich diese Superreichen der Federal Reserve bedienen? Warum sollte das antisemitisch sein?

Diese Oligarchen haben keine Religion, sie beten weder zu Gott noch zu Jahwe noch zu Allah, sie huldigen nur einem einzigen Götzen, nämlich dem kalten Mammon. Reden wir über dieses eine Prozent Finanzoligarchie, reden wir über die Verbrechen dieser Heuschrecken - und lassen wir uns den Mund nicht verbieten!

Die heutige Gesellschaft ähnelt wieder der des Mittelalters. Auf der einen Seite stehen die supranationalen Dynastien, auf der anderen Seite das Volk. Damals waren es die Dynastien des Adels, heute sind es die Dynastien des Geldes, die Rockefellers und Co. Das Volk blutet, heute wie damals.

Und das Volk kämpft. Wir kennen die großen Kämpfer des Volkes aus den Geschichtsbüchern: Das waren Robin Hood, Klaus Störtebeker, Thomas Müntzer und Wilhelm Tell. Die waren weder links noch rechts, das gab es damals nicht. Die waren einfach für das Volk. Die waren für die hier unten, gegen die da oben.

*Auszug aus dem Redemanuskript für den 21. April 2014. Im freien Vortrag wich der Wortlaut*

*minimal davon ab. Ein Mitschnitt ist auf "YouTube" zu finden.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "Compact-Spezial" berichtete im Jahre 2016 über die 68er Bewegung und die Zensur in der Presse (x341/55-56): >>**Rothfront marschiert**

*\_ von Jürgen Elsässer*

Die Antideutschen sind eine Sumpflütle, die erst relativ spät im 68er Biotop zu keimen begann, aber heute alles überwuchert. Woher kommen diese Leute, und was wollen sie eigentlich? Warum sind sie so stark geworden? Bericht eines Aussteigers.

Claudia Roth ist die dümmste Kartoffel auf diesem Acker. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomien und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität - und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten. ...

### **Wie alles begann**

Die Antideutschen sind zunächst Ergebnis einer linken Depression: Mit der Öffnung der Mauer begann der blitzartige Zusammenbruch des sozialistischen Systems. Da wir uns nicht eingestehen wollten, daß die Menschen im Osten aus guten Gründen einen Systemwechsel wünschten, mußten wir die Menschen schlechtreden: Die Ossi, die da mit Deutschlandfahnen ihrem Helmut Kohl zujubelten, seien doch eigentlich Nazis. Vor allem die britische Propaganda bestärkte uns in dieser Sicht: Premierministerin Margaret Thatcher hatte eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die nachweisen sollte, daß ein Viertes Reich im Entstehen sei. Günter Grass brachte die Paranoia auf die Formel "Deutschland denken heißt Auschwitz denken".

War man erst mal auf diesem Trip, paßte plötzlich alles ins Bild: In den neuen Bundesländern gab es zum Teil gewalttätige Proteste vor Asyl- und Ausländerheimen - marschierte da nicht eine neue SA? Bei der Zerschlagung Jugoslawiens preschte die Bundesregierung vor - spielten da nicht die alten SS-Verbindungen zu Kroaten und bosnischen Muslimen eine Rolle? Alle aktuellen Ereignisse wurden auf der Folie der NS-Vergangenheit interpretiert.

Die Antideutschen - und das gilt bis heute - halluzinierten sich in die 1930-iger Jahre zurück: Wir müssen verhindern, daß wieder ein Großdeutsches Reich entsteht, das den Kontinent mit Rassismus und Krieg unterwirft. Unser Ziel war deswegen nicht mehr, wie vorher bei den Linken jedweder Couleur, die Revolution, sondern die Zerstörung oder zumindest Auflösung Deutschlands.

Die einen, wie die Grüne-Bundestagsabgeordnete Sieglinde Frieß, forderten, daß Frankreich direkt an Polen grenzen solle; andere schwärmten von der Aufteilung in Kleinstaaten wie zu Zeiten von Goethe und Schiller, weil dies angeblich den Militarismus gedämpft, die Kultur aber gefördert hätte; Realpolitiker wie Jürgen Trittin hofften dagegen auf eine allmähliche Einschmelzung Deutschlands in die Europäische Union - eine Idee, die mittlerweile kurz vor der Verwirklichung steht.

Schon 1991 zeigte sich, wie realitätsblind die Fixierung auf die NS-Vergangenheit machte - und wie leicht Linke dadurch in das Fahrwasser des amerikanischen Imperialismus gerieten. Als nämlich eine US-geführte Armada den Irak angriff, stellte sich ein Teil der Antideutschen hinter das Pentagon. Die Begründung klauten sie von Hans Magnus Enzensberger: Saddam Hussein sei ein "Wiedergänger Hitlers" und wolle mittels deutscher Chemiewaffen einen zweiten Holocaust an den Juden ins Werk setzen.

Einer der antideutschen Wortführer, Wolfgang Pohrt, ging in der Zeitschrift Konkret soweit, Atombomben auf Bagdad zu fordern. Die Zurückhaltung der Bundesregierung bei diesem

Krieg kritisierten die linken Bellizisten nicht weniger als die Falken im Pentagon.

Fast wäre die neue Bewegung an diesem Punkt zerbrochen - nicht nur für mich war der Pro-Kriegskurs einiger Protagonisten unerträglich. Aber der Widerspruch trat schnell in den Hintergrund, weil der Irakkfeldzug bereits nach zwei Wochen zu Ende war. Ab dann dominierte bis zum Ende des Jahrzehnts der Jugoslawien-Konflikt die politische Debatte, und an diesem Punkt standen die Antideutschen, zu meiner Befriedigung, an der Spitze der Friedensbewegung, wenn auch erneut mit einem schrägen Historizismus: Die meisten sahen noch die Wehrmacht vor Belgrad, als längst schon die Air Force bombardierte.

### **9/11 als Zäsur**

In jenen Jahren begann meine langsame Ablösung von den Antideutschen. Zum einen, weil ich als Kenner der Balkanpolitik langsam, aber sicher merkte, daß die US-Amerikaner die Aggression gegen Jugoslawien vorantrieben, und nicht die Deutschen. Zum anderen, weil in Serbien etwas passierte, was das Gros der Linken bis heute ausblendet:

Die Sozialisten von Slobodan Milosevic schlossen ein Regierungsbündnis mit der - in der Optik der Antifa - faschistischen Serbischen Radikalen Partei von Vojislav Seselj. Ich begann zu ahnen, daß der gesamte Links-Rechts-Konflikt, der bis dahin mein Denken dominiert hatte, künstlich konstruiert war, um ein bedrohtes Volk vom Widerstand gegen den Imperialismus abzuhalten.

Zum Bruch kam es mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Da ich mich als Journalist schon immer in akribischer Recherche geübt hatte, merkte ich schnell, daß die offizielle Verschwörungstheorie von "Osama und den 17 Räufern", die aus einer Berghöhle am Hindukusch heraus den anspruchsvollsten Terroranschlag der Weltgeschichte durchgeführt haben sollten, nicht stimmen konnte. Der Rest der Antideutschen freute sich hingegen, endlich wieder einen Feind zu haben, dem man das Hitlerbärtchen ankleben konnte. Seither hat es diese Sorte Linker fertiggebracht, jeden Krieg der USA und Israels als antifaschistisch zu rechtfertigen - Afghanistan 2001, Irak 2003, Libanon 2006, Gaza 2009 - und lautstark auch die Bombardierung des Iran zu fordern.

Waren die Antideutschen in den 1990er Jahren eine verrückte linke Sekte mit ein paar hundert Anhängern, sind sie nach 9/11 zu einer vieltausendköpfigen Propagandakompanie der amerikanischen Neokonservativen und der zionistischen Rechten geworden. Seit sie auf jede Demonstration ihre USA- und Israelfahnen mitnehmen, fließen die staatlichen Hilfgelder für ihre Antifaprojekte.

Das System hat sich eine kriegerische Avantgarde gezüchtet, die jederzeit für die Durchsetzung der One World mobilisierbar ist - gegen fremde Völker ebenso wie gegen das eigene Volk. Mit meinem entschiedenen Widerstand müssen sie rechnen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/12-13): >>**Kalte Krieger in Pullach**

*\_ von Karel Meissner*

Eine kleine Geschichte des BND von seiner Gründung durch Reinhard Gehlen bis zu seinem aktuellen Chef Gerhard Schindler: Es gab immer wieder Linienkämpfe zwischen einer pro-amerikanischen und einer entspannungsfreundlicheren Strömung.

... Seit es den Pullacher Geheimdienst gab," resümierte der Spiegel 1971, "lagen BND und SPD in Fehde. Die SPD hatte 1955 vor einer allzu pauschalen Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst gewarnt; ... der BND wiederum verschloß sich jedem SPD-Einfluß. Er war ganz auf die Achse Gehlen-Adenauer eingeschworen.

Es gab kaum einen prominenten Sozialdemokraten, der sich nicht von BND-Schatten verfolgt fühlte. Erich Ollenhauer wurde beobachtet, der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann war Observations-Objekt, Egon Bahr folgten die Spurenleser bis nach Ost-Berlin und Rom, Herbert Wehner sah sich als Staatsfeind angeprangert."

Die Sozialdemokraten schlugen zurück, als 1969 die CDU/CSU erstmals die Macht in Bonn verlor und unter Willy Brandt eine SPD-geführte Bundesregierung ans Ruder kam. Brandt setzte mit Horst Ehmke seinen Kanzleramtsminister als Ausputzer beim BND ein. Ehmke erinnert sich, daß er einmal beim bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauss wegen geheimer Waffengeschäfte der Pullacher intervenierte. Er wolle "wohl nicht mehr lange leben", habe ihm der CSU-Mann da gedroht.

Ehmke erreichte immerhin eine Säuberung der Spitze des BND, aber der Apparat blieb intakt. Am Sturz von Willy Brandt 1974 soll er seinen Anteil gehabt haben: Der BND wußte frühzeitig von der Spionagetätigkeit von Brandts Vertrautem Günter Guillaume für die Stasi, ließ den Sozialdemokraten aber in die Falle laufen.

### **Der BND manipulierte den bayrischen Landtagswahlkampf.**

Unter Brandts Nachfolger Helmut Schmidt (1974 bis 1982) pendelte sich ein prekäres Gleichgewicht in den Diensten ein. Die ersten Jahre der Kanzlerschaft von Helmut Kohl waren von vielen Skandalen und Pleiten des BND gekennzeichnet.

"KGB und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin konnten über Jahre Maulwürfe in Pullacher Spitzenpositionen plazieren, die Zugang zum kompletten Personalbestand hatten", resümierte der Spiegel 1995 im Rückblick. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/17-19): >>Die alliierte Schattenregierung

\_ Interview mit *Josef Foschepoth*

Seit Jahrzehnten überwachen die westlichen Siegermächte unsere Briefe und Telefonate. Dafür hat die Bundesregierung explizit Souveränitätsrechte abgegeben - bis heute.

**Herr Professor Foschepoth, Sie haben Akten entdeckt, nach denen seit den frühen 1950er Jahren die Geheimdienste der westlichen Alliierten in der Bundesrepublik massiv den Postverkehr überwacht haben.**

Deutschland war ein besetztes Land. Im Westen hatten die USA, Großbritannien und Frankreich die oberste Regierungsgewalt, bis 1955. Sie wollten aus Deutschland einen Staat machen, von dem nie wieder eine Gefahr ausgeht. Das erfolgte durch ein strenges Regiment. Um die Deutschen und das Umfeld im Kalten Krieg zu kontrollieren, hat man ein System der Überwachung entwickelt, das extreme Ausmaße angenommen hat. Man hat großflächig Post aus der DDR und Telefonate, etwa alle ein- und ausgehenden Telefonate aus Westeuropa, kontrolliert. Auf diesem Gebiet waren vor allem die Amerikaner führend. ...

**Mit Souveränität hat das wenig zu tun.**

Die alte Bundesrepublik ist nie ein wirklich souveräner Staat gewesen. Die Alliierten behielten sich weiterhin bestimmte Rechte vor. Dies betraf nicht nur die Berlin- und Deutschlandfrage, sondern auch die Frage der Truppenstationierung.

Und, wie ich erstmals herausgefunden habe, den sogenannten Geheimdienst- und Überwachungsvorbehalt. Damit durften die Geheimdienste der Alliierten in einer Art rechtsfreiem Raum in der Bundesrepublik tätig werden. Wenn etwa die Polizei ein Mitglied des eigenen oder gegnerischen Dienstes festnahm, durften die deutschen Behörden vorerst keine Ermittlungen aufnehmen, sondern hatten über den Verfassungsschutz umgehend die alliierten Geheimdienste zu informieren, die dann allein die Ermittlungen aufnahmen.

Dazu hatten sie mindestens 21 Tage Zeit. Für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs galt Entsprechendes, und zwar über die Wiedervereinigung hinaus. ...

**Also besteht das Besatzungsrecht bis heute weiter?**

Es gibt einen internen Briefwechsel zwischen der SPD und dem Staatsminister des Auswärtigen Amtes Harald Schäfer aus dem Jahre 1990. Darin schreibt der Staatsminister, Rechtsgrundlage für die Überwachung durch die Westmächte in der Bundesrepublik seien weiterhin der Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut von 1959/63 und die entsprechenden Zusatzver-

einbarungen. Dies ist bis heute die eigentliche Basis für die Überwachungsrechte der Amerikaner, die im Laufe der Jahre durch ein ganzes Geflecht von Verträgen, Gesetzen und geheimen Zusatzvereinbarungen ergänzt worden sind. ...

### **Gibt es irgendeine juristische Kontrolle?**

Im Gegenteil. Das Grundgesetz wurde dahingehend geändert, daß der Bürger kein Recht hat, wenn er überwacht worden ist, über diese Überwachungsmaßnahme informiert zu werden. Selbst der Rechtsweg wurde 1968 in Ergänzung zu Artikel 10 des Grundgesetzes ausgeschlossen. Dies war und ist bis heute notwendig, um die Forderung der Alliierten nach strikter Geheimhaltung aller geheimdienstlichen Überwachungstätigkeiten zu erfüllen. ...

### **Könnte man diese Abkommen kündigen?**

Genau das wäre logisch und dringend notwendig, wenn wir wirklich einen entscheidenden Schritt in Richtung von mehr Rechtsstaatlichkeit und Souveränität der Bundesrepublik, nach 60 Jahren ihrer Existenz, gehen wollen.

*\_ Prof. Dr. Josef Foschepoth ist Zeithistoriker an der Universität Freiburg. Seine Schwerpunkte sind unter anderem Kalter Krieg und alliierte Deutschlandpolitik, Konrad Adenauer und die deutsche Frage, Kommunismus und Antikommunismus, Post- und Telefonüberwachung in der BRD. 2013 erschien sein Buch "Überwachtes Deutschland: Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik" ... <<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/20-21): >>Angriffsziel Deutschland

*\_ von Karel Meissner*

Unser Land steht im Fokus der europäischen Spionage der USA. Der Bundesnachrichtendienst unterstützt den Zugriff der Supermacht, offensichtlich mit Wissen der Bundesregierung. Seit Ende April 2015 kann das erschreckende

Ausmaß der Kollaboration des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit den US-Geheimdiensten bei der Spionage gegen deutsche Interessen nicht mehr verschleiert werden: Die Befehle aus Washington kommen drei bis vier Mal am Tag. Direkt von den Servern der National Security Agency (NSA) erhielt der BND seit 2004 insgesamt zwischen 800.000 (Zeit) und 4,6 Millionen (Spiegel) sogenannte Selektoren: Suchlisten mit IP-Nummern, Mailadressen, Telefonanschlüssen, die im Auftrag der USA zu überwachen sind. Die Süddeutsche Zeitung nennt sogar "690.000 Telefonnummern und 7,8 Millionen IP-Suchbegriffe".

In der Operation Eikonol sollten unter anderem der Siemens-Konzern, die Rüstungsschmieden EADS und Eurocopter - beide Teil der Airbus-Gruppe -, die französische und österreichische Regierung sowie die EU-Kommission ausgehorcht werden; vielfach offenbar mit Erfolg. Auch Auslandsvertretungen deutscher Firmen wurden vom BND elektronisch gefilzt, Erkenntnisse eilfertig über den Atlantik geschickt, wie ein Geheimpapier der Bundesregierung nahelegt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit informiert waren die jeweiligen Kanzleramtsminister Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier, vielleicht auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. ...

### **Immer noch Feindstaat**

Sicher: Die NSA und ihre Zuträger im britischen Geheimdienst GCHQ spitzeln auf dem ganzen Globus. 122 Staats- und Regierungschefs umfaßt die NSA-Abhörliste "Boundless Informant", die Edward Snowden 2013 enthüllt hat. Nach den von ihm gesicherten NSA-Dokumenten zapften Washingtons digitale Ohren zwischen Dezember 2012 und Januar 2013 in Spanien insgesamt 60 Millionen, in Frankreich 70 Millionen Verbindungen an. Doch in der Bundesrepublik schöpfen die Spione derartige Datenmengen teilweise an einem einzigen Tag ab. Sogar am Heiligabend 2012 lauschte die NSA 13 Millionen Mal, wenn sich die Deutschen per Telefon ein frohes Fest wünschten.

Auf der globalen "Heatmap" der NSA sticht Deutschland inmitten eines grünen und damit für

die USA unwichtigen Kontinentes in Dunkelorange hervor - damit liegt die Bundesrepublik auf demselben Top-Level mit Überwachungszielen wie dem Irak und China. In dem dazugehörigen NSA-Papier heißt es, die Daten würden "against", also gegen, die jeweils genannten Staaten gesammelt. ...

Angela Merkel hatte zu Beginn der Snowden-Affäre im Sommer 2013 postuliert: "Auf deutschem Boden gilt deutsches Recht." Doch zumindest in den genannten US-Einrichtungen wird dieser Grundsatz immer noch gebrochen, Tag für Tag.

*\_ Karel Meissner war COMPACT-Volontär und studiert jetzt in Birmingham.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/27,29): >>>**Operation Alberich**

*\_ von Jürgen Elsässer*

Die Prism-Schleppnetzfangung der US-Geheimdienste habe auch in Deutschland einige Terroranschläge verhindert, heißt es. Das Beispiel der Sauerland-Bomber zeigt das Gegenteil: Der durch Internetüberwachung aufgedeckte Terrorplot war von einem CIA-Mann überhaupt erst angestiftet worden. ...

### **Neue Gesetze**

Im Zuge der Terrorhysterie rund um die Sauerland-Gruppe präsentierte Schäuble weitreichende Vorstöße für Verfassungsänderungen, ja, sogar zur möglichen Einführung der Todesstrafe. "Das Grundgesetz würde doch zerbrechen, wenn wir es nicht anpassen würden, gerade bei solchen zentralen Fragen ... Die Amerikaner würden ihn (Osama bin Laden) exekutieren, und die meisten Leute würden sagen: Gott sei Dank. ... Wir sollten versuchen, solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären, und Rechtsgrundlagen schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten."

Diese Provokation des radikalen Badeners vom Juli 2007 stieß zunächst auf erhebliche Kritik. Mit der Festnahme der Sauerland-Gruppe Anfang September 2007 wendete sich das Blatt. Schäuble konnte sich als erfolgreicher Fahnder profilieren und nutzte die Publicity für weitere Angstmache.

Diesmal ging es ihm um einen Anschlag mit schmutzigen Atombomben: "Viele Fachleute sind inzwischen davon überzeugt, daß es nur noch darum geht, wann ein solcher Anschlag kommt, nicht mehr, ob." Und, als ob das nicht schon Horror genug wäre, setzte er nach: "Es hat keinen Zweck, daß wir uns die verbleibende Zeit auch noch verderben, weil wir uns vorher schon in eine Weltuntergangsstimmung versetzen."

Die SPD ging sofort nach der erfolgreichen Polizeiaktion in die Knie. "Noch vor Tagen gaben sich die Sozialdemokraten knallhart in der Ablehnung neuer Instrumente zur Terrorabwehr. Doch nach den gestrigen Festnahmen von drei mutmaßlichen Attentätern bröckelt die Front", hieß es auf [spiegel.de](http://spiegel.de). Mitte April 2008 brach der Widerstand der SPD zusammen. Die sozialdemokratische Bundesjustizministerin Brigitte Zypries einigte sich mit Schäuble darauf, Online-Durchsuchungen zu erlauben.

Einziger Vorbehalt: "Ermittler dürfen ... auf Wunsch der SPD nicht in die Wohnung eines Verdächtigen eindringen, um Spähprogramme auf Computern zu installieren." ([spiegel.de](http://spiegel.de)) Das ist auch gar nicht nötig: Die entsprechende Software, der sogenannte Bundestrojaner, kann auch über E-Mails eingeschleust werden. Gleichzeitig beschlossen die Parteien der Großen Koalition die Ergänzung des Großen Lauschangriffs durch die optische Wohnraumüberwachung.

### **Gleichzeitig beschloß die Große Koalition die optische Wohnraumüberwachung.**

Von diesem Ergebnis her betrachtet ergibt sich die Antwort auf die Frage im Anfangsteil, warum im Rahmen der "Operation Alberich" eine derart riesige Polizeiaktion gegen offenkundig so dilettantische Täter notwendig gewesen war:

Den US-amerikanischen Geheimdiensten und ihren deutschen Helfern wie Schäuble ging es

nicht darum, den Bürgern durch entschlossenes polizeiliches Handeln die Terrorangst zu nehmen - sondern diese überhaupt erst zu erzeugen. Mit dieser "Strategie der Spannung" schufen sie das geeignete Klima zur Durchsetzung einer Totalüberwachung, die sich gegen die gesamte Bevölkerung richtet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/33,36): >>**Todesschwadronen in Hamburg**

\_ von *Marc Dassen*

US-Killerkommandos machten nach dem 11. September 2001 Jagd auf Terrorverdächtige - auch in Deutschland. Unsere Dienste und Behörden mischten teilweise mit, teilweise wurden sie von den Amerikanern nicht einmal informiert. Das Kanzleramt schwieg.

Die US-Todesschwadronen scherten sich bei ihrem Antiterrorkrieg nach 9/11 nicht um die Gesetze und die Souveränität anderer Staaten - auch nicht im Falle der Bundesrepublik. Mitte Juli 2009 berichtete der britische Guardian:

"Dick Cheney, der frühere Vizepräsident, ordnete eine streng geheime CIA-Operation an, die vor dem Kongreß abgeschirmt wurde, weil sie die Grenzen der Legalität mit Plänen ausdehnte, al-Qaida-Kader in freundlich gesinnten Ländern zu ermorden, ohne Kenntnis der dortigen Regierungen, so frühere Geheimdienstmitarbeiter.

" Mit der Ausweitung auch auf die Territorien verbündeter Staaten ging dieser Kill-Befehl weit über die offiziell von Präsident George W. Bush verkündeten Verschleppungs- und Folterbefehle, die ebenfalls menschenrechtswidrig waren, hinaus.

In Deutschland konnten sich die US-Geheimdienste ohnedies in einem sehr permissiven Umfeld bewegen. Nach dem 11. September 2001 verstärkte sich die Kooperation mit den deutschen Behörden stetig. Wolfgang Schäuble, Innenminister ab Oktober 2005, vertrat bald nach seinem Amtsantritt im Gespräch mit der Stuttgarter Zeitung die Auffassung, sogar die Verwertung von Erkenntnissen aus US-Foltergefängnissen sei nötig:

"Wenn wir sagen würden, Informationen, bei denen wir nicht sicher sein können, daß sie unter vollkommen rechtsstaatlichen Bedingungen zu erlangen waren, nutzen wir unter keinen Umständen - das wäre völlig unverantwortlich. Wir müssen solche Informationen nutzen." ...

### **Die Ausputzer**

Das Kill-Programm der US-Geheimdienste, das Vizepräsident Dick Cheney nach 9/11 durchsetzen wollte, scheiterte auf dem Amtsweg. Ausgeführt wurde es trotzdem - mit Hilfe der Söldnerfirma Blackwater (heute: Academi). Deren Chef Erik Prince beschwerte sich Ende 2009 im Magazin Vanity Fair über die angebliche Zahnlosigkeit der Bush-Administration. Ersatzweise will Prince seine Leute in Bereiche, wo die CIA keinen Zugang hatte, eingeschleust und überhaupt als Ausputzer ("Mr. Fix-It") im Krieg gegen den Terror fungiert haben.

Die Mordkommandos der CIA sind ihm zufolge aufgrund des "fehlenden politischen Willens" auf Eis gelegt und schließlich 2004 ganz auf Blackwater übertragen worden. Von diesem Zeitpunkt an arbeiteten nicht mehr CIA-Agenten, sondern "Contractors" und ausländische Hilfskräfte für ihre Auftraggeber in Washington und Langley. Prince will die folgenden Aktionen erst einmal aus eigener Tasche vorfinanziert und erst im Nachhinein vom US-Geheimdienst Geld bekommen haben. So habe man das Programm nicht mit der US-Regierung in Verbindung bringen können.

\_ *Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur*<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/38,41): >>**Occupy Germany? Schon passiert!**

\_ von *Martin Müller-Mertens*

Knapp 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vor-

rechte in Deutschland. Nirgendwo im Ausland haben die Vereinigten Staaten mehr Soldaten stationiert als bei uns. In ihren Stützpunkten sind auch Niederlassungen der Schnüffelagentur NSA. ...

### **Atomwaffen in Deutschland**

Die USA lagern einen Teil ihrer einsatzbereiten Atomwaffen auch heute noch vorgeschoben in Europa. Nach Schätzungen von Experten handelt es sich um 150 bis 200 nukleare Bomben der Typen B61-3 und B61-4. Ein hoher Beamter des US-Verteidigungsministeriums sagte 2009 bei der NATO, es gehe um etwa 180 Waffen. Diese Atombomben sind für Aufgaben im Rahmen der NATO vorgesehen und können von Jagdbombern der USA sowie einiger europäischer Länder eingesetzt werden, die sich an der nuklearen Teilhabe der NATO beteiligen.

...

Für die Wartung und den Zugang zu den Atomwaffen sind an allen Standorten der europäischen Luftwaffen, die sich an der technisch-nuklearen Teilhabe beteiligen - also in Büchel (Rheinland-Pfalz), Kleine-Brogel (Belgien), Volkel (Niederlande) und Ghedi (Italien) - jeweils 130 bis 140 US-Spezialisten zuständig. Sie tun in speziellen Einheiten Dienst, den Munitions Support Squadron (701-704 MUNSS). Die vier Squadrons unterstehen der 38. Munitions Maintenance Group (MMG) in Spangdahlem, die ihrerseits Teil der 38. Combat Support Wing in Sembach/Ramstein ist.

Die insgesamt rund 550 Soldaten sind auch dafür zuständig, daß nie ein einzelner Soldat oder gar ein Europäer ohne Begleitung durch US-Soldaten Zugang zu einer Atomwaffe bekommt. (Quelle: Berlin Information-Center for Transatlantic Security - bits.de)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/43,45): >>Raubtiere aus Ramstein

\_ von Jürgen Elsässer

So wird die Bananenrepublik zum Mordgehilfen: Von ihrem Pfälzer Truppenstützpunkt aus dirigieren die US-Amerikaner tödliche Drohnenangriffe auf der ganzen Welt. Die Bundesregierung schaut weg - und zahlt.

Der Eiserne Kanzler wacht noch über das Gebiet, aber er kann die Besatzer nicht mehr stoppen: Westlich von Kaiserslautern ragt der Bismarckturm, 19 Meter hoch, aus einem kleinen Waldstück heraus. Die Spitze der von innen begehbaren Sandsteinsäule ist der einzige Punkt, von dem aus man, ohne von der Militärpolizei festgenommen zu werden, eine knapp fünf Kilometer entfernte Siedlung observieren kann: die Air Base Ramstein, mit 35.000 Soldaten und 6.000 Zivilisten der personalstärkste US-Stützpunkt außerhalb der USA.

Auf den ersten Blick wirkt das Riesenareal mit Einkaufszentrum, Hotel und vielen Bäumen recht friedlich. Doch die Idylle trügt: Mit dem Feldstecher erkennt man zwei Start- und Landebahnen, auch Flugzeughangars. ...

Empörend ist, daß der deutsche Staat den US-Militärstützpunkt auch noch mit unseren Steuergeldern unterstützt. Mehrere Landesregierungen und der Bund haben seit 1999 über 170 Millionen Euro zum Aus- und Umbau von Einrichtungen in Ramstein beigesteuert, erfuhren Goetz und Fuchs von den zuständigen Ministerien.

So finanziert die Bundesregierung die Unterhöhlung des deutschen Rechtsstaates. Im NATO-Truppenstatut, das die juristische Grundlage für ausländische Soldaten in der Bundesrepublik ist, heißt es nämlich in Artikel 11 eindeutig, die verbündeten Streitkräfte hätten "das Recht des Aufnahmestaates zu achten". Die Todesstrafe ist in Deutschland verboten - zumal, wenn sie ohne vorherigen Gerichtsprozeß durch Mordmaschinen vollzogen wird.

Und Merkel und ihr Kabinett können sich auch nicht damit herausreden, daß auf den Stützpunkten US-amerikanische Gesetze gälten. Selbst Der Spiegel stellte dazu fest: "Zwar hat der Bund den USA per Vertrag die Nutzung der Liegenschaften zugesichert - allerdings mit der Auflage, daß sie auf dem mit Stacheldraht gesicherten Areal nichts unternehmen, was gegen

deutsches Recht verstößt."

Im Oktober 2014 reichte der jemenitische Staatsbürger Faisal bin Ali Jaber eine Klage gegen die Bundesregierung ein, weil sein Schwager, ein gemäßigter Imam, der in seinen Predigten al-Qaida verurteilt hatte, und sein Neffe bei einer Drohnen-Attacke getötet worden waren. "Wenn es die Station auf der Air Base Ramstein in Deutschland nicht gäbe, würden Männer wie mein Schwager und mein Neffe heute noch leben. Es ist doch ganz einfach: Ohne deutsche Unterstützung würden die US-Drohnen nicht fliegen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/54-55): >>**Das Ende der Deutschland AG**

\_ von *Jürgen Elsässer*

Die besten Adressen unserer Wirtschaft sind längst in ausländischem Besitz. Vor allem die Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder führten dazu, daß sich das angloamerikanische Finanzkapital die Filetstücke unter den Nagel reißen konnte. ...

### **Die Anti-Deutsche Bank**

Das beste Beispiel für die Macht des angloamerikanischen Finanzkapitals war ein Putsch an der Deutschen Börse, erfolgreich durchgeführt vom Hedgefonds TCI. Im Frühjahr 2005 sammelte TCI genug Aktionärsstimmen, um den Rücktritt von Werner G. Seifert und Rolf E. Breuer, des Vorstands- und des Aufsichtsratschefs der renommierten Institution, zu erzwingen. Seifert und Breuer hatten die Übernahme der Londoner Börse LSE angestrebt, was dem Finanzplatz Frankfurt die Hegemonie in Europa und eine annähernde Parität zu New York verschafft hätte.

Das lag nicht im Interesse des angloamerikanischen Finanzkapitals, in dessen Auftrag die TCI-Aufkäufer handelten. "Auf ihren Druck hin verwandte die Deutsche Börse AG Anfang März 2005 einen großen Teil ihrer Barmittel nicht wie geplant für Akquisitionen wie den Kauf der LSE, sondern schüttete sie über Aktienrückkäufe an ihre Aktionäre aus. Statt in die Zukunft des Unternehmens floß das Geld in die Taschen der Aktionäre ", bilanziert der gefeuerte Börsenchef Seifert.

Er nennt in seinem Buch Invasion der Heuschrecken. Intrigen - Machtkämpfe - Marktmanipulation. Wie Hedge Fonds die Deutschland AG attackieren insbesondere die Rothschilds als Drahtzieher - und den CDU-Politiker Friedrich Merz als Einpeitscher der Putschisten in Deutschland. Das Vorgehen der Londoner Konfidenten war so kaltschnäuzig und knallhart, daß selbst die bis dato fahrlässig agierende rot-grüne Bundesregierung aufschreckte:

Franz Münteferings "Heuschrecken-Rede" im Mai desselben Jahres soll von den Frankfurter Vorgängen inspiriert worden sein. "Wenn es noch eines Beweises für die Auflösung der Deutschland AG ... bedurfte, lieferte ihn TCIs Triumph am Main" bilanzierte anschließend die Welt am Sonntag.

Auch die Deutsche Bank ist vom internationalen Finanzkapital gekapert worden. Nachdem der Schweizer Josef Ackermann 1996 in den Vorstand des Geldhauses rückte, wurde zunächst der Vorstand entmachtet und ein quasidiktatorisches Führungsgremium, das Group Executive Committee, installiert. Dann verschob Ackermann die Machtbalance von Frankfurt am Main nach London und stellte Investmentbanker auf die Kommandobrücke des Geldhauses - die Finanzierung weltweiter Übernahmen wurde wichtiger als das traditionelle Heimatgeschäft. Meisterstück der neuen Mannschaft war der Verkauf von Mannesmann an die britische Vodafone im Jahr 2000, dabei sollen 57 Millionen Euro Schmiergelder geflossen sein.

"Degermanizing" nennt das Ackermanns kosmopolitische Truppe in London, Entdeutschung. Auf die Frage der Financial Times nach der sozialen Marktwirtschaft in Germany antwortete einer von denen: "Don't bullshit me."

**"Adieu, Deutschland, der DAX haut ab". FAZ, 2006**

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die großen BRD-Konzerne kaum protestie-

ren, wenn die Merkel-Regierung ihre eigenen Exportmärkte kaputtmacht, indem sie nach Weisung aus Washington etwa Sanktionen gegen den Iran und gegen Rußland mitträgt: Diese Konzerne sind ja in ihrer Eigentumsstruktur mehrheitlich gar nicht mehr deutsch! Einzig Familienunternehmen wagen es noch, sich dem Druck der angloamerikanischen Finanzmacht und der gekauften Politiker zu entziehen.

### **Die Blutsauger**

Die deutsche Traditionsmarke Opel steht vor dem Aus - weil Konzernmutter General Motors (GM) sie wie ein Vampir ausgesaugt hat. Insider sprechen von drei Milliarden Euro, die Opel von jenseits des Atlantiks bekommen müßte. Immer wieder verbuchte GM einen Teil seiner anderweitigen Konzernverluste bei der Tochter Opel, so daß das Europageschäft ein ständig wachsendes Minus aufwies: 780 Millionen Euro im dritten Quartal 2008, 1,9 Milliarden Euro im vierten Quartal 2008, im ersten Quartal 2009 glatte zwei Milliarden Euro.

Mitte März 2009 berichtete ein Opel-Insider unter dem Schutz der Anonymität gegenüber Welt-Online: "Wissen Sie, ich kriege einen Hass, wie GM uns ausgehöhlt, geplündert, leerge-räumt hat. Wie die uns um unsere Patente beschissen haben! ... Eines Tages kamen GM-Leute aus Detroit und sagten, wir wollen jetzt alle eure Entwicklungen, Patente, das ganze Know How. Das kriegen wir jetzt, bitte, und damit es rechnerisch fair zugeht, sagten die, gibt's im Gegenzug Schuldverschreibungen von uns. Jetzt liegen unsere Patente also bei GM, und für jedes Auto, das wir bauen, zahlen wir Gebühren an die. Muß ich erwähnen, daß Opel nie einen Cent für seine Patente gesehen hat?"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/64-65): >>**Die amerikanische Lobby**

\_ von Hans-Werner Klausen

Die Macht im Verborgenen: US-Denkfabriken in Deutschland vernetzen Politiker und Wirtschafts-bosse, beeinflussen die öffentliche Meinung und führen Geheimkonferenzen durch. Eine Übersicht.

In US-Lobbygruppen betreibt das Who's Who der deutschen Funktionselite die Amerikanisierung der Gesellschaft.

Ihr Anliegen: die feste Einbindung Deutschlands unter US-amerikanischer Vorherrschaft. Ihre Methoden: Beeinflussung und Vernetzung der kollaborierenden Eliten, Herstellung einer kulturellen Hegemonie in der Öffentlichkeit durch regelmäßige Kampagnen. Alles versehen mit einem mal intellektuell-wissenschaftlichen, mal mildtätigen Anstrich: US-amerikanische Denkfabriken, Lobby-Gruppen und Pressure Groups in Deutschland. Ideologisch angeleitet aus Washington, vereinen sie das Who's Who der bundesdeutschen Funktionselite aus Politik, Wirtschaft und Medien.

Formal sind es private Vereine und Institute, oft informell agierende Plauderrunden. Doch diese harmlose Außendarstellung beschreibt nicht den wirklichen Einfluß. So bezweifelt etwa der Münsteraner Elitenforscher Hans Jürgen Krysmanski den privaten Charakter von Denkfabriken wie der Atlantik-Brücke oder dem European Council on Foreign Relations. In diesen Lobby-Verbindungen seien alle Schranken zwischen Politik und Wirtschaft gefallen, bilde sich eine Re-Feudalisierung der Gesellschaft heraus. Zur Durchsetzung einer US-Globalstrategie.

### **Logenähnlicher Interessenverband**

Jene 1952 gegründete Atlantik-Brücke zählt zu den ältesten Euro-Politik Lobbyvereinen in Deutschland. Eng verbunden ist sie mit ihrer US-amerikanischen Partnerorganisation, dem American Council on Germany. Zum Vorstand zählen heute der Chefredakteur der Bild-Zeitung Kai Diekmann, Deutsche Bank-Chef Jürgen Fitschen, Münchner Sicherheitskonferenz-Frontmann Wolfgang Ischinger und der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments Alexander Graf Lambsdorff.

Die Denkfabrik bleibt mit ihren Aktivitäten lieber im Hintergrund. Ihre 500 handverlesenen Mitglieder finden sich zu Tagungen und Arbeitsgruppen, aber auch einem von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützten Offizierstreffen zusammen. Die Atlantik-Brücke mauserte sich zu "einer der einflußreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik", formulierte die Süddeutsche Zeitung. Für das Lexikon Lobbypedia ist die Atlantik-Brücke sogar ein "logenähnlicher Interessenverband, dem führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluß nehmen und Kontakte pflegen."

2010 sorgte eine Schlammschlacht um die Führung kurzzeitig für ungewollte Schlagzeilen. Alt-Atlantiker Walter Leisler Kiep und dessen Ziehsohn im Verein, der frühere Unions-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, stritten wie die Kesselflicker um den Chefposten. Hintergrund waren Auseinandersetzungen um ein Sparprogramm der finanziell angeschlagenen Organisation. Schließlich setzte sich eine Paketlösung aus Merz und der einstigen SPD-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn durch.

Besondere Bedeutung hat das alle zwei Jahre durchgeführte Young-Leaders-Programm der Atlantik-Brücke und ihrer amerikanischen Partnereinrichtung American Council on Germany. Das Kadertraining für Führungskräfte zwischen 28 und 38 absolvierte auch der heutige Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir. Nachdem sich der damalige Nachwuchs-Politiker 2002 wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten zeitweise aus der deutschen Politik zurückziehen mußte, erhielt er als Transatlantic Fellow des German Marshall Fund den letzten atlantischen Schliff. Schon damals wählte ihn das World Economic Forum zum Global Leader of Tomorrow ("Weltführer von Morgen").

Zu den ehemaligen Young Leaders gehören übrigens unter anderem Karl-Theodor zu Guttenberg, Thomas de Maizière, Christian Wulff, der Vorstandschef des Luftfahrt- und Rüstungskonzerns EADS, Thomas Enders, der einstige RWE-Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann, Springer-Chef Matthias Döpfner und sein Bild-Chefredakteur Kai Diekmann.

### **Gaucks Chefplaner vom German Marshall Fund**

Lange vergangen sind somit die Zeiten, in denen Lobbyisten in den Vorräumen der Parlamente - den Lobbys - auf ihre Chance warteten, Politikern Wünsche einzuflüstern. Amerikas Klienten nehmen selbst Platz in den Sesseln der Macht.

Erst im Juli hat Bundespräsident Joachim Gauck einen neuen Chef für seinen Planungsstab und die Redenschreiberei gefunden: Thomas Kleine-Brockhoff, der Mitte August sein Büro im Schloß Bellevue bezog. Kleine-Brockhoff hatte bisher seinen Arbeitsplatz in Washington beim German Marshall Fund of the United States (GMF), diente als Senior Fellow und Senior Director for Strategy. ...

### **"Geheime Weltregierung"**

Die sogenannte Bilderbergkonferenz hat in den letzten Jahren immer wieder für Aufsehen gesorgt. Seit 1954 trifft sich die von Prinz Bernhard der Niederlande unter Mithilfe der CIA gegründete Organisation einmal jährlich unter größter Diskretion in wechselnden Luxushotels. Zu den Stammgästen gehören David Rockefeller, Vertreter der Rothschild-Dynastie, Gesandte europäischer Königshäuser, US-Präsidentenberater Henry Kissinger sowie Vertreter von führenden Großbanken und -konzernen.

Die von manchen als geheime Weltregierung bezeichnete Organisation fungiert auch als Casting für Politiker, die in den Augen der Bilderberger hoffnungsvoll sind: Angela Merkel erhielt dort im April 2005 vor ihrem Wahlsieg im November desselben Jahres ihre letzte Weihe. Weitere geladene Gäste aus der deutschen Prominenz waren Norbert Röttgen (2014), Jürgen Trittin (2012), Peer Steinbrück (2011), Joschka Fischer (2008) und Guido Westerwelle (2007). Die Alt-Atlantiker Helmut Schmidt und Josef Ackermann haben Dauerkarten für das elitäre Stelldichein.

Die Trilaterale Kommission tagt ähnlich abgeschottet wie die Bilderberg-Gruppe, aus der sie Anfang der 1970er Jahre hervorgegangen ist. COMPACT konnte dennoch von einem Teilnehmer einen Kurzbericht über das Jahrestreffen vom 15. bis 17. März 2013 in Berlin bekommen.

Anwesend waren unter anderem Gründer David Rockefeller, Jean-Claude Trichet (Ex-EZB-Präsident) und Peter Sutherland (Goldman Sachs). Aus Deutschland waren unter anderem vertreten: Michael Fuchs (MdB, Chef der Mittelstandsvereinigung der CDU), Norbert Wiecek (SPD, MdB), Wolfgang Gerhard (Chef der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung).

Das Hauptreferat hielt die Bundeskanzlerin. In Deutschland besteht die Sektion der Trilateralen aus etwa 25 Mitgliedern, darunter die gerade genannten. Sie trifft sich ungefähr alle zwei Monate. ...

*\_ Hans-Werner Klausen ist Experte für Geschichte und Gegenwart amerikanischer Neokonservativer und ihrer Netzwerke sowie globaler US-Beeinflussungsversuche. Er lebt in Berlin und ist in einer wissenschaftlichen Einrichtung tätig.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 6 (x357/80): >>Besatzung im Kleingedruckten

*\_ von Marc Dassen*

Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der westlichen Siegermächte, ist aber nach gängiger Meinung spätestens mit der Wiedervereinigung vollständig souverän geworden. Dennoch gelten bis heute allierte Vorbehaltsklauseln.

### **Grundgesetz ohne Geltungsbereich**

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990. Mit anderen Worten:

Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes also schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte.

Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt irgendwo Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) ist der jeweilige Geltungsbereich - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.

Eine Beschreibung der wahren Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."

Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, bleiben Zweifel, ob diese Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß allierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

... Einen Friedensvertrag, der das ausschließen könnte, gibt es bekanntlich nicht. Mit ihrer Behauptung, seit 1990 sei alles gut, widerspricht Zypries jedenfalls dem Juristen Gregor Gysi,

der im Zuge der NSA-Affäre Anfang August 2013 feststellte: "Also ich muß ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" Es sind Aussagen wie diese, die das Mißtrauen wacher Bürger wecken und dringend einer Klärung bedürfen.

\_ *Marc Dassen ist COMPACT-Redakteur.*<<

Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>... Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkäut.

Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.

Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermübungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<

Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>>**Schlafwandler? Von wegen!**

Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante

Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.

Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.

Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.

Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."

Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:

"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. ... Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzu-

landen. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.

Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.

Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! ... Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."

An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.

Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.

Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

### **Das Committee of Imperial Defence**

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.

Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.

Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.

Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.

Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.

Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.

Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.

Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.

Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "... machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, ... daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."

Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)

Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. ...<<

Der niederländische Autor Mees Baaijen schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>... Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...

Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich

dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.

All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.

... Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingepägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. ...

Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkrieges vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von 1984 oder *Schöne Neue Welt*. 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkrieges zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politikern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schrieb im Jahre 2016 im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>... Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. ...<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.08.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x337/79) = Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete, Seite 79.

x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x341	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Zensur in der BRD</u> . Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9. Werder (Havel) 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

## Internet

x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x892	<a href="http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id">http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id</a> - Januar 2018
x931	<a href="http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/">http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/</a> – Juli 2019
x939	<a href="https://horst-koch.de/christentumtwo-thuerkauf/">https://horst-koch.de/christentumtwo-thuerkauf/</a> - Juli 2019
x944	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/</a> – November 2019
x945	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/09/12/wie-die-geheimgesellschaft-skull-bones-die-schaltstellen-der-usa-besetzt/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/09/12/wie-die-geheimgesellschaft-skull-bones-die-schaltstellen-der-usa-besetzt/</a> – November 2019
x1.000	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - März 2021
x1.106	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/02/globale-planung-der-massenmigration/#more-1545">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/04/02/globale-planung-der-massenmigration/#more-1545</a> - April 2022
x1.138	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - April 2022